



AIB

2V 20899 E

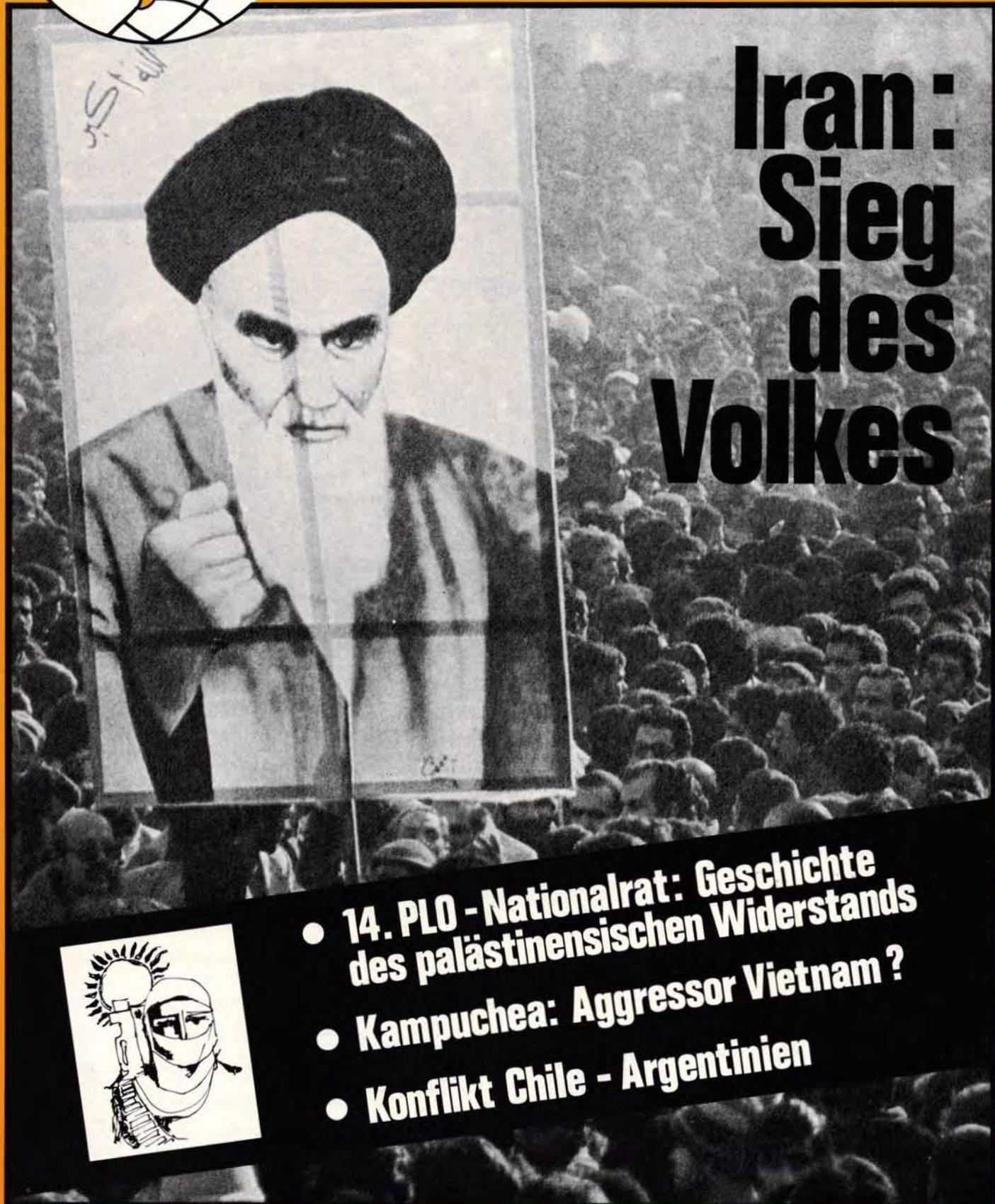
2,- DM

März

Nr. 3 / 1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



Iran: Sieg des Volkes

- 14. PLO - Nationalrat: Geschichte des palästinensischen Widerstands
- Kampuchea: Aggressor Vietnam?
- Konflikt Chile - Argentinien



Inhalt:

AIB-Aktuell: Die Farce um Kampuchea	S. 3
Internationale Solidaritätsbewegung	
Erich Wulff: AAPSO-Tagung in Hanoi	S. 4
Das Profil der AAPSO	S. 5
Kampuchea—Vietnam	
Wilfried Burchett: Aggression Vietnams?	S. 6
Ros Samay: Sieg eines gepeinigten Volkes	S. 7—8
Iran	
Alfons I. Bresche: Machteroberung des Volkes	S. 9—11
A. Khomeini: Ratgeber der Nation sein, Demokratische Volksunion, Iran-Solidaritätskomitee	S. 10—11
Nurreddin Kianuri: Gegen einen Putsch wappnen	S. 12
ZK der Tudeh-Partei: Keine Spaltung zulassen	S. 13—14
Türkei	
Kemal Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (2. Teil)	S. 15—17
Naher Osten	
Wolfram Brönnner: Stationen des palästinensischen Widerstands	S. 18—24
14. Palästinensischer Nationalrat: Politisches Programm	S. 25—26
Afrika	
Erklärung afrikanischer Kommunistischer Parteien: Aufruf an Afrika (1. Teil)	S. 27—31
Chile—Argentinien	
Iván Ljubetić: Grenzkonflikt am Beagle-Kanal	S. 32—34
Gemeinsame Erklärung der KP Argentiniens und Chiles	S. 34
Venezuela	
René Lechleitner: Machtantritt der Christlichsozialen	S. 35—37
BRD-Neokolonialismus	
Rainer Falk: Produktionsstättenverlagerung in die Dritte Welt	S. 38—41
Rezensionen: Kritisches zum Iran	S. 42
Kurzinformationen: Entwicklungspolitik, Zimbabwe, Bolivien, Uruguay, Nicaragua, Algerien	S. 43
Kommentar: Waffenschibereien nach Chile	S. 44



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb:
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1: Tel. (06421) 2 46 72
Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Wolfgang Ritter
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Druck: W. J. Becker, Marburg

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluss: 13. Februar 1979
Es arbeiten mit: B. Brinkmann, D. Busch, G. Faust, Th. Grunenberg, R. Hegewald, C. Lopez, H. Mayer, E. Münscher, J. Ostrowsky, B. Pflug, U. Rupp, H. Vortisch, P. Wahl, B. Weng, K. Wetzell

Anzeigen, Beilagen
— ISSA
— 3. Welt Magazin
— Marxistische Blätter Verlag
— Das Argument
— Werbekarte des AIB

rote blätter

Die neuen roten blätter bringen unter anderem:



- Vorabdruck exklusiv: Roman über Solschenytsin von Harry Thürk
- Interviews mit Hansjörg Felmy und Wolfgang Staudte
- Kampagne gegen Vietnam: Zur aktuellen Entwicklung in Kampuchea / Interviews mit Peter Weiss und Prof. Wolfgang Giesenfeld / Dokumente aus Kampuchea und Vietnam
- Verfassungsschutzmittel für Studentenverbände: Die Hintergründe der Schmiergeldaffäre
- Opinion-leader der Reaktion: Golo Mann
- Tips: Grillen im Schnee
- Wohngemeinschaft und Familie
- Augenzeugenbericht aus dem Iran
- Die Lage in der Türkei

Wer spart, der abonniert die roten blätter. Denn ein Jahresabonnement kostet nur 14,80 DM (einschl. Porto). Bestellungen an rote blätter, Weltkreis-Verlag, Postfach 789, 4600 Dortmund.

AIB-Aktuell: Die Farce um Kampuchea

Der unrühmliche Untergang des kampucheanischen Pol-Pot-Regimes Anfang Januar d. J. löste in Peking wie den Hauptstädten der NATO-Mächte Bestürzung aus. Dafür durfte es nur eine Erklärung geben: „Dies ist ein offenkundiger Akt bewaffneter Aggression gegen Kampuchea durch die vietnamesischen Hegemonisten.“ So die Version der Regierung der VR China vom 7. 1. 1979. Mit den gleichen Sprüchen warteten die Carter-Administration und der neuaufgefrischte Prinz Sihanouk vor dem UN-Sicherheitsrat auf, wo man vereint zur UN-Intervention in Kampuchea/Vietnam rief.

Mit Sihanouk wurde ein politischer Kadaver als „Regierungsvertreter des demokratischen Kampuchea“ präsentiert, der von der Pol Pot/Ieng Sary-Clique schon vor Jahren politisch kaltgestellt und in einen Goldkäfig mit „4 Bediensteten“, „gutem Essen“ und gewissem Komfort (so der Prinz im Gespräch mit dem Stern am 18. 1. 1979) zur Ruhe gesetzt worden war. Millionen seiner Landsleute wurden in dieser Zeit in dem schon gar nicht „demokratischen“ Kampuchea massakriert, verschleppt, zur Zwangsarbeit und in einen Krieg gegen Vietnam getrieben, ohne daß der angebliche „Kämpfer“ Sihanouk auch nur einmal Protest angestimmt hätte.

Interventionsrecht der UNO?

Gerade hierin aber, in den unvorstellbaren Verbrechen des Pol-Pot-Regimes gegen das eigene Volk, liegt eine Hauptursache für den durchschlagenden Erfolg des bewaffneten Volksaufstandes vom Dezember 1978/Januar 1979. Es versteht sich, daß allein diejenigen, die an der Spitze der Nationalen Einheitsfront Kampuchreas (FUNKSN) tatsächlich für die Verteidigung der elementarsten Interessen dieses Volkes gekämpft und eine Revolutionsregierung des Volkes errichtet haben, zur rechtmäßigen Vertretung des kampucheanischen Volkes befugt sind. Alles andere ist Verletzung des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes.

Natürlich, es gibt ein UN-Interventionsrecht in die inneren Angelegenheiten eines Landes: Einmal gilt ihre Zuständigkeit im Falle besonders flagranter Menschenrechtsverletzungen; dann aber hätte man ehrlicher Weise gegen das Massakerregime Pol Pot intervenieren müssen. Zum zweiten tritt das UN-Interventionsrecht im Falle einer weltfriedensbedrohenden Aggression ein; dann aber hätte man ehrlicher Weise spätestens zum Zeitpunkt der einseitigen Eskalation des kampucheanischen Grenzkrieges gegen das Nachbarland Vietnam intervenieren müssen. Doch der von chinesischen Militärberatern und Waffenlieferungen mitinszenierte, seit 1977/78 in Divisionsstärke geführte Aggressionskrieg des Pol Pot-Regimes (siehe Dokumentation in AIB 4 und 11—12/1978), wurde weder von Washington noch von Peking angeklagt. Vietnam hat dieses Zerstörungswerk mit unverhältnismäßiger Zurückhaltung als einen auf die Grenzgebiete beschränkten Abwehrkrieg und eben nicht mit einem „Einmarsch“ gen Phnom Penh beantwortet — eine Tatsache, die der nachstehende Beitrag des australischen Indochinaexperten und Augenzeugen Wilfried Burchett schlüssig nachweist.

Pol Pot selbst hat unfreiwillig eingestanden, daß die in Ostkampuchea Ende 1978 befreiten Gebiete eben nicht von Vietnam besetzt, also folgerichtig durch die innere Widerstandsbewegung selbst erkämpft waren. Daß diese nationale Widerstandsbewegung schon 1975 einsetzte und bereits im Frühjahr 1978 erste große Ausmaße annahm, schildert — mit vielen neuen Details — die Rede des FUNKSN-Generalsekretär Ros Samay (siehe auch FUNKSN-Grundsatzdokumente in AIB 2/1979). So bleibt die Frage, warum der Zusammenbruch des Phom Penher Regimes derart rasch nach der Konstituierung der FUNKSN (Anfang Dezember 1978) möglich wurde? War das Pol-Pot-Regime wirklich so stark, daß — wie die amerikanische Time vom 29. 1. 1979 behauptete — nur der Einsatz von 100.000 vietnamesischen Soldaten in einem „Blitzkrieg“ das Land unter Kontrolle zu bringen vermochte. Die Ente von einer „Großoffensive Vietnams in Kampuchea“ hatte bemerkenswerter Weise die vom CIA finanzierte Stimme Amerikas bereits im Juni 1978 fabriziert, um sie später zu dementieren. Diesemal konnte sie nur deshalb international mehr Glauben finden, weil die reale Stärke des inneren politisch-militärischen Widerstandes, seine Organisation durch erfahrene Kämpfer der „Roten Khmer“ und die extreme Schwächung der Pol-Pot-Armee im Grenzkrieg mit Vietnam nicht bekannt waren. Das Regime hatte sich mit der Verlagerung von 17 seiner insgesamt 19 Divisionen an die Grenze mit Vietnam selbst der mili-



tärischen Behauptungsfähigkeit in den Kerngebieten des Landes beraubt, d. h. sein eigenes Grab geschaufelt. Die revolutionären Streitkräfte der FUNKSN trafen bei ihrem Vormarsch aus diesem Grund auf relativ schwächliche Gegenwehr, zumal das alte Regime nicht auf die Unterstützung des Volkes zählen konnte.

Wenn man so will, hat Vietnam auch wichtige direkte Hilfe für den kampucheanischen Volkswiderstand geleistet, und zwar einerseits mit der Bindung und Aufreibung des Gros der Pol-Pot-Armee im Grenzgebiet, andererseits mit der Ausbildungs- und Waffenbereitstellung für die Kämpfer der FUNKSN. Aber, ist das Aggression? Ist die Bereitstellung von Basen und Waffen etwa seitens der afrikanischen Frontstaaten für die Guerillas der Patriotischen Front, der SWAPO und des ANC Aggression? Natürlich nicht. Wer die Unterstützung, wer die Solidarität für die Befreiungsbewegungen als Aggression mißdeutet, tut dies, weil er damit eigensüchtige, nationalistische Interessen bemänteln, weil er sein Paktieren mit dem Imperialismus gegen den nationalen Befreiungskampf verschleiern will. Genau das will die chinesische Führung.

Aggression — aber nicht von Vietnam

Im UN-Sicherheitsrat stimmte sie am 15. 1. 1979 mit den USA, Großbritannien und Frankreich für eine Resolution, die den Rückzug „aller fremden Truppen“ aus Kampuchea fordert. Sie wurde durch ein sowjetisches Veto blockiert. Für den Washington-Reisenden Teng Hsiao Ping war dies ein Grund mehr, um den USA, Japan und den anderen Westmächten eine gemeinsame Allianz gegen die Sowjetunion und Vietnam/Kampuchea anzutragen (siehe Time-Interview, 5. 2. 1979). Mehr noch, in Washington drohte Teng, es sei an der Zeit, Vietnam endlich eine Lehre zu erteilen, wobei er Gewaltanwendung nicht ausschließen mochte. Zu diesem Zweck hat Peking seine „entschiedene Unterstützung“ für eine Guerillakrieg der Pol-Pot-Reste versichert, hofiert es Sihanouk als diplomatisches Aushängeschild. Das interventionistische Motiv der VR China nannte Sihanouk selbst: „Die internationale Presse mag mich, sie hat mich geradezu adoptiert. Ich bin doch sehr nützlich für Peking . . . Die Chinesen könnten militärisch an unserer Seite eingreifen.“ (Stern, 18. 1. 1979)

Es sei daran erinnert, daß ausgerechnet die VR China 1974 in der UN-Vollversammlung Vorbehalte gegen die damalige Verabschiedung einer Aggressionsdefinition anmeldete. Artikel 1 kennzeichnete Aggression als „die Anwendung bewaffneter Gewalt durch einen Staat, die gegen die Souveränität, territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines anderen Staates gerichtet“ ist. Bewaffnete Gewalt wendete die chinesische Seite seit 1978 mehrfach bei kleineren Grenzprovokationen gegen Vietnam an. Zu vereiteln, daß sie eines Tages in einen großen Aggressionskrieg gegen Vietnam und Kampuchea einmünden, ist die Aufgabe der Stunde (siehe Beitrag von E. Wulff in diesem Heft).

Erich Wulff

AAPSO-Tagung von Hanoi

Prof. Erich Wulff, Mitherausgeber des AIB, nahm in seiner Funktion als Sprecher des Antimperialistischen Solidaritätskomitees an der 7. Präsidiumstagung der AAPSO in Hanoi teil.

Über 100 Delegierte aus nahezu 40 Ländern waren zur 7. Präsidiumstagung der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) vom 13.—15. Januar 1979 nach Hanoi gekommen. Dies war die erste große internationale Tagung, die nach der vollständigen Befreiung und Wiedervereinigung Vietnams in Hanoi stattfand. Daß Vietnam als erstes die AAPSO empfing, ist ein Zeichen dafür, daß es die internationale Solidarität für seinen Befreiungskampf nicht vergessen hat und nun mit allen ihm möglichen Mitteln die Völker der Dritten Welt unterstützt, die ihre Unabhängigkeit noch nicht errungen haben oder aber gegen Angriffe des Imperialismus ständig verteidigen müssen.

Die Delegierten waren aber auch nach Vietnam gekommen, um an Ort und Stelle aus den Erfahrungen des vietnamesischen Befreiungskampfes lernen zu können. Das Komitee für Solidarität und Freundschaft mit den Völkern der Welt, der Gastgeber der Tagung, hatte dementsprechend für die Delegierten, die dies wünschten, ein Rahmenprogramm organisiert, das über die Geschichte des vietnamesischen Befreiungskampfes, aber auch über den Aufbau nach dem Sieg ausführlich informierte. Unter anderem waren alle Delegierten zu einer mehrtägigen Reise nach Ho-Chi-Minh-Stadt eingeladen.

Begegnung mit dem neuen Kampuchea

Das herausragende, aktuelle Ereignis der Tagung war die Begegnung mit der vom Generalsekretär der Nationalen Einheitsfront für die Nationale Rettung Kampuchreas (FUNKSN), Ros Samay, angeführten kampucheanischen Delegation nach der der „zweiten Befreiung“ dieses Landes, eine Befreiung von der mörderischen Schreckensherrschaft des Regimes Pol Pot/Ieng Sary, dem über 2 Mio Menschen seit dem 17. April 1975 (der ersten Befreiung Phnom Penhs) zum Opfer gefallen waren.

Nahezu alle Delegierten beglückwünschten das kampucheanische Volk, die Nationale Einheitsfront und den gerade gegründeten Revolutionären Volksrat zu dem raschen Sieg. Für einige Delegierte waren dabei die Ereignisse über den eigenen Informationsgrad allzu rasch hinweggegangen: Der Botschafter eines afrikanischen Staates warnte in seiner Rede sehr emphatisch die Vereinten Staaten (!), sich in die inneren Angelegenheiten afrikanischer oder asiatischer Staaten einzumischen: Wenn sie die Warnung nicht beherzigten, so würde es ihnen so gehen wie jetzt in Phnom Penh.

Aber solche eher erheiternden Szenen blieben Einzelerscheinungen. Hervorzuheben bleibt, daß praktisch alle Delegationen das kapucheanische Volk zu seinem Sieg über die Terrorherrschaft beglückwünschten und während der Tagung auch noch bekannt wurde, daß der größte Teil der sozialistischen Länder inzwischen den Revolutionären Volksrat Kampuchreas als einzige legitime Regierung des Landes anerkannt hatte.

Ich selber hatte bereits unmittelbar nach meiner Ankunft in Hanoi, d. h. noch vor dem Beginn der Präsidiumstagung, auf einer Solidaritätsveranstaltung im Nationaltheater Hanoi Gelegenheit, die kampucheanische Delegation kennenzulernen: wohl als erster Westeuropäer überhaupt.

Den Kampucheanern standen Tränen in den Augen; sie hatten offenbar Schwierigkeiten, zu begreifen, daß die Schreckensherrschaft wirklich zu Ende war, zumal jeder von ihnen den Verlust von nahen Angehörigen zu beklagen hatte. In den Gesprächen mit der Delegation, aber auch in der Rede von Ros Samay auf der Präsidiumstagung wurde deutlich, daß das neue Kampuchea beim Nullpunkt beginnen muß. Nahezu alle sozialen, familiären, nachbarschaftlichen, kulturellen Bindungen hatte das Regime Pol Pot/Ieng Sary zerstört. Unterkünfte müssen gebaut werden, um die wieder zusammengeführten Familien zu beherbergen; es fehlt sogar an Kochtöpfen und elementaren Küchengeräten. Schulen müssen wieder eröffnet werden und Krankenhäuser. Diese

Einrichtungen hatte das Regime schlichtweg abgeschafft.

Ein zweiter, wichtiger Diskussionspunkt auf der Präsidiumstagung war die Gefahr, die dem Weltfrieden durch die gegenwärtige Politik der Führung der Volksrepublik China droht. In diesen Zusammenhang gehörte die politische und militärische Unterstützung der abenteuerlichen Kriegspolitik des Pol Pot/Ieng Sary-Regimes gegen Vietnam, aber auch die Massierung chinesischer Gruppen an der vietnamesischen Nordgrenze. Die Politik der Volksrepublik China, Allianzen mit dem westeuropäischen und US-Imperialismus gegen die fortschrittlichen Kräfte in der Welt zu schließen, und zwar aus einem wahnhaften Antisowjetismus, wurde allseits verurteilt.

Entsprechend der politischen Lage waren zwei weitere Schwerpunkte der Debatte das südliche Afrika sowie der Nahe Osten. Joshua Nkomo hielt eine vielbeachtete Rede, in der er sehr freimütig und ausführlich über die Erfolge, aber auch die Schwierigkeiten und Nöte des Befreiungskampfes im Zimbabwe sprach. Versuche der Imperialisten standen zur Diskussion, in Zimbabwe und Namibia Marionettenregimes zu errichten, die die Fortdauer einer neokolonialen Ausbeutung erlauben. Diese Versuche wurden selbstverständlich von allen Delegierten verurteilt.

Schwieriger war es für die AAPSO, ihre Nahost-Politik zu formulieren. Immerhin wurde in Reden und Resolutionen der Versuch verurteilt, Zwietracht unter die arabischen Nationen zu säen und sie zu spalten. Das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat wurde bekräftigt, ebenso wie der Anspruch der PLO, die einzige legitime Vertretung des arabischen Volkes von Palästina zu sein. Auch die Vereinbarungen von Camp David wurden, in Anlehnung an die Bagdader Gipfelkonferenz, zurückgewiesen. Zu einer darüberhinausgehenden Verurteilung der gegenwärtigen ägyptischen Politik kam es jedoch auch aus begrifflichen Gründen (siehe AAPSO-Kasten) nicht.

AAPSO-Öffnung für Westeuropa?

Eröffnet wurde die Tagung durch eine Rede Pham Van Dongs, des Ministerpräsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam. Pham betonte, daß Vietnam alle um ihre Unabhängigkeit ringenden Völker unterstütze, daß es sich seit der Konferenz von Bandung (1955) als aktives Mitglied der Gemeinschaft der Nichtpaktgebundenen Staaten betrachte und einen besonderen Wert auf eine enge, friedliche Zusammenarbeit mit den anderen Ländern Südasiens lege. Alle Aggressionshandlungen der Imperialisten, aber auch der „internationalen Reaktion“ (hier ist vor allem die gegenwärtige Pekinger Führung gemeint) werde Vietnam entschieden Widerstand entgegenzusetzen.

Die gesamte Tagung fand im Gebäude der vietnamesischen Nationalversammlung statt, was bereits die Bedeutung kennzeichnet, die ihr von vietnamesischer Seite zugewiesen wurde. Neben den öffentlichen Eröffnungs- und Abschlusssitzungen fanden Arbeitssitzungen statt; abends und nachts tagte die Entwurfskommission für die geplanten Resolutionen. Bei der Abschlusssitzung konnten dann 26 Resolutionen einstimmig verabschiedet werden, neben der allgemeinen Erklärung der AAPSO solche zum südlichen Afrika, dem Nahen Osten, der Westsahara, Vietnam und Kampuchea, Korea, dem Iran, dem Indischen Ozean, zur Nichtpaktgebundenheit, zur Abrüstung usw.

Ein großes Interesse wurde von den Teilnehmern westeuropäischen Solidaritätskomitees entgegengebracht (Frankreich, Italien, Finnland, BRD). Die lange Redezeit, die den Vertretern dieser Komitees zugestanden wurde, belegt, daß die AAPSO den Solidaritätsbewegungen in den kapitalistischen Ländern eine große Bedeutung beimißt: Möglicherweise eine Bedeutung, die diese Komitees bisher noch nicht haben. Die Tagung machte aber auch deutlich, wie notwendig eine enge Zusammenarbeit dieser Komitees mit der AAPSO ist. Eine für die nächste Zukunft vorgesehene Änderung der Statuten der AAPSO wird es möglich machen, daß diese Komitees nicht mehr, wie bisher, sich mit dem Status von Gästen und Beobachtern zufrieden geben müssen, sondern auch assoziierte Mitglieder dieser großen afroasiatischen Solidaritätsorganisation werden können.

Das Profil der AAPSO



Die Organisation für Afro-Asiatische Völkerfreundschaft (AAPSO) ist eine internationale, nichtstaatliche Organisation, deren Ziel es ist, die Völker Afrikas und Asiens zu unterstützen in „ihrem unvermeidlichen und gemeinsamen Kampf für Selbstbestimmung gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Faschismus und Zionismus und gegen alle Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sie handelt als integraler Bestandteil der weltweiten antiimperialistischen Front und führt ihren Kampf in Einheit mit allen fortschrittlichen Kräften der Welt.“ (Aus der Präambel der AAPSO-Statuten).

In ihrer Programmatik ist die AAPSO stark geprägt von dem Geist und den Prinzipien der Konferenz von Bandung, in deren Folge sie von Gamal A. Nasser 1957 gegründet worden war.

Seit 1957 Organ des Befreiungskampfes

Die AAPSO erfüllt die ihr gestellten Aufgaben vor allem dadurch, daß sie

- politische Orientierungshilfen und Aktionsempfehlungen an nationale Solidaritätsorganisationen und Bewegungen gibt, und diese bei ihren Aktivitäten unterstützt,
- als Plattform und Stütze für nationale Befreiungsbewegungen dient; AAPSO-Mitglied waren so bzw. sind u. a.: FNL-Algerien, FNL-Südvietnam, MPLA-Angola, PAIGC-Guinea Bissau, FRELIMO-Moçambique, ANC-Südafrika, SWAPO-Namibia, ZAPU-Zimbabwe, PLO-Palästina;
- als Koordinationsorgan für internationale Kampagnen dient;
- Verbindungen zwischen Befreiungsbewegungen und nationalen Solidaritätsbewegungen herstellt;
- zwischen Befreiungsbewegungen und nationalen Solidaritätsorganisationen einerseits und internationalen Organisationen (OAU, UNO, etc.) und Regierungen andererseits vermittelt.

Das Instrumentarium der AAPSO besteht vor allem aus internationalen Konferenzen, Seminaren, Publikationen, „diplomatischen“ Aktivitäten.

Die politischen Schwerpunkte der AAPSO waren bzw. sind: Unterstützung des Entkolonialisierungsprozesses, des algerischen Befreiungskampfes, des vietnamesischen, palästinensischen und des Befreiungskampfes im südlichen Afrika, sodann die Unterstützung des Kampfes der Entwicklungsländer für eine Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Mitglieder können nach der gültigen Satzung werden: „Afrikanische und asiatische Bewegungen, Parteien und Solidaritätskomitees, die die fortschrittlichen Kräfte in ihren Ländern auf der Basis kämpferischer Solidarität gegen den Imperialismus unterstützen.“ (Artikel 3 der Statuten). Die AAPSO hat derzeit 75 Mitglieder, darunter: Angola (MPLA), Eritreische Befreiungsfront (ELF), Guinea Bissau (PAIGC), Moçambique (FRELIMO), Namibia (SWAPO), Palästina (PLO), Südafrika (ANC), Zimbabwe (ZAPU), Algerien (FNL), VR Kongo (PCT), Zypern (Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee), Marokko (UNFP), Guinea (PDG), Japan (Afro-Asiatisches Solidaritäts-

komitee), Senegal (PAIS), Tunesien (Sozialistische Destour Partei) und andere sowie Solidaritätskomitees aus folgenden sozialistischen Ländern: Vietnam, VDR Korea, Mongolei und UdSSR (Letztere zählt in der AAPSO als asiatisches Land).

Neben den 75 Mitgliedern gibt es einige Organisationen mit **Konsultativ- oder Beobachterstatus**, die zwar mit der AAPSO zusammenarbeiten, jedoch kein Stimmrecht und andere Satzungsrechte besitzen. Den Konsultativ- oder Beobachterstatus können auch Organisationen außerhalb Afrikas oder Asiens erwerben. Davon haben einige europäische Solidaritätskomitees bisher Gebrauch gemacht, z. B. aus Finnland und der DDR.

Das politische Spektrum der Mitgliedschaft in der AAPSO ist sehr breit. Es reicht von nationalreformistisch-bürgerlichen Kräften (Ägypten, das den Generalsekretär stellt, Marokko, Tunesien) über ein differenziertes Spektrum nationaler Befreiungsorganisationen bis hin zu linkssozialdemokratischen (stellvertretender Generalsekretär ist z. B. Vassos Lyssarides, Vorsitzender der griechischen PASOK nahestehenden sozialistischen Partei Zyperns) und zu kommunistischen Strömungen.

Spektrum von Ägypten bis Vietnam

Höchstes Beschlußorgan ist der **Kongreß**, in dem alle Mitglieder vertreten sind und der in der Regel alle drei Jahre stattfindet. Zwischen dem Kongreß ist der **Rat** das höchste Organ; er setzt sich aus auf dem Kongreß gewählten Mitgliedern zusammen.

Daneben gibt es das **Präsidium**, das als Repräsentationsorgan fungiert. Ihm gehören derzeit an: Ahmed Al Sharkawy (AAPSO-Generalsekretär, Nachfolger von El Sebai, von Sadat ernannt, wie Sebai Vertrauter von Sadat), Aziz Sherif (irakischer Minister a. D.), Vasco Cabral (Guinea Bissau), Abdel Fattah Ismail (Parteivorsitzender in der VDR Jemen), Aghostino Neto (Angola), Madame Nguyen Thi Binh (Vietnam), Chandrajit Yadav (Indien), Gaber Baghbough (Syrien), Kamal Dschoumblatt (1977 ermordet), Kahled Al Fahum (Vorsitzender des PLO-Nationalrates), Samora Machel (Moçambique), Mirzo Toursoum Zade (sowjetischer Schriftsteller aus Mittelasien), Oliver Tambo (ANC-Präsident), Ryom Tai Jun (Korea), Sam Nujoma (SWAPO), Sherif Musadia (Algerien).

Exekutivorgan der AAPSO ist das ständige **Sekretariat**; es setzt sich zusammen aus dem Generalsekretär (Sharkawy, Ägypten), drei stellvertretenden Generalsekretären aus dem Irak (nach der Ermordung Y. el Sebais im Februar 1978 fungierte Nuri A. Razzak als agierender Generalsekretär), aus Indien und Zypern sowie aus je einem Sekretär aus Angola, der VR Kongo, Marokko, Palästina, Somalia, Sudan, Sri Lanka, Südafrika, Vietnam, UdSSR, VDR Jemen; hinzu kam mit Konsultativstatus ein Vertreter der DDR.

Sitz der AAPSO ist Kairo. In Bagdad unterhält die AAPSO ein wissenschaftliches Institut, das Afro-Asian Development Center, das sich vor allem mit ökonomischen Fragen beschäftigt. In New York und Genf unterhält die AAPSO je ein Verbindungsbüro.

Die AAPSO hat Konsultativ-Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO und Beobachterstatus bei der UNCTAD.

In Westeuropa wurde die AAPSO weit über die Solidaritätsbewegung hinaus bekannt, als bei ihrer Präsidiumstagung in Zypern im Februar 1978 der Generalsekretär und ägyptische Kulturminister Yussuf el Sebai von einem Kommando erschossen und ein Teil der Delegierten als Geiseln genommen wurden. Aufsehen erregte auch die von der AAPSO initiierte Solidaritätskonferenz in Addis Abeba vom 14.—17. 9. 1978. Auf dieser von Mengistu Haile-Mariam und Fidel Castro präsierten Konferenz (Abschlußklärung in AIB 11—12/1978) stand die Verurteilung des NATO-Interventionismus in Afrika, die Liquidierung der Rassisten-Regimes im Süden des Kontinents sowie die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen Palästinas und der Westsahara im Vordergrund. Erstmals auch kam es in Addis Abeba zu einer namentlichen Zurückweisung der chinesischen Kollaboration mit reaktionärsten Regimes und des chauvinistischen Kurses Pekings gegen Angola, Äthiopien und Vietnam.

Auf der im Januar 1979 in Hanoi veranstalteten 7. Präsidiumstagung spielten die aktuellen Ereignisse in Kampuchea eine große Rolle. Sie verabschiedete ein Aktionsprogramm und beschloß die Ausweitung ihres Aktionsradius mit der Eröffnung neuer Büros in New York und Genf. Von einer Überwindung des Schlages von Larnaka zeugt auch die Ansetzung des nächsten AAPSO-Kongresses noch in diesem Jahr in Bagdad.

Wilfried Burchett Aggression Vietnams ?

Am Beispiel der Rolle, die die Vietnamesen in der kambodschanischen Affäre gespielt haben, hat man viel von „Invasion“, wenn nicht gar von „Eroberung“ gesprochen.

Sagen wir zunächst, daß man in Hanoi keinesfalls verborgen hatte, daß Vietnam die Nationale Einheitsfront Kampuchas zur Nationalen Rettung (FUNKSN) unterstützte und bereit war, viel für sie zu tun. Sagen wir ebenso, daß mit oder ohne die vietnamesische Unterstützung einer Widerstandsbewegung in Kambodscha gegründet worden wäre, die alles getan hätte, um ein weltweit verurteiltes Terrorregime zu stürzen. Und sagen wir schließlich aus diesem Anlaß, daß die sog. „freie Welt“ in der Tat ein kurzes Gedächtnis hat:

Ein Beispiel: Vor einigen Monaten forderte der amerikanische Senator McGovern, ehemaliger Kandidat für das Weiße Haus, daß die Vereinten Nationen militärisch in Aktion treten sollten, um das, was Jimmy Carter u. a. nicht ohne Grund das „barbarische Regime“ von Phnom Penh nannte, zu stürzen. Falls McGovern Gehör gefunden hätte und falls die Truppen der UNO Pol Pot verjagt hätten, hätte man in der „freien Welt“ gesagt, daß sie Kambodscha befreit hätten.

Nun aber, seit sich das kambodschanische Volk erhoben hat und in einigen Tagen das genannte Regime gestürzt hat, ist Vietnam der „Verräter“ des Dramas geworden und wird als Aggressor denunziert. Nach seiner Logik müßten der Senator McGovern und seinesgleichen die Vietnamesen dafür begrüßen, der FUNKSN geholfen und so zum Sturz der Barbarei beigetragen zu haben.

In Wirklichkeit hat Vietnam in dieser Sache mit Mäßigung gehandelt. Erinnern wir uns der Fotos jener Hunderten von Vietnamesen aus Kambodscha, deren Leichen mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen auf den Wassern des Mekong trieben: Das war im März 1970, einige Tage, nachdem Lon Nol die Macht ergriffen hatte. Die Vietnamesen haben diese Verbrechen niemals dem kambodschanischen Volk zur Last gelegt und um den Preis eines beträchtlichen Opfers haben sie, während sie ihren eigenen Befreiungskrieg führten, den kambodschanischen Revolutionären geholfen, die Lon Nol und seine amerikanischen Beschützer bekämpften.

Erinnern wir uns. Es war auch in jener Zeit, als sie 2000 ihrer besten Kader auf die Bitte von Sihanouk hin schickten, um den kambodschanischen Widerstand auszubilden. Und ebenso verjagten sie auf Bitte von Pol Pot die Truppen von Lon Nol aus



Begrüßung von Soldaten der FUNKSN nach der 2. Befreiung

vier Provinzen im Osten von Kambodscha, die sie dann der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), die damals gerade gegründet war, zur Verfügung stellten.

Nun hat nach Lon Nol aber Pol Pot den Völkermord der Vietnamesen von Kambodscha wieder aufgenommen. Vom 17. April 1975 (Befreiung von Phnom Penh) bis zum 30. Oktober 1978 sind 268 350 Vietnamesen aus Kambodscha nach Südvietnam gegangen, wo sie krank oder an schlechter Ernährung leidend angekommen sind. Wenn man diejenigen hinzuzählt, die von Lon Nol und dann von Pol Pot getötet wurden, stellt man fest, daß fest die ganze vietnamesische Gemeinschaft in Kambodscha (500 000—600 000 Personen) unter den zwei kambodschanischen Regimes gelitten hat.

Die Vietnamesen haben aber nie auch nur die kleinsten Repressalien gegen die Hunderttausenden von Khmer, die im Mekongdelta leben, begangen. Im Gegenteil, die 131 800 Kambodschaner, die nach Vietnam geflüchtet sind, um der Diktatur von Pol Pot zu entfliehen, sind hier brüderlich behandelt worden.

Die wahren „Invasoren“ sind Kambodschaner

In Wirklichkeit sind es die Kambodschaner, die sich der „Invasion“ und der „Aggression“ schuldig gemacht haben. Es existiert ein enormes Dossier, das die Vietnamesen über diese Frage zusammengestellt haben (vgl. Dokumentation in AIB 4 und 11—12/1978; d. Red.).

In der Provinz von Tay Ninh im Süden Vietnams geriet ich während meines letzten Aufenthalts gelegentlich unter kambodschanische Bombardierungen. Ich habe Dörfer gesehen, die dem Erdboden gleichgemacht worden waren, andere, die evakuiert waren. Kambodschanische Kommandos führten nächtliche Überfälle auf vietnamesischem Territorium durch. Huynh Van Luan, Mitglied des Volkskomitees der Provinz von Tay Ninh, sagte mir damals: „Seit September 1977 haben wir 1 181 Getötete und ungefähr genauso viel Verletzte in unseren Grenzdörfern gehabt. Wir lassen die den Bombardierungen und den Überfällen der Kommandos ausgesetzten Regionen evakuieren. Wir haben 15 000 ha verlassen und 71 000 Personen verlegt.“

Dies für eine einzige Provinz. Ich habe später erfahren, daß entlang der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze 200 000 ha verlassen und 1 250 000 Personen evakuiert worden sind.

Am letzten 23. Dezember gewährte Pol Pot Elizabeth Becker von der Washington Post und Richard Dudman vom Saint-Luis Post Dispatch ein Interview. Er erklärte ihnen: „Wir greifen sie an, um zu verhindern, daß sie in gewissen Zonen unseres Territoriums eindringen. Falls sie es aber schaffen würden, hereinzukommen, würde sie schlecht wieder hinauskommen.“ Was beweist, daß es am 23. Dezember 1978 keine vietnamesischen Truppen auf dem Territorium Kambodschas gab und daß im Gegenteil die Kambodschaner „präventiv“ angriffen.

Tatsache ist, daß es heute in Phnom Penh eine Regierung gibt, die Grundrechte des kambodschanischen Volkes wiederherstellt und das bereit ist, ein friedliches und freundschaftliches Abkommen mit Vietnam auszuhandeln. Wenn man Parteigänger des Friedens ist und an die Menschenrechte glaubt, kann man die FUNKSN nur begrüßen. Und die Vietnamesen, die ihnen geholfen haben.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 179/22, 1. 1979)



Ros Samay

Sieg eines gepeinigten Volkes

Ros Samay (45) führte die Delegationen der Volksrepublik Kampuchea auf der 7. AAPSO-Präsidiumstagung Mitte Januar in Hanoi und auf der Berliner Weltfriedensratstagung Anfang Februar d. J. an. Er schloß sich der revolutionären Bewegung seines Landes 1950 an und arbeitete als Verbindungsmann, bevor er 1954 in den Untergrund ging. Seit 1970 kämpfte er gegen die Truppen Lon Nols und arbeitete in der X. Einheit des militärischen Führungsstabes der revolutionären Streitkräfte Kampucheas („Röte Khmer“) gegen den US-Imperialismus. Er setzte den Kampf in den Wäldern bald nach der Befreiung vom US-Imperialismus gegen die reaktionäre Diktatur von Pol Pot/Ieng Sary fort. Am 2. 12. 1978 wurde er auf dem Gründungskongreß nahe Snoul zum Generalsekretär der Nationalen Einheitsfront Kampucheas für die Nationale Rettung gewählt.

Uns wird die große Ehre zuteil, aus dem Land Angkor, über dem das Licht der aufgehenden Sonne leuchtet, im Namen des Friedenskomitees, der revolutionären Streitkräfte und des gesamten Volkes von Kampuchea dieser für den Weltfrieden so bedeutsamen internationalen Konferenz von der Freude eines siegreichen Volkes zu berichten, das ein blutrünstiges diktatorisch-militaristisches Regime im Schlepptau der expansionistisch-hegemonistischen Politik Pekings restlos bezwungen hat.

Damit wurde ein Störfaktor, der den Frieden in Südostasien schwerwiegend bedrohte, beseitigt. Die Gründung der Volksrepublik Kampuchea, deren innere und äußere Angelegenheiten vom revolutionären Volksrat Kampucheas gelenkt werden, stellt einen neuen wichtigen Faktor für die Aufrechterhaltung eines echten Friedens in Kampuchea und eine weitere, sichere Garantie für Stabilität und dauerhaften Frieden in Südostasien dar, womit sie aktiv zum gemeinsamen Kampf für den Weltfrieden beiträgt.

Die Mitverantwortung Pekings

Seit dem 10. Januar 1979, dem Tag, an dem der Revolutionäre Volksrat Kampucheas, der alleinige wahrhafte und legitime Vertreter unseres Volkes, die Gründung der Volksrepublik Kampucheas proklamierte, wurde für das kampucheanische Volk eine neue Ära eingeleitet, in der es den Wiederaufbau seines Landes in Angriff nimmt, das wahrhaft friedliebend, demokratisch, neutral und nichtpaktgebunden ist und auf dem Weg zum Sozialismus voranschreitet.

Nach einhundertjähriger Herrschaft des französischen Kolonialismus und fünf Jahre während der Aggression des amerikanischen Imperialismus kennt unser Volk zur Genüge die Demütigungen und bitteren Erfahrungen eines geknechteten, unterdrückten und ausgebeuteten Volkes. Nach so viel Blutvergießen in einem ununterbrochenen heldenmütigen Kampf, der über ein Vierteljahrhundert währte und in den Sieg vom 17. April 1975 einmündete, war unser Volk um so bestürzter und entrüsteter angesichts des Verrats der Pol Pot/Ieng Sary-Clique, die den

Weisungen und Experimenten der chinesischen Führung folgte und in Kampuchea ein blutrünstiges, faschistisch-diktatorisches Regime errichtet, das das kampucheanische Volk fast ausgerottet und der Fremdherrschaft ausgeliefert hätte sowie Trauer und Leid über jede Familie in Kampuchea brachte.

Unter dem Aushängeschild der „Sanierung der Gesellschaft“ und der Durchführung einer „radikalen, umfassenden Revolution“ wurde das normale Leben der Gesellschaft in Kampuchea völlig liquidiert.

Diejenigen, die mit dem Regime nicht einverstanden waren, sich beklagten oder ihrer Unzufriedenheit Ausdruck gaben, wurden der Auflehnung gegen Angkor, also gegen die Organisation, die Obrigkeit, der Revolution bezichtigt. Man züchtigte sie auf der Stelle, entzog ihnen ihre Lebensmittelration und sie wurden, was das Grauensvollste war, höheren Ortes vorgeladen, um nie mehr zurückzukehren.



Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique ließ die Menschen töten. Den Opfern wurde mit Hammer, Stock oder Hacke der Schädel eingeschlagen. Sie wurden reihenweise erschossen, gezwungen, über ein Minenfeld zu laufen oder zu Dutzenden aneinandergeschlossen ertränkt. Fräulein Xoc Xim aus unserer Delegation ist die einzige Überlebende aus einer Familie, zu der zehn Brüder und Schwestern gehörten.

Viele Intellektuelle, die aus dem Ausland zurückgekehrt waren, um ihrem Vaterland zu dienen, lehnten sich bald gegen die nach dem 17. April 1975 verfolgte reaktionäre politische Linie auf und wurden ermordet, darunter Rach Samuon, Hou Youn, der ehemalige Minister des Innern, und Hou Nim, der ehemalige Minister für Information und Propaganda der Widerstandsbewegung. Viele Repräsentanten Kampucheas im Ausland und bei

internationalen Organisationen wurden kurz nach ihrer Rückkehr ebenfalls beseitigt, so u. a. Sieng An und Ok Sakim.

Um ihre Verbrechen und den Widerstand des Volkes zu verschleiern und die öffentliche Meinung im In- und Ausland irreführen, stachelte die Pol Pot/Ieng Sary-Clique einen bornierten Nationalismus an, erzeugte bei der Bevölkerung Haß gegenüber dem Ausland, provozierte mit Thailand und Laos Grenzkonflikte und, was am schlimmsten ist, führte an der Grenze zu Vietnam Kriegshandlungen mit dem Ziel, die Vietnamesen niederzumetzeln, Frieden und Freundschaft zwischen den beiden Ländern zu sabotieren und die jungen Kampucheaner in den Tod zu treiben. Damit dienten sie den Interessen dieser Clique und den expansionistischen und hegemonistischen Bestrebungen der chinesischen Regierung.

Viele Offiziere und Soldaten der Armee, die mit dieser Politik, die zu Störungen und Spannungen mit den Nachbarländern führte, nicht einverstanden waren, wurden von ihren Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen.

Angesichts dieser Innen- und Außenpolitik, die dem Volk und der Nation schadete, den Interessen und den expansionistisch-hegemonistischen Bestrebungen von Großmächten diente,

Kindersoldaten Pol Pots



Phim Thay (11 Jahre)

PHIM THAY: Sie (das Pol Pot-Regime, d. Red.): zogen mich am 1. Januar 1978 ein. Ich war damals mit meiner Mutter zusammen, sie hatten schon meinen Vater und auch meine Brüder geholt. Meine Heimat ist das Dorf Soim Rong in der Provinz Kompong Cham.

FRAGE: Kannst du lesen und schreiben?

PHIM THAY: Nein, ich habe niemals eine Schule besucht.

FRAGE: Hast du eine Waffe getragen? Hast du geschossen?

PHIM THAY: Ja, ich habe geschossen.

FRAGE: Hast du an irgendwelchen Kämpfen teilgenommen?

PHIM THAY: Ja, ich war bei zwei Kämpfen entlang der Grenze dabei. Sie sagten mir, daß ich die Leute auf der anderen Seite töten müßte.

FRAGE: Die Vietnamesen?

PHIM THAY: Ja.

FRAGE: Wann wurdest du gefangengenommen?

PHIM THAY: Dieses Jahr im Juli (1978, d. Red.).

Pa Tphiep (13 Jahre)

PA TPHIEP: Ich wurde eingezogen und drei Tage später gefangengenommen. Ich fiel und meine Kameraden ließen mich zurück. Die Vietnamesen sammelten mich auf.

FRAGE: Kannst du lesen und schreiben?

PA TPHIEP: Nein, ich bin niemals zur Schule gegangen.

FRAGE: Wofür hast du gekämpft?

PA TPHIEP: Ich weiß es nicht. Sie erzählten es mir nicht. Ich mußte lernen wie man schießt und ich tat es. Nachdem sie mich eingezogen hatten, wollte ich nach Hause gehen. Ich wollte meine Mutter sehen, aber sie ließen mich nicht. Sie blieb dort in der Kommune. Mein Vater starb.

(Quelle: Granma, Havanna, 21. 1. 1979)

Spannungen in Südostasien hervorrief und dem Volk nur Trauer und Leid brachte, hatten wir keinen anderen Ausweg, als uns zu erheben. Dieser Aufstand des Volkes erfolgte von unten nach oben, er ging von einer Region aus, erfaßte das ganze Land und wurde schnell zur Hauptkraft, die den vollständigen Zusammenbruch eines grausamen Regimes, das in der Geschichte der kampucheanischen Nation einmalig ist, herbeiführte.

Schon 1975 erhoben sich die Volksmassen in vielen Regionen. Da aber eine Einheitsfront fehlte, wurden sie unterdrückt wie im Norden von Siem Reap im September 1975, in Battambang im August 1976, in Koh Kong im März 1976. Erwähnt sei vor allem die Division 260 in Phom Penh, die unter dem Kommando von Choc Ray stand und fast völlig vernichtet wurde.

1977, vor allem nach dem Befehl, am 30. April 1977 einen gleichzeitigen Angriff gegen Vietnam zu führen, womit der größte Teil der Streitkräfte in die Grenzgebiete abgezogen wurde, spitzte sich der Volksaufstand in Battambang, Koh Kong, Kandal, Siem Reap, Kompong Cham, Stung Treng, Kampot und Kratie zu.

Rückwirkungen des Angriffs gegen Vietnam

Da sich der Aufstand auf alle Gebiete ausdehnte und selbst bei den Streitkräften der Pol Pot/Ieng Sary-Clique zu Desertionen führte, richtete diese zur Säuberung der Armee ein Blutbad an, dem Zehntausende zum Opfer fielen. Außerdem wurden 17 von 19 regulären Armeedivisionen, die gegen Vietnam eingesetzt waren, völlig vernichtet oder stark dezimiert, wodurch eine ernsthafte Schwächung eintrat.

Je mehr die Pol Pot/Ieng Sary-Clique geschwächt wurde, um so mehr fürchtete sie den Volksaufstand und verstärkte sie die Unterdrückung, um so mehr griff aber auch der Volksaufstand um sich. Höhepunkt war der Aufstand der Volksmassen und der patriotischen Soldaten am 26. Mai 1978 im Militärbezirk 203 (Ostregion vom Kampuchea), der eine günstige Voraussetzung für den Zusammenschluß der wahrhaft revolutionären Kräfte im ganzen Land schuf, so daß mit Erfolg der Kongreß am 2. Dezember 1978 durchgeführt werden konnte, auf dem die Nationale Einheitsfront Kampuchreas für die Nationale Rettung gegründet wurde. Sie leitete eine neue Phase des revolutionären Kampfes ein, der wie ein mächtiger Sturm das ganze Land erfaßte.

Die Hissung der roten Fahne mit den fünf gelben Türmen am 7. Januar 1979 um 12.30 Uhr über der Hauptstadt Phom Penh machte einem Sklavenhalterregime neuen Typs ein Ende, bewahrte die kampucheanische Nation vor der Ausrottung und der Fremdherrschaft und eröffnete unserem Lande eine glückliche Perspektive.

Dieser große Sieg ist zweifellos das Ergebnis des revolutionären Kampfes einer unterdrückten Nation, die sich gegen ein grausames Regime, das im Dienste einer reaktionären ausländischen Macht stand, erhob. Es ist der Sieg der richtigen Politik der Nationalen Einheitsfront für die Nationale Rettung, der Sieg einer heldenhaften Nation und einer heldenhaften Armee mit einer glanzvollen revolutionären Kampftradition.

In Kampuchea nimmt ein neues Leben Gestalt an. Es gilt, eine Gesellschaft aufzubauen, die völlig von vorn beginnen muß, noch ohne Krankenhäuser, ohne Schulen, ohne Märkte, ohne Lehrmaterial, ohne Medikamente. Das bedeutet auch, daß uns unzählige Schwierigkeiten erwarten und außerordentliche Anstrengungen notwendig sind; der Geist der Unabhängigkeit und Souveränität muß stimuliert werden, die patriotischen Traditionen der Nation müssen wachgerufen und es muß in vieler Hinsicht um eine breite internationale Unterstützung ersucht werden.

(Quelle: Außerordentliche Tagung des Weltfriedensrates vom 2.—5.2.1979 in Berlin, Bulletin 9, Berlin, Februar 1979, S. 2—8, Auszüge)

Alfons I. Bresche

Machteroberung des Volkes



Mit den Worten „der Schah hat das Land verlassen, doch das System existiert noch“ umriß ein Sprecher der Nationalen Front¹ die Lage im Iran Mitte Januar 1979. Mitte Februar war, nach der bewaffneten Volkserhebung des 11. 2. 1979, das vom Schah eingesetzte Bakhtiar-Regime zusammengebrochen und die von Schiitenführer Khomeini ernannte Provisorische Regierung unter Premierminister Mehdi Bazargan von den meisten Staaten der Welt anerkannt.

Die von der Carter-Administration erhoffte „Beständigkeit“ und „Stabilität“² unter Bakhtiar war damit an der Stärke der antidiktatorisch-antiimperialistischen Volksbewegung gescheitert.

Sieg der bewaffneten Volksmassen

Kaum an die Macht gekommen, hatte das Bakhtiar-Regime bereits Auflösungserscheinungen gezeigt. Die superreiche Oberschicht, „die beautiful people“ — so das Teheran Journal am 21. Januar — „sind fort und mit ihnen die Parade der Dior Gewänder und der Harry-Winston-Juwelen“. Die führenden Mitglieder des vom Schah eingesetzten Regenschaftsrates legten ihre Ämter nieder und erklärten das Organ für illegal. 1/3 der Parlamentsabgeordneten setzten sich ab oder wurden aufgrund von Korruptionsvergehen verhaftet, bekannte Politiker wie der Teheraner Oberbürgermeister stellten sich auf die Seite der Opposition.

Die Volksbewegung selbst manifestierte auf mehreren Massendemonstrationen am 10./11. Dezember 1978 mit insgesamt etwa 10 Mio Teilnehmern und am 19. 1. 1979 mit 2 Mio Teilnehmern in Teheran ihren Willen nach Sturz der Monarchie und der „Errichtung einer freien islamischen Republik“.³

Die dabei verabschiedeten Resolutionen belegen die absolute Isolation Bakhtiar's und das Vorhandensein einer demokratischen Gegenmacht, die inzwischen in mehreren Städten und Regionen des Iran wie in Isfahan und Kum faktisch administrative Funktionen übernommen hatte. Dort wurde eine eigene Polizei gebildet und Anhänger des Ayatollah Khomeini fuhrtendie Aufgaben der Behörden durch.

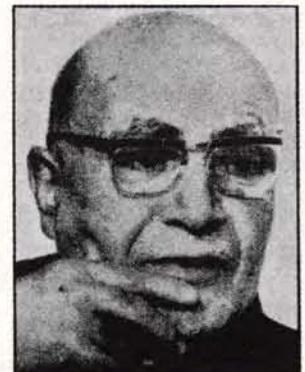
Es wurden Institutionen und Einrichtungen gegründet wie der

„Islamische Verkauf“⁴, an dem Grundnahrungsmittel erheblich verbilligt oder gratis abgegeben wurden, oder der Durchhalte-Fonds, aus dem die streikenden Arbeiter und Angestellten unterstützt wurden.

Insofern existierte eine gewisse Parallel-Administration zu der des Bakhtiar-Regimes schon vor der Rückkehr Khomeinis und seiner Ernennung einer provisorischen Regierung unter Mehdi Bazargan am 5. Februar. Bazargan, ehemaliger Leiter der nationalen iranischen Ölgesellschaft unter Mossadegh, Vorsitzender der Iranischen Freiheitsbewegung und Direktor einer Bau-firma, verkündete am 9. Februar das 6-Punkte-Programm seiner Regierung (siehe Kasten).

Die Antwort Bakhtiar's ließ nicht lange auf sich warten. Am folgenden Tag ließ er Elite-Einheiten der Armee gegen Teheraner Militärs, die sich Khomeini angeschlossen hatten, aufmarschieren. Die bewaffneten Auseinandersetzungen breiteten sich am Wochenende des 10./11. Februar auf die gesamte Hauptstadt

Programm der Regierung Bazargan



- Übergabe der Macht an die Provisorische Regierung;
- Referendum über die künftige Staatsform des Landes;
- Neuorganisation der Machtstruktur, um alle Positionen der Diktatur zu zerschlagen;
- Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung;
- Ausarbeitung einer neuen Verfassung;
- Parlamentswahlen und Bildung einer neuen Regierung.

(Quelle: ADN, Teheran, 9. 2. 1979)

A. Khomeini Ratgeber der Nation sein



Khomeinis triumphale Rückkehr am 5. 2. 1979

FRAGE: Sollte Bakhtiar scheitern, glauben Sie, ein militärischer Staatsstreich mit Unterstützung von Eliteeinheiten der Streitkräfte wie den Kommandos, der Luftwaffe und der Polizei wäre möglich?

A. KHOMEINI: Solch ein Staatsstreich ist möglich. Das würde der letzte Stein sein, den das Regime gegen das Volk erheben würde. Dem werden wir die Stirn bieten, denn das Volk hat sich entschieden, solange zu kämpfen, bis eine islamische Regierung etabliert worden ist. Jedes andere Regime würde sich in Opposition zum Volk begeben.

FRAGE: Wenn Sie erfolgreich sind, welche institutionellen Wege werden Sie einleiten?

A. KHOMEINI: Wir werden ein Komitee zur Vorbereitung von Wahlen zu einer Versammlung einberufen. Das Volk hat schon seinen Wunsch nach einer islamischen Regierung zum Ausdruck gebracht. Aber wenn eine Volksabstimmung nötig sein sollte, werden wir sie nicht verweigern.

Das Komitee wird sich aus praktizierenden Moslems zusammensetzen. Es mag auch Ulemas mit einschließen, entweder aufgrund ihres rechtmäßigen Anspruchs oder als Beobachter.

FRAGE: Sie sind als der unbestrittene Führer der Opposition hervorgegangen, aber Sie haben schon gesagt, daß Sie nicht die Macht wollen. Was verstehen Sie unter einer islamischen Regierung?

A. K. KHOMEINI: Wir werden einen Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik aufstellen. Er sollte vom Volk gewählt werden. Einmal gewählt, werden wir ihn unterstützen. Die Gesetze der Regierung werden islamisches Recht sein. Ich selbst möchte nicht Präsident werden oder irgendein anderes Regierungsamt einnehmen. Ich werde mich damit begnügen, der Ratgeber der Nation zu bleiben, so wie ich es in der Vergangenheit gewesen bin.

FRAGE: Viele Menschen im Iran, besonders in intellektuellen Kreisen, praktizieren den Islam nicht oder sind nicht einmal gläubig. Was für eine Haltung wird die Regierung ihnen gegenüber einnehmen?

A. KHOMEINI: Wir werden versuchen diesen Menschen den Weg zur Erlösung zu zeigen. Wenn sie nicht wollen, werden sie frei sein, ihr normales Leben zu führen, es sei denn, sie würden Intrigen gegen das Volk und das Land schmieden.

FRAGE: Sie sagten kürzlich, wenn die Vereinigten Staaten ihre Politik der Beherrschung gegenüber dem Iran aufgeben würden, wären Sie bereit, ihre Haltung zu überdenken. Was meinen Sie damit?

A. KHOMEINI: Wenn sich die Vereinigten Staaten korrekt verhalten, sich nicht in unsere Angelegenheiten mischen und ihre Berater aus unserem Land zurückziehen, werden wir sie respektieren.

FRAGE: Meinen Sie die Vereinigten Staaten werden leichten Herzens den Iran fallen lassen, wenn man bedenkt, was auf dem Spiel steht und welchen Einfluß die iranische Bewegung auf andere arabische und moslemische Staaten in der Religion haben könnte?

A. KHOMEINI: Offensichtlich wollen die Vereinigten Staaten alle Länder unter ihrer Kontrolle halten. Aber wir können eine solche Beherrschung nicht tolerieren, und unser Volk hat sie satt. Andere Länder werden sich selbst aus den Klauen des Kolonialismus befreien, indem sie dem Beispiel unseres Volkes folgen werden.

(Quelle: Guardian Weekly, London, 21. 1. 1979, Auszug)

aus. Die wichtigsten Gebäude wurden von den Volksmassen gestürmt, der Schahpalast besetzt, die Gefängnistore geöffnet. In der SAVAK-Zentrale verhaftete man 40 hohe Funktionäre.

Nach diesem Ansturm der revolutionären Volksmassen traten nicht nur alle Unterhausabgeordneten zurück, auch der Generalstab der iranischen Streitkräfte kapitulierte: Nach 36stündigen Kämpfen erklärten sie sich für „neutral“, entzogen dem Schah-Statthalter Bakhtiar die Unterstützung und reteten ihre Truppenkontingente in die Kasernen zurück.

Am 12. Februar nahm Bazargan offiziell die Staatsgeschäfte auf und gab die Mitglieder der neuen Provisorischen Regierung (darunter K. Sandjabi, Vorsitzender der Nationalen Front und General A. V. Gharani, Armeeeoberbefehlshaber unter Mossadegh und neuer Generalstabschef) bekannt, die noch am gleichen Tag von Pakistan, der PLO und der UdSSR anerkannt wurde. Die Anerkennung der USA folgte am folgenden Tag durch Carter, der heuchlerisch seine „Hoffnung für eine produktive und friedliche Zusammenarbeit“ zum Ausdruck brachte.



Schah-Abreise Mitte Januar 1979

Gerade aufgrund seiner seit 20 Jahren verfolgten antidiktatorischen, nationalen und radikaldemokratischen Position nimmt A. Khomeini eine objektiv fortschrittliche Position ein. Auch die Tudeh-Partei des Iran ist daher um eine Einigung mit seiner Bewegung auf eine Einheitsfront bemüht. Dabei betont sie vor allem die Bedeutung der Organisation und Mobilisierung der Massen, speziell die Bildung von Zellen in den Betrieben, den Universitäten und auf dem Land, die sowohl die Ausweitung der politischen Kämpfe betreiben als sich auch gegebenenfalls auf den bewaffneten Kampf vorbereiten sollen (siehe nachstehende Tudeh-Dokumente).

Wie wichtig diese Orientierung ist, beweisen in den USA veröffentlichte Tonbandaufnahmen des Schah, die kurz vor seiner

Demokratische Volksunion

Der bekannte Schriftsteller M. A. Beh-Azin gründete im Oktober 1978 die Demokratische Volksunion des Iran (UDPI). Bis Mitte Januar d. J. inhaftiert, stellte er in einem Gespräch mit der Humanité-Sonderkorrespondentin Dominique Bari am 23. Januar die aktuelle Position seiner Organisation vor. Der Präsident der UDPI insistiert dabei nachdrücklich auf dem demokratischen Inhalt einer islamischen Republik und auf dem Erfordernis des „Hineinwirkens in die Armee“.

Die Demokratische Volksunion des Iran (UDPI) ist, wie ihr Name anzeigt, eine demokratische Formation, die sich an alle wendet, die zum Kampf gegen die Despotie und die amerikanische Vorherrschaft bereit sind. Wir haben die Organisation der demokratischen Linken zum Ziel und sind bestrebt zur Errichtung einer Demokratie beizutragen. D. h. zu einem politischen und sozialen Regime, das alle Freiheiten für alle sozialen Schichten garantiert, ohne Ausnahme und Restriktionen.

Ich betrachte die islamische Bewegung als eine politische Realität, auf die man zählen kann. Soweit sie den revolutionären Geist des iranischen Volkes repräsentiert, stehen wir an ihrer Seite, wobei wir allerdings unsere politische Identität und die Aktionsfreiheit der UDPI-Kader bewahren.

Die Errichtung einer islamischen Republik (nach der Rückkehr des Ayatollah Khomeini in den Iran) ist, zumal wenn sie von der Volksbewegung errungen wird, ein großer Schritt nach vorn verglichen mit dem despotischen und faschistischen Regime des Schah.

Von daher (daß die Militärs in ihrer Mehrheit noch zum Schah stehen), wird die islamische Republik bestrebt sein, den gesamten diktatorischen Apparat zu zerschlagen und zu ersetzen. Man muß das Parlament, den Senat und den SAVAK (die politische Polizei) auflösen, die Armee, die gegenwärtig eine repressive Kraft ist, reorganisieren. Es müssen neue Regierungsstrukturen folgen, fußend auf den demokratischen und Volkskräften. Wenn diese Maßnahmen nicht ergriffen werden, besteht die Gefahr einer Rückkehr zur Diktatur weiter“.

(Quelle: L'Humanité, Paris, 24. 1. 1979)

Abreise gemacht wurden. Darin befiehlt er der Armee, durch gezielte Massaker einen Bürgerkrieg herbeizuführen, in dessen Folge er wieder zurückkehren könne. Dazu bestätigte der Generalstabschef Gharabaghi noch im Februar während einer Rede vor der Militärakademie, „daß die Armee hinter dem Schah und der Nation stehe.“⁵ Die Meinung der iranischen Großbourgeoisie vertrat ein Geschäftsmann mit den Worten: „Was macht es schon, wenn Blut fließt, sollen doch eine Million Menschen draufgehen, Hauptsache, wir haben hier wieder Ruhe und Ordnung.“⁶

Kurz vor der Machtübernahme durch die Volksbewegung begannen die USA mit dem Abzug von militärischem Personal

und Ausrüstungen u. a. nach Zypern und in die Türkei. Das heißt aber nicht, daß die USA auf ihre diversen Interventionspläne (siehe AIB 1 und 2/1979) verzichtet hätten.

Drohende US-Intervention

Nachdem ihre Lösungsvariante Bakhtiar scheiterte, ist der Carter-Administration und den NATO-Mächten als letztes Mittel zur Niederwerfung der Volksbewegung die Inszenierung eines faschistischen Militärputsches oder eine direkte Militärintervention geblieben. Dafür halten sich am Persischen Golf F-15 Kampfflugzeuge, US-Militärs sowie der Flugzeugträger Constellation bereit.

Diese aggressivste Variante wird seit dem Sturz Bakhtiar von den westlichen Massenmedien intensiv vorbereitet. So etwa sucht der Spiegel vom 12. Februar ein solches Vorgehen mit der Aussage zu legitimieren, dem Iran drohe sonst der Weg zurück ins Mittelalter — und das in einem Augenblick, wo vom bewaffneten iranischen Volk mit der Eroberung des Schahpalastes der Schlußstrich unter ein wahrhaft mittelalterliches Unterdrückerregime gezogen wurde. Diese imperialistischen Interventionsgelüste gilt es durch die Verstärkung der internationalen Solidarität mit dem iranischen Volk abzuwehren.

Anmerkungen:

- 1) Zur Nationalen Front vgl. AIB 1/1979, S. 10
- 2) International Herald Tribune, Paris, 18. 1. 1979
- 3) Vgl. Teheran Journal, 24. 1. 1979
- 4) Der „islamische Verkauf“ besteht meist aus improvisierten Ständen, die, nachdem sie nachts von den Soldaten niedergedrückt werden, am Tage schnell wieder aufgebaut werden können.
- 5) SZ, 7. 2. 1979
- 6) Der Spiegel, 15. 1. 1979



Iran-Solidaritätskomitee

Uns, den Demokraten, ist die Aufgabe zugefallen, die Weltöffentlichkeit auf die Lage der Menschenrechte im Iran und auf den heldenhaften Widerstand des iranischen Volkes für Menschenwürde, Gerechtigkeit und nicht zuletzt für den Weltfrieden aufmerksam zu machen.

In dieser Situation kommt der Solidarität der Demokraten aller Länder, insbesondere der Demokraten in der Bundesrepublik, mit dem iranischen Volk besondere Bedeutung zu. Wir sind überzeugt, daß das deutsche Volk, das selbst in seiner jüngsten Geschichte eine mörderische Tyrannei am eigenen Leibe verspürt hat, sich mit tiefempfundener Solidarität weltpolitisch und international auf die Seite des iranischen Volkes stellen wird.

Diese zu organisieren hat sich das neu gegründete „Iran-Solidaritätskomitee“ zur Aufgabe gestellt. Eine Aufgabe, die gelöst werden muß auf der Basis eines breiten Bündnisses bundesdeutscher demokratischer Organisationen und Persönlichkeiten in Zusammenarbeit mit der gesamten Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik.

Das „Iran-Solidaritätskomitee“ unterstützt die entscheidenden politischen Forderungen des iranischen Volkes:

- Freilassung aller politischen Gefangenen
- Aufhebung des Kriegs- und Standrechts
- Auflösung der Geheimpolizei SAVAK
- Herstellung demokratischer Verhältnisse im Iran, die die grund-

legendsten demokratischen Rechte wie u. a. Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit oder die Freiheit für alle demokratischen Parteien und Gewerkschaften realisieren.

Das sind die politischen Voraussetzungen für eine sich entwickelnde Solidaritätsarbeit; die Informationsarbeit über die wahre Lage im Iran, über den wirklichen Stand der antidiktatorischen Bewegung gegen das Schah-Regime, die Verstärkung der materiellen und politischen Solidarität. Ziel dieser Solidarität ist es nicht nur, das diktatorische Schah-Regime stärker als bisher in der Öffentlichkeit zu isolieren, die einseitige Berichterstattung in der Presse zu durchbrechen, sondern besonders Verständnis für den Appell des iranischen Volkes zu finden, jede Unterstützung des verbrecherischen Regimes zu verhindern.

Zur Unterstützung dieser Arbeit ruft das „Iran-Solidaritätskomitee“ alle demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten in der Bundesrepublik auf!

Solidaritätsadressen und Fragen bitte an das „Iran-Solidaritätskomitee“ richten.

Iran-Solidaritätskomitee,

c/o Mustafa Danesch, (Sprecher des Komitees)

Berrenrather Str. 405, 5000 Köln 41, Tel. 0221-46 41 86

Spendenkonto: Mustafa Danesch, Iran-Solidaritätskomitee
9506-627/01, Dredner Bank, Köln

Nurreddin Kianuri

Gegen einen Putsch wappnen



N. Kianuri, 1. Sekretär der Tudeh-Partei

FRAGE: Ihre Partei war seit 1949 in den Untergrund gedrängt. Sind Sie in der Lage gewesen die Partei intakt zu halten?

N. KIANURI: Trotz unserer vielen Schwierigkeiten, besonders 1970, als der SAVAK für eine kurze Zeit in unsere Bewegung eindrang, haben wir nie die Verbindung untereinander verloren. Einige unserer Mitglieder sind sogar heute noch, nach 26 Jahren, im Gefängnis.

FRAGE: Woher erhalten Sie Massenunterstützung?

N. KIANURI: Die iranische Arbeiterklasse zählt rund 3 Mio und besitzt einen hohen Grad des politischen Bewußtseins. Mit der Revolution sind die Tudeh-Traditionen neubelebt worden, wobei ältere Arbeiter, von denen viele Gefängnisfernhaltung haben, als Führer der jungen Generation wirken.

Heute erkennen selbst die Repräsentanten des Schah an, daß die Ölarbeiter nur den Direktiven der Tudeh-Partei folgen. Wir erhalten außerdem beträchtliche Unterstützung unter den Intellektuellen und der Bourgeoisie, kurz gesagt von allen, die nicht unmittelbar mit dem monopolistischen imperialistischen Kapitalismus verquickt sind.

FRAGE: Heißt das, daß viele jener Demonstranten in den Straßen, die pro-Khomeini-Slogans rufen, in Wirklichkeit Mitglieder der Tudeh-Partei sind?

N. KIANURI: Das will ich damit nicht sagen. Was ich sagen möchte ist, daß der Ayatollah Khomeini den Schah und den Imperialismus in allen seinen Formen 20 Jahre lang bekämpft hat. Wir unterstützen seine Initiativen, nämlich eine islamische Republik, die Beseitigung der Monarchie; eine verfassungsgebende Versammlung, die eine neue zu einer nationalen Regierung führende Verfassung entwerfen soll, welche der imperialistischen Vorherrschaft ein Ende setzt, ferner Garantien für alle Formen der Volksdemokratie sowie die Nutzung unserer nationalen Reichtümer für das gemeinsame Wohl. Dies ist keine vorübergehende Taktik, sondern ein ernsthafter und klarer Standpunkt unsererseits.

FRAGE: Stört Sie als Marxist der zutiefst islamische Charakter Khomeinis nicht?

N. KIANURI: Die der schiitischen Religion zugehörigen Nationen haben demokratische Wurzeln, und sie sind stets mit volkstümlichen, nationalen, antiimperialistischen Kräften verbunden gewesen. Aus diesem Grund hat der Ayatollah Khomeini unsere Sympathie gewonnen, als er begann, seine entschiedenen und radikalen Losungen gegen den Schah auszugeben.

Die Tudeh-Partei anerkennt die objektiv progressiven Elemente in seiner Bewegung. Und wir tun alles, um eine gemeinsame Sprache mit ihm zu entwickeln. Wir meinen, daß er eine völlig progressive Rolle in der Entwicklung im Iran spielt.

FRAGE: Für wie lange können der Ayatollah Khomeini und die Tudeh-Partei denselben Weg beschreiten?

N. KIANURI: Für eine sehr lange Zeit. Ich meine, daß es keine unüberbrückbaren Differenzen zwischen dem wissenschaftlichen Sozialismus auf der einen Seite und dem sozialen Gehalt des Islams auf der anderen gibt. Im Gegenteil, beide haben viel gemeinsam. (...)

FRAGE: Unter Ihrer neuen Führung veröffentlichte die Tudeh-Partei ein Kommuniqué (gemeint ist die in dieser AIB-Ausgabe dokumentierte ZK-Erklärung am 13. 1. 1979; d. Red.), das die

Vorbereitung eines bewaffneten Volkskampfes fordert. Bedeutet das, daß Sie einen Bürgerkrieg als unvermeidlich erachten?

N. KIANURI: Eine politische Partei muß sich ihre Optionen offenhalten. Der nationale Kampf, der zur Abreise des Schahs führte, kann möglicherweise zu seinem logischen Ende geführt werden, falls die Armee sich in den Dienst des republikanischen Iran stellen sollte. Es ist jedoch auch möglich, daß die reaktionären Kräfte des Iran mit imperialistischer Unterstützung aus den USA und Israel versuchen könnten, einen Putsch durchzuführen, der noch viel brutaler sein würde, als alles, was bisher dagewesen ist — gemessen an Chile oder dem Massaker an den Kommunisten in Indonesien.

Wir wollen nicht, daß dies geschieht, und wir wollen keine Wiederholung der Repression des Jahres 1953 im Iran. Dagegen müssen wir gewappnet sein.

Einem neuen Chile vorbeugen

FRAGE: Erachten Sie einen bewaffneten Kampf als eventuell unvermeidlich?

N. KIANURI: Ich bin nicht pessimistisch, aber ich bin auch nicht übertrieben optimistisch. Wir meinen, daß der nationale Kampf sein logisches Ende ohne ein derartiges Blutvergießen finden kann, aber wir müssen wachsam sein.

FRAGE: Woher würden Sie solche Waffen für einen bewaffneten Kampf bekommen?

N. KIANURI: Revolutionäre Bewegungen haben es im Laufe der Geschichte stets verstanden, dieses Problem auf spezifische Weise zu lösen. Waffen können stets gefunden oder gekauft werden. Es gibt viele Waffen im Iran.

FRAGE: Welche Rolle würde nach Ihrer Meinung die Armee im Falle eines Bürgerkrieges spielen?

N. KIANURI: Unsere Armee kommt aus dem Volke. 90 % der Rekruten entstammen der Bauernschaft und 10 % der Arbeiterklasse.

Wir sind überzeugt, daß die revolutionäre Bewegung nicht vor den Kasernenmauern halt machen wird. Es gibt bereits Anzeichen dafür. Wir wissen, daß zur Unterdrückung von Demonstrationen die Offiziere jetzt Freiwillige aufrufen müssen. Das ist ein Beweis dafür, daß die Loyalität der Armee keine totale ist.

FRAGE: Einige Beobachter erinnern daran, daß die Russen unter Peter dem Großen einmal einen Teil des Iran vereinnahmten. Denken Sie, der Iran könnte erneut in die sowjetische Sphäre hineingezwungen werden?

N. KIANURI: Auch wenn der Iran ein demokratisches Land wird, mit freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, werden sich diese Länder, davon bin ich überzeugt, nicht in unsere inneren Angelegenheiten einmischen.

Die Sowjetunion wird sehr glücklich darüber sein, daß sich an ihrer südlichen Grenze eine freundschaftlich gesonnene Regierung ohne ausländische Stützpunkte befindet. Ein freundschaftlich gesonnener Iran würde für die Sicherheit der Sowjetunion die größte Garantie sein.

(Quelle: Newsweek, New York, 29. 1. 1979)

Zentralkomitee der Tudeh-Partei

Keine Spaltung zulassen

Durch die Bildung einer **Einheitsfront zur Nationalen Befreiung des Iran**, durch die Intensivierung der nationalen Befreiungsbewegung und durch die allseitige Vorbereitung des bewaffneten Kampfes zerschlagen wir die Angriffe des Imperialismus sowie des antinationalen und antidemokratischen Regimes!

Im gegenwärtigen glorreichen Augenblick der Geschichte unserer Heimat, in dem ihre heldenhaften Völker im ganzen Lande mit unbeugsamem Willen für den Sturz der verhassten und verräterischen Monarchie und für die Beseitigung der räuberischen Herrschaft der Imperialisten kämpfen, betrachtet es die Tudeh-Partei des Iran als ihre historische Aufgabe, folgendes zu erklären:

Die Tudeh-Partei des Iran appelliert an alle kämpfenden und patriotischen Geistlichen, an alle nationalen und demokratisch gesinnten Politiker, an alle politischen, sozialen, kulturellen und beruflichen Parteien, Organisationen und Gruppen, die selbstlos für Freiheit und für sozialen Fortschritt, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität unserer geliebten Heimat kämpfen, alles zu tun für die Einheit der Kräfte, die gegen das Regime und gegen den Imperialismus kämpfen und diese Kräfte für die letzte entscheidende und glorreiche Etappe der Schlacht allseitig zu mobilisieren.

Den entscheidenden Angriff vorbereiten

Die Ereignisse der letzten Monate, insbesondere die in Maschad am 22. Dezember 1978, als unbewaffnete Menschen Mann gegen Mann im blutigen Kampf mit Verbrechern standen, die mit Panzern auf die Menschen losfuhren und mit Maschinengewehren auf sie schossen, zeugen davon, daß die Völker unserer Heimat nicht mehr bereit sind, dieses usurpatorische Regime, das die Imperialisten unserer Heimat aufgezogen haben, länger zu erdulden. Die Völker unserer Heimat taten der Welt mit ihren großartigen und historischen Manifestationen, die von erstaunlicher Geschlossenheit und Festigkeit waren, wiederholt ihre historische Entscheidung für den Sturz dieses Regimes des Schah und die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft kund. Der heldenhafte Kampf des iranischen Volkes wird von allen ehrlichen Menschen der Welt mit Bewunderung und Enthusiasmus verfolgt. Sie wünschen unserer nationalen Befreiungsbewegung Erfolg.

Dieser heldenhafte und historische Kampf bedroht nicht nur das verrottete, kaiserliche Regime des Iran, sondern auch eines der wichtigsten Gebiete des imperialistischen Raubes und der Aggression in der Welt. Daher setzen die blutrünstigen Imperialisten unter der Führung des aggressiven und räuberischen Imperialismus der USA, die unserem Lande jedes Jahr nationale Reichtümer im Werte von Dutzenden Mrd Dollar entziehen und unser Land in einen ihrer größten aggressiven Militärstützpunkte gegen die friedliebenden Völker der Region verwandelt haben, alle Kräfte daran, dieses verrottete Regime zu retten.

Zu den Hauptstützpunkten für die Durchführung dieser teuflischen Politik in unserem Lande gehören mörderische Organisationen wie der SAVAK, die Polizei-Garde, die Gendarmerie. Berufsagenten der Spionagedienste der USA und Israels sind die Begründer dieser Organisationen. Sie haben unserem Land das verbrecherischste Polizeisystem aufgezwungen.

Ein anderer wesentlicher Stützpunkt des Imperialismus und des ihm hörigen Regimes ist die Armee. Ein Teil der vom Imperialismus und vom Schah-Regime auserwählten Räuber, Mörder und Verräter beherrschen die Armee. Mit der Hilfe von Zehntausenden Amerikanern und einer Gruppe von bestochenen Offizieren und Unteroffizieren ist es ihnen unter Ausnutzung der Unwissenheit eines Teiles der Soldaten und Offiziere, unter Verwendung von Waffen, die durch den Verkauf unserer nationalen Reichtümer erworben wurden, in verbrecherischen Aktionen des Niedermetzeln von Kämpfern der nationalen Befreiungsbewegung gelungen, den Sturz des Schah-Regimes zu verhindern.

Die Kämpfe des vergangenen Jahres zeigen eindeutig, daß das Volk, solange das Schah-Regime und der Imperialismus diese beiden Stützpunkte beherrschen, mit friedlichen Kämpfen, Manifestationen und

Streiks — unabhängig davon, wie groß und umfassend sie sind — nicht in der Lage ist, dem Feind den entscheidenden und endgültigen Schlag zu versetzen.

Das Schah-Regime und der Imperialismus haben den Völkern unserer Heimat einen blutigen Bürgerkrieg aufgezwungen. Daher besteht die Aufgabe aller Patrioten darin, mit dem gleichen unerschütterlichen Willen wie bisher durch allseitige Vorbereitung des bewaffneten Kampfes und durch dessen Koordinierung mit allen anderen Formen des politischen Kampfes die Attacken des Feindes auch auf diesem Schlachtfeld zurückzuschlagen und sich selbst auf den entscheidenden Angriff vorzubereiten.

Die Spaltung der Reihen der Kämpfer gegen das Regime und gegen den Imperialismus ist das hauptsächlichste Hindernis auf dem Wege der Organisation dieses Kampfes. Das Schah-Regime und die Imperialisten nutzen diesen Tatbestand und versuchen, den Kampf, in der Art, wie er jetzt geführt wird, in die Länge zu ziehen. Sie versuchen so eventuell zu erreichen, daß ein Teil der Kämpfer ermüdet und die geschlossenen Reihen des Volkes sich spalten und daß dem Volk bei Kollaboration opportunistischer Elemente halbherzige Losungen aufgezwungen werden können, die die Hauptpfeiler der Herrschaft des Imperialismus und der Reaktion im Iran nicht ernsthaft bedrohen. Abgesehen von dieser betrügerischen Taktik sind das Schah-Regime und die Imperialisten immer bereit, zur letzten Waffe zu greifen, nämlich Patrioten und Freiheitskämpfer auf Befehl von mordlüsternden Kommandeuren der Armee niederzumetzeln.

Nur wenn man alle ehrlichen Feinde des Regimes und des Imperialismus in einer geschlossenen Einheitsfront mobilisiert, kann man diesen Kampf organisieren, alle Kräfte einsetzen und die nationale Befreiungsbewegung für den endgültigen Sieg vorbereiten.

Grunderfordernisse: Einheit und Organisation

Die Tudeh-Partei des Iran appelliert im Bewußtsein ihrer historischen Verantwortung an alle kämpfenden Mitbürger, ihre politischen, ideologischen und philosophischen Differenzen, die nicht nur für die gegenwärtige Etappe, sondern auch für die ferne Zukunft von sekundärer Bedeutung sind, zurückzustellen und sich für die Herstellung einer Einheitsfront und die Mobilisierung und Organisation der Kräfte des Volkes gegen den gemeinsamen Feind einzusetzen. Unseres Erachtens soll das Ziel einer solchen Front darin bestehen, alle Forderungen der Mehrheit des Volkes, wie sie in den Manifestationen und den Streiks der letzten Monate zum Ausdruck kommen, zu verwirklichen.

Diese Forderungen kann man in zwei Hauptkategorien zusammenfassen:

1. Beseitigung der verhassten Kaiserlichen Ordnung, Errichtung einer auf dem Willen des Volkes beruhenden Republik, Zerschlagung der Unterdrückungsorganisationen, vor allem des SAVAK, Gerichtsprozesse gegen alle Verräter, Verbrecher und Räuber, angefangen vom Schah und seinen räuberischen Verwandten bis zu den Verbrechern des SAVAK und anderen, die für die Gemetzel der letzten Jahre verantwortlich sind, Gewährleistung aller individuellen und sozialen Rechte und Freiheiten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert sind, bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen, Rückkehr der politischen Emigranten, Vorbereitung einer Konstituierenden Versammlung, Ausarbeitung einer neuen Verfassung und schließlich Einsetzung einer Regierung, die es sich zur Aufgabe macht, die nationale Unabhängigkeit des Landes voll zu gewährleisten, die territoriale Integrität zu schützen und die demokratischen Freiheiten herzustellen, einer Regierung, die die geraubten Reichtümer der Nation wiedererlangt, der Plünderung der nationalen Ressourcen ein Ende setzt, die Vertäge zum Kauf von Waffen von den Imperialisten annulliert und alle Reichtümer des Landes für die Sanierung der Volkswirtschaft, für die sofortige und langfristige Hebung des Lebensstandards der Werktätigen einsetzt.

2. Beseitigung der verbrecherischen und räuberischen Herrschaft des

Imperialismus durch Annullierung des Erdölverkaufsvertrages an das räuberische Konsortium, selbständige Durchführung aller Arbeiten im Zusammenhang mit der Erkundung, Erschließung, Raffination und dem Verkauf des Erdöls, strikter Stopp des Erdölverkaufs an die zionistische Regierung Israels und an die Rassisten von Südafrika und Zimbabwe, Entlassung aller als Experten getarnten amerikanischen, englischen und sonstigen Agenten, die in der Armee und an anderen Stellen der Wirtschaft und des Staates tätig sind, Annullierung des zweiseitigen Militärvertrages mit den USA, Austritt aus dem imperialistischen Militärstützpunkt CENTO, Eintritt in die Reihen der neutralen Länder, Verfolgung einer Politik der Freundschaft gegenüber allen Ländern, die die territoriale Integrität, nationale Unabhängigkeit und Freiheit unserer Heimat respektieren, Außerkraftsetzung aller ungleichen ökonomischen Verträge, die die Imperialisten unserem Land aufgezwungen haben und schließlich umfassende Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere der heldenhaften Bewegung des palästinensischen Volkes gegen den Imperialismus und den Zionismus.

Dringendste Aufgabe: bewaffnete Gegenkräfte

Die Tudeh-Partei des Iran vertritt die Auffassung, daß die Entwicklung der Lage in unserem Land gegenwärtig einen Punkt erreicht hat, an dem angesichts des bewaffneten und verbrecherischen Angriffs des Schah-Regimes und des Imperialismus auf das Volk die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes des Volkes die wichtigste und dringendste Aufgabe aller Kräfte darstellt, die gegen das Regime und gegen den Imperialismus kämpfen.

Daher erklären wir im vollen Bewußtsein unserer historischen Verantwortung im jetzigen Augenblick:

1. Das Zentralkomitee (ZK) der Tudeh-Partei des Iran appelliert an alle Führer der Befreiungsbewegung des Iran, insbesondere an Seine Heiligkeit, den Großayatollah Khomeini, Seine Heiligkeit den Großayatollah Taleghani, Herrn Dr. Karim Sandjabi und die anderen Führer der kämpfenden religiösen und politischen Strömungen des Iran, die die Verbrechen des Regimes am eigenen Leib gespürt haben, ihre ganze Kraft, ihren ganzen Einfluß und ihr ganzes Prestige für die Errichtung einer Einheitsfront zur Nationalen Befreiung des Iran einzusetzen, einer Front, die alle ehrlichen nationalen Kräfte der Heimat in ihrem Kampf gegen das Regime und gegen den Imperialismus umfaßt. Diese Front wird die Aufgabe haben, die Führung im Kampf des gesamten Volkes gegen den Schah und gegen den Imperialismus zu übernehmen und, neben der Anwendung aller normalen Methoden des politischen Kampfes die Vorbereitung und Führung des bewaffneten Kampfes des Volkes gegen die bewaffneten Kräfte des Schah-Regimes zu organisieren.

2. Das ZK der Tudeh-Partei des Iran appelliert an alle Kämpfer des Volkes, an alle politischen Organisationen und Gruppen des Iran, parallel zu den Bemühungen um die Errichtung der erwähnten Front alle Anstrengungen zu unternehmen, damit die Zellen und Abteilungen dieser Front im Volk, in jeder Fabrik, in jeder Universität, in jeder Schule, in jedem Betrieb und auch auf dem Lande und in den Wohngebieten der Städte unter Beteiligung aller Kämpfer zustandekommen. Man muß mit allen Mitteln daraufhinarbeiten, daß sie sich ausweiten und konsolidieren. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe liegt die schwerste Last auf den Schultern der heldenhaften und glorreichen Arbeiterklasse des Iran. Sie hat mit ihrem hervorragenden Kampf in den letzten Jahren und insbesondere in den letzten Monaten der verhassten Despotie und dem Imperialismus sehr wirksame Schläge versetzt.

Die Tudeh-Partei des Iran ist fest davon überzeugt, daß die Arbeiterklasse des Iran auch in dieser Etappe des Kampfes an der vordersten Front der Werktätigen und aller Patrioten ihrer historisch-revolutionären Mission gerecht werden wird. Jede Zelle und jede Abteilung muß alle Kräfte für die Ausweitung der normalen politischen Kämpfe — Manifestationen, Streiks usw. — einsetzen und gleichzeitig den bewaffneten Widerstand und bewaffneten Angriff in Konfrontation mit den dunklen Kräften des mörderischen Regimes des Schah und des Imperialismus vorbereiten.

3. Das ZK der Tudeh-Partei des Iran appelliert an alle patriotischen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, ihren Kampf gegen das Schah-Regime, der in Gestalt von Desertion nur passiven Charakter hat, in einen positiven und aktiven Kampf zu verwandeln, um den militärischen Apparat des Regimes zu paralisieren und eine Front des Widerstandes und des Angriffs innerhalb der Armee zu errichten.

Patriotische Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten!

Ihr habt die Aufgabe, mutig und selbstlos wie Eure revolutionären Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, kühn und konsequent an diesem historischen Kampf teilzunehmen. Es ist Eure Aufgabe, in jeder Kaserne, in jeder Militäreinheit geheime Zellen und Abteilungen der Ein-

heitsfront zur Nationalen Befreiung des Iran zu bilden, Euch den Zellen und Abteilungen der Volksfront anzuschließen und ihnen bei der Bildung bewaffneter Einheiten auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung und bei der Versorgung mit Waffen und Munition zu helfen. Es ist Eure Aufgabe, die militärische Organisation der Feinde des Volkes mit allen Mitteln von innen zu paralisieren und die Kasernen des Regimes der Kontrolle des Volkes auszuliefern.

Patriotische Kämpfer!

Wie die heldenhaften Kämpfer in Teheran, Isfahan, Maschad, Täbris und vielen anderen Städten erkannt und auf eigene Initiative praktiziert haben, besteht die erste, dringendste und wichtigste Aufgabe der Kräfte, die gegen das Regime und gegen den Imperialismus kämpfen darin, die verbrecherischen Organisationen des SAVAK, die Mördergarden der Polizei und die Strafeinheiten der Gendarmerie zu vernichten. Mit der Vernichtung der Organisationen des politischen Terrors und der Unterdrückung, vor allem mit der Vernichtung des SAVAK, wird der Alptraum des Schreckens vom Lande genommen. Der Sieg an diesem Frontabschnitt macht die politische Aufklärungsarbeit unter den einfachen und noch nicht bewußten Angehörigen der Armee, und die Ermunterung der schwankenden Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, sich dem Volk anzuschließen, viel leichter.

Unseres Erachtens ist das der dringendste und wichtigste Schritt, den die nationale Befreiungsbewegung unserer Heimat zu unternehmen bereit ist und unternehmen muß. Das ist die dringendste und wichtigste historische Aufgabe aller Kämpfer und vor allem aller Führer der verschiedenen Abteilungen der nationalen Befreiungsbewegung des Iran. Ewigen Ruhm und Glorie den heldenhaften Völkern unserer geliebten Heimat!

Vorwärts zur Errichtung der Einheitsfront der nationalen Befreiungsbewegung des Iran!

Vorwärts zur allseitigen Vorbereitung des bewaffneten Kampfes des Volkes gegen das Schah-Regime und gegen den Imperialismus!

Schlagen wir los mit allen Mitteln, um die verbrecherische Organisation des SAVAK zu zerschmettern und die mörderischen Garden der Polizei zu vernichten!

(Quelle: ZK der Tudeh-Partei des Iran, o. O., 13. Januar 1979)

Wolfgang Ritter Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes



Marxismus aktuell

256 Seiten, Taschenbuch, 12,50 DM, ISBN 3-88012-554-6



Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

neu

Kemal Sahin

Von Atatürk zu Ecevit (2. Teil)

Der Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung bei der Er-
kämpfung der politischen Unabhängigkeit der Türkei und der
Verlauf der Klassenauseinandersetzungen innerhalb der nationa-
len Befreiungsbewegung muß im Zusammenhang mit der so-
zioökonomischen Struktur und der internationalen Lage gesehen
werden. Am Ende des 1. Weltkrieges hatte die Türkei etwa
11—12 Mio Einwohner. Die Wirtschaftsstruktur wurde durch
die rückständige Landwirtschaft und die mannigfaltige Abhän-
gigkeit von den imperialistischen Zentren geprägt.

Etwa 85 % der Bevölkerung lebten von der Landwirtschaft.
Noch im Jahre 1927 führte der Mangel an Arbeitskräften, Zug-
tieren und Saatgetreide sowie Transportmöglichkeiten dazu,
daß nur 1/6 der landwirtschaftlichen Nutzfläche bearbeitet wer-
den konnte.¹ 1922 war die landwirtschaftliche Ernte gegenüber
1913 um mehr als 50 % gesunken. Der Bestand an Vieh hatte
sich auf fast 1/3 reduziert.² Auf dem Lande herrschten die
Großgrundbesitzer. Nach einer Untersuchung im Jahr 1913 be-
herrschten 5 % der Bauernfamilien 65 % des Bodens. Dagegen
hatten 8 % der Bauernfamilien überhaupt keinen Boden.

Die beiden Kriege hatten den Prozeß der Konzentration weiter
verstärkt.³ Mit anderen Worten waren gute 90 % der Bauernfa-
milien ökonomisch von den 50 000 Großgrundbesitzerfamilien
abhängig. Hinzu kam, daß die Großgrundbesitzer im Staatsap-
parat, in der Armee, besonders aber in dem regionalen Staats-
apparat über wichtige Positionen verfügten. Bereits vor dem 1.
Weltkrieg nahm innerhalb der Klasse der Großgrundbesitzer die
Zahl derjenigen zu, die zu kapitalistischen Produktionsmetho-
den übergingen. Insbesondere in den südlichen und westlichen
Gebieten Anatoliens, wo auch die Exportmöglichkeiten, d. h.
die Produktion für einen größeren Markt, gegebene waren, ent-
wickelten sich kapitalistische Großbetriebe, die Lohnarbeit und
Traktoren einsetzten.⁴ So gab es 1924 bereits 221 Traktoren, die
etwa 29 000 ha bearbeiteten.⁵

Die Stärkung der türkischen Bourgeoisie nach 1918

Das Transportwesen (d. h. Eisenbahnen) war völlig unterent-
wickelt, so daß die einzelnen Landesteile wirtschaftlich vonein-
ander isoliert waren. Bis zum 1. Weltkrieg wurden das Trans-
portgeschäft und der Handel, insbesondere der Außenhandel,
vom imperialistischen Kapital kontrolliert, das auf lokaler Ebe-
ne von der einheimischen Kompradorenbourgeoisie unterstützt
wurde. Während des 1. Weltkrieges stärkten die Abschaffung
der Kapitulationen und die Kriegsgewinne die Positionen des
türkischen Handelskapitals. Da nur ein Bruchteil des Bedarfs
durch die inländische Produktion gedeckt werden konnte (1924
erreichte der Wert der Industrieproduktion lediglich 7 % der
Importe⁶ und „selbst Güter wie Mehl und Holzbretter wurden
aus dem Ausland bezogen“⁷), spielte der Außenhandel bei der
Versorgung eine außerordentliche Rolle und eröffnete große
Möglichkeiten für Spekulationsgewinne.

Das imperialistische Kapital beherrschte den Bergbau, das
Transportwesen, die städtischen Dienstleistungen (Gas-,
Elektrizitäts- und Wasserwerke, Straßenbahnen) und die Ban-
ken. Selbst das Privileg der Papiergeldemission befand sich in
der Hand einer ausländischen Bank (Banque Ottomane).

Wir hatten oben das niedrige Entwicklungsniveau der Industrie

erwähnt. Eine Statistik aus dem Jahre 1922 (die allerdings die
Großstädte Istanbul, Izmir, Adana, Bursa nicht einschloß) er-
gab 32 000 Betriebe der verarbeitenden Industrie, in der 75 000
Arbeiter beschäftigt waren. Mit Berücksichtigung dieser wichti-
gen Zentren sowie der Arbeiter in den Bergwerken, im Trans-
portwesen, im Baugewerbe, im Handel sowie den kommunalen
Dienstleistungen kann die zahlenmäßige Stärke der Arbeiter-
klasse auf etwa 120 000—150 000 geschätzt werden.⁸ Dabei ist
jedoch das Überwiegen der Klein- und Kleinstbetriebe (nach der
obigen Statistik 2,34 Arbeiter je Betrieb!) und die breite An-
wendung der Frauen- und Kinderarbeit in Rechnung zu stellen.
Somit können wir die Hauptakteure des politischen und sozia-
len Geschehens wie folgt aufzählen:

- die Kompradorenbourgeoisie (sie stellte sich auf die Seite
der Imperialisten und des Sultans),
- die nationale Bourgeoisie (sie hatte die Führung des Be-
freiungskampfes inne),
- die Großgrundbesitzer (sie verbündeten sich mit der nationa-
len Bourgeoisie),
- die Massen der armen Bauern (sie bildeten die eigentliche
Kraft des Befreiungskrieges, konnten aber keine unabhängige
Rolle spielen),
- die Arbeiterklasse.

Verschiedene Faktoren hatten verhindert, daß die Arbeiterklas-
se die Führung der nationalen Befreiungsbewegung übernahm.
Aufgrund der Rückständigkeit der Volkswirtschaft war die
Zahl der Arbeiter gering. Die Städte, in denen die übergroße
Mehrheit der Arbeiterschaft konzentriert waren (Istanbul, Is-
mir, Bursa, Adana), standen während des ganzen Krieges unter
der Besatzung der Alliierten. Schließlich war die Partei der Ar-
beiterklasse, die Türkische Kommunistische Partei (TKP), noch
jung und hatte keine ausreichende Erfahrung. Sie verfolgte
zwar eine richtige Politik der antiimperialistischen und antifeu-
dalen Einheit und focht bis zur Vertreibung der Eindringlinge
an vorderster Front. Aber sie wurde von der nationalen Bourge-
oisie, die auf die zivilen und militärischen Kader des osmani-
schen Staates zurückgreifen konnte, sich mit den Großgrundbe-
sitzern verbündete und so die Bauernmassen kontrollierte, ver-
drängt (vgl. Teil 1 in AIB 2/1979).

Durch den Sieg im Befreiungskampf hatte die nationale Bour-
geoisie im Bunde mit den Großgrundbesitzern die politische
Macht erobert. Sie stand vor der Aufgabe, diese Macht zu kon-
solidieren und Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer ökonomi-
schen Herrschaft zu ergreifen. Gleichzeitig mußte sie außenpo-
litisch eine Reihe von Problemen, die in ihrem Verhältnis zu den
imperialistischen Mächten offen geblieben waren, lösen.

Aus Angst vor der zahlenmäßig schwachen, aber kämpferi-
schen Arbeiterklasse und der Wucht einer breiten, demokrati-
schen Bauernbewegung, war die nationale Bourgeoisie nicht be-
reit, die Überreste der Feudalherrschaft revolutionär, mit einer
radikalen Bodenreform zu beseitigen. Stattdessen entschied sie
sich für eine allmähliche Umgestaltung der Verhältnisse auf
dem Lande. Dies hatte zur Folge, daß einerseits der Prozeß der
Konsolidierung der politischen Macht sich verzögerte und ander-
erseits die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufgrund
des kaum entwickelten Binnenmarktes bis in den heutigen Tag
gehemmt wurde.

Auf der politischen Ebene standen die Ereignisse bis Mitte 1926

unter dem Zeichen der Auseinandersetzungen mit den Anhängern des osmanischen Sultanats und den Parteigängern des Imperialismus. Diese rekrutierten sich im wesentlichen aus Teilen der Istanbul Großbourgeoisie, den Vertretern der feudal-klerikalen Kreise und Teilen der höheren Bürokratie.

Nachdem trotz des erbitterten Widerstandes der Rechten in der Großen Nationalversammlung (GNV) das Sultanat abgeschafft und die Republik ausgerufen worden war (29. 10. 1923), ergriff die Regierung im Jahre 1924 eine Reihe von Maßnahmen, die den Einfluß der feudal-klerikalen Kreise im Lande zurückdrängen sollten: Abschaffung des Khalifats und Ausweisung der osmanischen Dynastie, Auflösung der auf islamischen Recht basierenden Gerichtsbarkeit, Abschaffung des islamischen Schulsystems. Die Situation spitzte sich zu, als der rechte Flügel der GNV die Führung der Opposition übernahm und auch der Imperialismus (insbesondere England und Mussolini-Italien) den Druck auf die Türkei erhöhte.

Die Opposition formierte sich in der Fortschrittlichen Republikanischen Partei und stellte sich der Republikanischen Volkspartei Mustafa Kemals (Atatürk) entgegen. Die Krise erfuhr eine weitere Zuspitzung, als in Türkisch-Kurdistan ein Aufstand ausbrach. Reaktionäre kurdische Feudalherren versuchten die Unzufriedenheit der kurdischen Bevölkerung mit der chauvinistischen Türkisierungspolitik der Ankara-Regierung für ihre Zwecke einzuspannen und gemeinsame Sache mit dem Imperialismus zu machen.

Türkisierung und Europäisierung Atatürks

Mustafa Kemal ließ von der alarmierten GNV das Gesetz zur Wiederherstellung der Ruhe verkünden, das ihn mit diktatorischen Vollmachten ausstattete. Führende Vertreter der reaktionären Opposition wurden verhaftet und von außerordentlichen Gerichten verurteilt. Gleichzeitig wurden auch zahlreiche Arbeitervertreter, insbesondere Mitglieder und Funktionäre der TKP verhaftet und zu langjährigen Kerkerstrafen verurteilt. Der kurdische Aufstand wurde von regulären Armeeeinheiten blutig unterdrückt, etwa 50 der Anführer hingerichtet.

Dieser Aufstand diente als Vorwand für eine weitere Verschärfung der Politik der gewaltsamen Türkisierung gegenüber den nationalen Minderheiten, insbesondere aber gegen das kurdische Volk. Mitte 1925 hatte die Ankara-Regierung ihre Position soweit ausgebaut, daß sie die Fortschrittliche Republikanische Partei verbieten konnte.

Es folgte das Verbot der Derwisch-Orden und der anderen islamischen Organisationen, die der Reaktion zur Organisation ihrer Massenbasis dienten. Das Verbot der osmanischen Kopfbedeckung Fez und der anderen islamischen Symbole (25. 11. 1925) sowie der Zwang zum tragen des europäischen Hutes, der mit zahlreichen Hinrichtungen durchgesetzt wurde, muß als weitere Maßnahme zur Niederwerfung der klerikal-feudalen Opposition verstanden werden. Nachdem bereits 1925 das europäische Zivilrecht übernommen worden war, folgte 1926 die Übernahme des italienischen Strafrechts und das Verbot der Polygamie.

Mit der Entdeckung eines Attentatsplanes gegen M. Kemal und weiteren Hinrichtungen war die Machtfrage im Sommer 1926 endgültig zugunsten der Regierung entschieden.

Es folgten eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Festigung der ideologischen Positionen der nationalen Bourgeoisie zielten. Die Zahl der Lehrer und der Schüler wurde erhöht (jedoch noch keine allgemeine Schulpflicht), Schritte in Richtung einer Gleichstellung der Frau wurden unternommen. 1928 wurde das lateinische Alphabet eingeführt, gleichzeitig wurde der Grundsatz der Trennung von Staat und Religion in der Verfassung verankert. 1929 wurden die sog. „Volkshäuser“ gegründet, die mit einer Art von Erwachsenenbildung die Ideologie der nationalen Bourgeoisie propagieren sollten.

Alle diese Versuchen blieben jedoch aufgrund der weiterhin

vorherrschenden halbfeudalen Verhältnisse auf dem Lande sehr begrenzt. So betrug 1929 die Analphabetenrate immernoch 81,4 %.

In der Außenpolitik hatt sich die Ankara-Regierung bereits 1922/1923 gegenüber den imperialistischen Mächten äußerst kompromißbereit gezeigt und dementsprechend die guten Beziehungen zur Sowjetunion, die während des Befreiungskrieges eine so entscheidende Rolle gespielt hatten, abkühlen lassen.

Das gemeinsame Vorgehen der inneren und äußeren Reaktion während der Krise 1925/26 und die hartnäckige Weigerung der Imperialisten, gegenüber der Türkei irgendwelche Zugeständnisse zu machen, veranlaßten die türkische Regierung, zur Politik der Freundschaft mit der Sowjetunion zurückzukehren. Am 17. 12. 1925 wurde ein Freundschafts- und Neutralitätsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag leitete eine lange Phase der engen und freundschaftlichen Beziehungen beider Länder ein und stärkte die internationalen Positionen der Türkei.

1928 nahm die Türkei durch eine Initiative der UdSSR an der Weltabrüstungskonferenz in Genf teil. Dies war die erste internationale Konferenz, zu der die Türkei eingeladen wurde. Sie unterstützte dort als einziges Land die sowjetischen Vorschläge für die Abrüstung. 1929 wurde der Freundschafts- und Neutralitätsvertrag von 1925 verlängert. In einem Zusatzprotokoll beschlossen die beiden Länder, ihre Außenpolitik eng zu koordinieren.

Aufgrund dieser Entwicklungen begann sich auch die Haltung der imperialistischen Staaten gegenüber der Türkei zu ändern. Noch vor dem Abzug der Alliierten und der Ausrufung der Republik kam auf dem Wirtschaftskongreß von Izmir (Februar 1923) das ökonomische Programm der Bourgeoisie zum Vorschein.

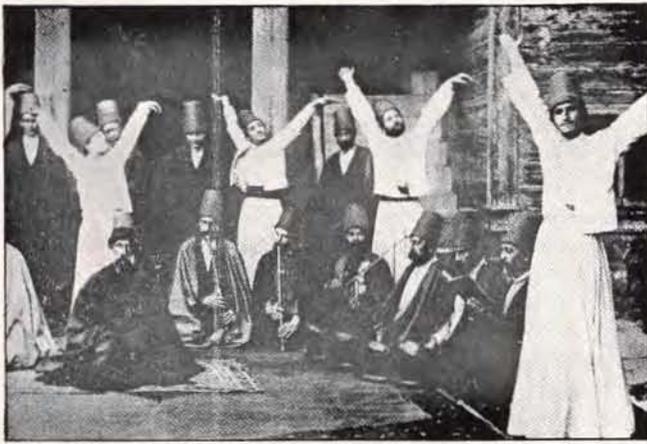
Der Kongreß, der von der Ankara-Regierung einberufen und von Mustafa Kemal persönlich eröffnet wurde, sollte im wesentlichen zur Verständigung zwischen der anatolischen Bourgeoisie (deren politischer Einfluß bedeutend gestiegen war), den Großgrundbesitzern und der Istanbul Kompradorenbourgeoisie sowie den führenden militärischen und zivilen Kadern der Ankara-Regierung dienen. Die Istanbul Handelskapitalisten hatten sich bereits in der „Türkischen Nationalen Handelsvereinigung“ organisiert und darüber hinaus eine unternehmerhörige „Arbeitervereinigung“ gegründet, als deren Vertreter einige Intellektuelle an dem Kongreß teilnahmen.

Wirtschaftskonzept bürgerlicher Diktion

Bezeichnend für die Stimmung waren folgende Worte aus der Eröffnungsrede M. Kemals, der einige Tage zuvor erklärt hatte, daß der Staat die Großgrundbesitzer und die Millionäre unterstützen müsse, damit der Reichtum des Landes vermehrt werden könne⁹: Unser Volk setzt sich nicht als Klassen zusammen, deren Interessen einander zuwiderlaufen, sondern aus solchen, deren Existenz und Arbeitsergebnisse gegenseitig erforderlich sind. In diesem Augenblick sind meine Zuhörer Bauern, Handwerker, Händler und Arbeiter. Welcher von diesen kann im Gegensatz zu den anderen stehen?¹⁰

In diesen Worten kam ein zentrales Element der Ideologie der nationalen Bourgeoisie zum Ausdruck, die ihre eigenen Interessen als die der gesamten Nation ausgab, um unter dem Deckmantel der nationalen Einheit den Ausbau der eigenen ökonomischen und politischen Positionen zu betreiben. Dabei nützte sie auch geschickt die Gefühle für nationale Einheit im Kampf gegen die imperialistischen Eindringlinge, die in den breiten Volksmassen noch sehr lebendig waren.

Am Ende des Kongresses wurden folgende Programmpunkte beschlossen: Aufhebung der Privilegien des ausländischen Kapitals (es wurde ausdrücklich betont, daß man das ausländische Kapital durchaus als notwendig und nützlich betrachte, jedoch die Gleichstellung mit dem einheimischen Kapital zur Bedingung mache); Einführung von Schutzzöllen und Gründung einer Staatsbank; Entwicklung des nationalen Transport- und In-



Tanzende Derwische, deren Orden als Hort der Feudalreaktion von Atatürk verboten wurde

dustriewesens (insbesondere der Leichtindustrie); Abschaffung der feudalen Landwirtschaftssteuer „Asar“ („die Zehnte“); Einspringen des Staates (durch Beteiligungen usw.) in den Bereichen, in denen die Privatinitiative alleine nicht erfolgreich sein kann; Anerkennung des 8 Stunden-Tages, eines arbeitsfreien Tages in der Woche, der Koalitionsfreiheit und des 1. Mai als Feiertag der Arbeiter.

Dagegen wurden folgende Forderungen der „Arbeitervertreter“ abgelehnt: Streikrecht; Verstaatlichung des ausländischen Kapitals; Verteilung des Grund und Bodens der vertriebenen bzw. geflüchteten Griechen und Armenier unter die armen Bauern; bezahlter Jahresurlaub; Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern.

Bereicherung durch Staatsbeamte

Zur Umsetzung dieses ökonomischen Programms wurden zahlreiche Gesellschaften gegründet, an denen sich neben Istanbul Großkapitalisten Hunderte von Abgeordneten, hohen Offizieren und Regierungsmitgliedern beteiligten und die, ausgerüstet mit staatlichen Monopolrechten, in kürzester Zeit durch Importgeschäfte oder staatliche Aufträge riesige Gewinne „erwirtschafteten“. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die „Is-Bankasi“ (Geschäftsbank), die 1924 von M. Kemal persönlich mit 8 Mio türkischer Pfund (250 Tausend Goldstücke) als Grundkapital gegründet worden war (diese Summe, etwa 10 % des damaligen Staatsbudgets, war ihm von der Regierung „geschenkt“ worden). Unter der anderen Teilhabern befanden sich Vertreter der Istanbul Großbourgeoisie und Abgeordnete. Die Leitung lag in den Händen der engsten Vertrauten von Mustafa Kemal. Diese Bank wurde sehr bald zu einem der wichtigsten Zentren, die das ökonomische Leben des Landes beherrschten.

Ein weiteres Beispiel war das **Gesetz zur Förderung der Industrie** von 1927, das den privaten Investoren großzügige staatliche Hilfe (kostenlose Grundstücke, vollständige Steuerfreiheit, 30 % reduzierte Frachttarife, Vorzugsbehandlung bei staatlichen Aufträgen usw.) vorsah. Diese Förderungsmaßnahmen kamen vor allem größeren Unternehmen (auch Auslandskapital) zugute. Das **Programm zum Ausbau des Eisenbahnnetzes** nahm in der ökonomischen Tätigkeit des Staates einen breiten Raum ein. Private Firmen die mit ausländischen Kapitalgruppen verbunden waren, erhielten die Bauaufträge. Auf diese Weise wurden einerseits bis 1929 964 km neue Strecken gebaut (eine Zunahme um 23 %), andererseits wurden die ersten Millionen der neuen Türkei geschaffen. Gleichzeitig kaufte man die ausländischen Konzessionen auf.

Auf dem **Agrarsektor** wurde durch neue Gesetze (insbesondere Einführung der europäischen Zivilgesetzgebung) die Position des Privateigentums gestärkt, die feudale Agrarsteuer aufgehoben und die Benutzung von Traktoren und anderen Landmaschinen stark subventioniert. Die Zahl der Traktoren stieg bis

1929 auf das 11—13-fache.¹¹

Vom **Auslandskapital** verlangte man in dieser Periode lediglich, daß es auf seine kolonialistischen Privilegien verzichtete und zu einer Partnerschaft mit dem einheimischen Bürgertum bereit war. Tatsächlich waren von den 201 Aktiengesellschaften, die in den Jahren 1920—1930 gegründet wurden, 66 mit ausländischer Beteiligung entstanden. Der Kapitalanteil dieser Gruppe am Gesamtkapital betrug 43 %.¹²

Im Ergebnis dieser Maßnahmen entstanden einige Betriebe der Leichtindustrie, die die Rohstoffe des Landes verarbeiteten (Nahrungsmittel- und Textilindustrie).

Die Kehrseite war die zügellose Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen. Da Streiks und Gewerkschaften verboten waren, konnten die Kapitalisten die Arbeitsbedingungen willkürlich diktieren.

Die Arbeitszeit betrug im Durchschnitt 14—16 Stunden. Einen arbeitsfreien Tag in der Woche oder bezahlten Urlaub oder Sozial- und Krankenversicherung gab es nicht.¹³ Die realen Löhne waren 1929 im Vergleich zu 1912 um 60 bzw. 75 % gesunken.¹⁴ Nach offiziellen Angaben waren 1927 mehr als 51 % der Beschäftigten in der Industrie und 10 % derjenigen in den Bergwerken **Kinder unter 14 Jahren**.¹⁵ Der Anteil der Frauennarbeit war auch sehr hoch.

Unter diesen harten Bedingungen verschärfte sich der Widerstand der Arbeiter. Einerseits wurde versucht, eine gesamtstaatliche Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, was jedoch an den wiederholten Verboten der Regierung scheiterte. Andererseits nahmen die Streiks trotz der Verbote und der blutigen Unterdrückung durch Polizei und Armee zu. In den Jahren 1923—29 nahmen jährlich zehntausende von Arbeitern an Streikkämpfen in Istanbul, Bursa, Ismir, Adana und Zonguldak teil. Die Organisation der illegalen TKP spielten bei der Leitung dieser Kämpfe eine wichtige Rolle. Politische Forderungen traten zunehmend in den Vordergrund.

Zu dem wachsenden Widerstand der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Schichten gesellte sich bald die Unzufriedenheit derjenigen Teile der Bourgeoisie, die sich von den einträglichen Geschäften der „Republik-Millionäre“ ausgeschlossen sahen. Solche bereits existierenden und sich verschärfenden Widersprüche wurden durch die Weltwirtschaftskrise (Herbst 1929) noch mehr zugespitzt. Es entstand eine neue, diesmal durch ökonomische Faktoren bedingte Krise, die eine neue Phase, die Phase des Etatismus, einleitete.

Anmerkungen:

- 1) D. Avcioğlu, *Türkiyenin Düzeni (Gesellschaftssystem der Türkei)*, 1976, Istanbul, S. 354
- 2) Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Noveyschau Istoria Turtsii*, Moskau 1968, zit. nach der türkischen Übersetzung: *Ekim devrimi sonrası Türkiye tarihi*, I, Istanbul 1978, S. 85
- 3) D. Avcioğlu, *Türkiyenin Düzeni*, a.a.O., S. 187
- 4) O. Kurmus, *Emperyalizmin Türkiye'ye girişi (Das Eindringen des Imperialismus in die Türkei)*, Istanbul 1974, S. 112 ff.
- 5) Ö. Özgür, *Türkiye'de Kapitalizmin Gelismesi (Die Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei)*, Istanbul 1972, S. 78
- 6) Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Noveyschau . . .*, a.a.O., S. 109
- 7) K. Steinhaus, *Soziologie der türkischen Revolution*, Frankfurt/M. 1969, S. 57
- 8) Akademie der Wissenschaften der UdSSR, *Noveyschau . . .*, a.a.O., S. 88
- 9) Rede am 7. 2. 1923, zit. nach: F. Naci, *Atatürkin Temel Görüşleri (Die Grundanschauungen Atatürks)*, Istanbul 1968, S. 58
- 10) Rede am 17. 2. 1923, zit. nach: F. Naci, *Atatürkün Temel Görüşleri (Die Grundanschauungen des Atatürks)*, a.a.O., S. 58
- 11) D. Avcioğlu, *Türkiyenin Düzeni*, a.a.O., S. 480
- 12) K. Boratav, *Türkiye'de Devletçilik (Etatismus in der Türkei)*, Istanbul 1974, S. 47
- 13) T. I. Birligi, *Türkiye İşçi Sınıfı ve Mücadeleleri Tarihi (Geschichte der Arbeiterklasse der Türkei und ihrer Kämpfe)*, Ankara 1976, S. 69
- 14) Ebenda, S. 67
- 15) Ebenda, S. 62

Nahostkonfliktparteien nach Camp David



Im Oktoberkrieg 1973 eröffnete die Rehabilitierung der arabischen Frontstaaten und der erfolgreiche Einsatz der Ölwanne neue Möglichkeiten, einer politischen Lösung des seit 1948 währenden Nahostkonflikts näherzukommen. Die Genfer Nahostkonferenz nahm kurz darauf ihre Arbeit auf, Israels Stärkepolitik war in ihre ernsteste Krise geraten. In den Vereinten Nationen folgte 1974/75 ein Durchbruch in der Palästinafrage, dem Kernstück des israelisch-arabischen Konflikts: Die volle Anerkennung der nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als seiner authentischen Vertreterin ging einher mit ihrer Legitimierung zur gleichberechtigten Teilnahme an jedweden Nahost-

verhandlungen.

Etwa fünf Jahre danach schrieb der Separathandel der USA, Ägyptens und Israels von Camp David ein entgegengesetztes Kapitel der Nahostgeschichte. Unter Bruch der UN-Beschlüsse wurde hier der Weg zur Unterlaufung der Genfer Konferenz, und zur Ausschaltung insbesondere der PLO fixiert. Zwar läßt der darin eingeschlossene Separatfriedensvertrag Israel-Ägypten weiter auf sich warten, aber unabhängig davon hat die Spaltung der arabischen Front durch das ägyptische Sadat-Regime die Chancen des Oktoberkrieges wieder zunichte gemacht, Israel und den USA zu einer Konsolidierung ihrer Position verholfen. Andererseits lösten die Separatinitiative Sadats im November 1978 und Camp David eine nicht gering zu schätzende arabische Gegenbewegung aus. Mit dem Zusammenschluß der antiimperialistischen Regimes Libyens, Algeriens, des Südjemen, Syriens und der PLO zur Arabischen Front der Standhaftigkeit und mit dem Camp David ablehnenden Beschluß des 9. Arabischen Gipfels von Bagdad geriet die Separatpolitik in die Isolierung, ist deren Durchsetzung fragwürdiger geworden.

Angesichts des labilen Kräftegleichgewichts und der Neugruppierungen unter den arabischen Konfliktparteien, erscheint neben der Einschätzung der US-Nahostpolitik (siehe AIB 11—12/1978) die nähere Untersuchung des realen antiimperialistischen Widerstandspotentials wie auch der kapitulationalistischen Tendenzen in den wichtigsten Ländern des Nahostkonfliktgeschehens von gesteigertem Interesse.

Wolfram Brönner

Stationen des palästinensischen Widerstandes

Während vom 15.—23. 1. 1979 in Damaskus der 14. Palästinensische Nationalrat, das höchste Organ der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), tagte, lancierten die zionistischen Machthaber Israels die schwersten Angriffe auf libanesisches Territorium — nördlich des Litani — seit ihrem Kriegszug in den Südlibanon im März 1978.

Am 22. Januar wurde der Chef des Fatah-Sicherheitsdienstes, Abu Hassan, in Beirut durch einen Anschlag des israelischen Geheimdienstes MOSSAD getötet.

Ein Grund für die erhöhte Aggressivität Israels dürfte im Scheitern der Libanon-Kriegsziele vom März 1978 zu suchen sein. Weder die beabsichtigte Zerschlagung der PLO-Streitkräfte im Süden des Libanon noch die Verunmöglichung palästinensischer Guerillaaktivitäten in Israel und den okkupierten Gebieten gelang. Die südlich des Litani im sog. Fatah-Land installierte rechtslibanensische, prozionistische Marionettenverwaltung unter General Haddad vermochte die PLO ebensowenig auszuschalten wie die Entsendung einer UN-Sicherheitsstruppe (UNIFIL), deren Mandat der Weltsicherheitsrat inzwischen bis Mitte 1979 verlängerte.

Das gleiche Schicksal wiederfuhr bislang dem zweiten Zielpunkt

israelisch-rechtslibanensischer Attacken im Libanon: Ihr Versuch mittels einer Zermürbungstaktik die syrischen Truppen aus dem Land auszutreiben, die erneuerte Allianz Syrien-PLO zu sprengen und schließlich der im Libanon konzentrierten palästinensischen Militärpräsenz ein Ende zu bereiten, scheiterte. Ein dritter Grund der Offensive kann in dem Mißlingen der Separatdiplomatie Carters, Begins und Sadats hinsichtlich des Ausmanövrierens der PLO bzw. „der ‚radikalen‘ Elemente“ der arabischen Palästinenser gesehen werden. Diese in den Geheimabreden von Camp David (siehe AIB 11—12/1979) formulierte Maxime will zum einen den Aufbau einer sog. „Dritten Kraft“ aus gefügigen „gemäßigten“ Palästinensern der okkupierten Gebiete bewerkstelligen. Zum anderen sollte sie Israel weltweite Isolierung mit Sadats Hilfe lockern, stattdessen die PLO als Brandstifter wider einen vermeintlich gerechten Nahostfrieden ins Abseits stellen.

In Wahrheit offenbaren diese intimen Ziele des Diktats von Camp David, daß die PLO heute das Haupthindernis für eine „amerikanische Lösung“ in Nahen Osten verkörpert. Im Gefolge des Oktoberkrieges 1973 stieg sie zu einem gewichtigen politischen Faktor des Nahostkonflikts auf. Welches Behauptung

tungsvermögen der palästinensische Widerstand erwarten läßt, vermag in erster Linie ein Blick auf die Kampftraditionen, den politischen Reifeprozess und den gegenwärtigen Standort dieser Bewegung zu verdeutlichen.

Schon in der Kolonialära bewies das arabische Volk Palästinas Standfestigkeit in der entscheidenden Forderung nach nationaler Unabhängigkeit. Als der britische Imperialismus ausgangs des 1. Weltkrieges die jahrhundertelange osmanische Feudaldespotie als Kolonialmacht in Palästina ablöste, ignorierte er in seiner Mandatsverfassung (1920) nicht nur diese Unabhängigkeitsforderung, sondern auch die Existenz eines arabischen Volkes Palästinas schlechthin, d. h. von damals über 90 % der Gesamtbevölkerung.

Wurzeln des Nahostkonflikt

Das Kolonialregime schwang sich zugleich zum Protektor der jüdischen Minderheit und der bürgerlich-nationalistischen zionistischen Bewegung auf. So verhiess die Mandatsverfassung in Artikel 2 die perspektivische „Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk“. Die einseitige britische Förderung der jüdischen Einwanderungsbewegung und des zionistischen Landerwerbs einerseits, die beschleunigte wirtschaftliche Entwurzelung und politisch-militärische Unterdrückung der arabischen Palästinenser andererseits, schuf nach dem 2. Weltkrieg in Palästina eine gründlich veränderte Lage.

Die jüdische Gemeinschaft machte nunmehr 1/3 der Gesamtbevölkerung Palästinas aus. Das von London als Herrschaftsinstrument benutzte Gegeneinanderausspielen von Arabern und Juden hatte einen Konfrontationszustand zwischen beiden Seiten verfestigt und die zionistische Position wirtschaftlich, militärisch und politisch außerordentlich gestärkt. Die zionistische Bewegung suchte nun mit US-Hilfe einen „Judenstaat“ gegen den Widerstand des vormaligen Schutzherrn Großbritannien und auf Kosten der arabischen Palästinenser durchzusetzen.

In den Vereinten Nationen wie bei den beiden Konfliktparteien Palästinas fand damals der — im übrigen sowjetische — Vorschlag der Gründung eines demokratischen arabisch-jüdischen Einheitsstaates Palästina kein Gehör. Die von der UNO im November 1947 verabschiedete Notlösung, die die Teilung Palästinas in einen arabischen und jüdischen Teilstaat vorsah, wurde nicht eingelöst. Im Ergebnis des 1. Nahostkrieges 1948/49 annectierten Israel und das haschemitische Jordanien das arabische Teilstaats-Gebiet, ausgenommen der Gaza-Streifen, der unter ägyptische Verwaltung geriet. Während die jüdische Gemeinschaft von ihrem Selbstbestimmungsrecht — und zwar über Gebühr — Gebrauch machte, blieben die nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas nicht nur auf der Strecke, sondern es wurde überdies zu 2/3 von den zionistischen Machthabern aus seiner Heimat vertrieben.

Diesen Status quo segneten 1950 die Westmächte USA, Großbritannien und Frankreich in ihrer sog. Dreimächteerklärung wie auch die Staaten der Arabischen Liga ab. Die Palästinafrage verschwand damit bis gegen Ende der 60er Jahre von der internationalen Bühne. Gleichzeitig erhielt der Expansionsdrang Israels neue Nahrung mit der Dreieraggression (Großbritannien, Frankreichs und Israels) 1956 gegen Ägypten, mit der überdimensionalen Wirtschafts- und Militärhilfe speziell seitens der USA und BRD, die Israel ein kapitalistisches Wirtschafts-„wunder“ bescherte und erst seinen Eroberungskrieg im Juni 1967 möglich machte.

Zur Absicherung der imperialistischen Öl- und Militärinteressen sowie zur Niederwerfung der arabischen Befreiungsbewegung, speziell der antiimperialistischen Nationalisierungspolitik und sozial-revolutionärer Entwicklungen in Ägypten und Syrien, führte Israel 1956 und 1967 stellvertretend Krieg. Für die Rechte des arabischen Volkes Palästinas aber war erst recht kein Platz in den Drehbüchern westlicher Nahoststrategen. Es verschaffte sich erst wieder Gehör, nachdem in den 60er Jahren eine eigenständige palästinensische Widerstandsbewegung neu-

entstanden war und an die großen Kampftraditionen der 20er/30er Jahre anknüpfte.

In jener Periode zählten die antikolonialen Massenkämpfe der arabischen Palästinenser zu den hervorstechenden Kapiteln der nationalen Befreiungsbewegung neben der Märzrevolution 1919 in Ägypten und dem syrischen Volksbefreiungskrieg 1925—27.² Bereits im April 1920 und im Mai 1921 kam es in Palästina zu landesweiten, alle sozialen Schichten erfassenden Protestaktionen für die Einsetzung einer unabhängigen nationalen Regierung und einem Stopp der zionistischen Siedlungsexpansion wie der arabischen Landenteignung. Einhellig war auch die Ablehnung der britischen Mandatsverfassung 1922 durch den Palästinensischen Nationalkongress. Durch ein Arrangement mit den einflußreichen Feudalclans der Nashashibis (Ernennung als Bürgermeister von Jerusalem) und der Husainis (Mufti und Präsident des Moslemischen Rates) gelang dem Kolonialregime eine vorübergehende Besänftigung des arabischen Widerstandes. Im August 1929 aber überzog erneut eine Woge von Protestdemonstrationen und bewaffneten Aktionen das Land, die sich erstmals vornehmlich gegen britische Militär- und Verwaltungszentren richtete. Es war das Signal für einen allgemeinen Aufschwung des arabischen Befreiungskampfes in Palästina, der sich 1931—32 in zahlreichen Streiks und Massendemonstrationen artikulierte und im Oktober 1933 mit einem spontanen Aufstand in den städtischen Zentren einen ersten Höhepunkt erfuhr.

Traditionen des antikolonialen Widerstandes

1934/35 nahm eine von dem armen Scheich Izz al-Din al-Qassam organisierte **Guerrillabewegung** die bewaffnete Rebellion auf. Die Bewegung rekrutierte sich überwiegend aus der Kleinbauernschaft, sowie aus Handwerkern und Arbeitern. Im November 1935 verfügte al-Qassam über einen Stamm von 150 Partisanen und Hunderte von kampfwilligen Anhängern im Raum Haifa-Galiläa, wo die bewaffnete Rebellion bereits aufgefammt war. Sie stellte den Widerstandskampf gegen das bri-



Jerusalem 1933: Einsatz britischer Kolonialtruppen gegen Demonstranten

tische Kolonialregime ebenso wie die **Unabhängigkeitspartei** (gegründet 1931) und die **Palästinensische Kommunistische Partei** (gegründet 1919), die einzige Araber und Juden vereinigende Organisation des Landes, obenan.

Die von dem Juristen A. B. Abd al-Hadi angeführte Unabhängigkeitspartei war der erste selbständige, von den Rivalitäten der Feudalclans freie Zusammenschluß der arabischen Intelligenz, des städtischen Kleinbürgertums und von Teilen der sich formierenden nationalen Bourgeoisie Palästinas. Sie avancierte zur treibenden Kraft der antikolonialen Massenaktionen der 30er Jahre und definierte — in Abgrenzung zu den proimperialistischen feudalaristokratischen Kräften — die Orientierung ihres Kampfes als „gegen den britischen Imperialismus als dem Baum und nicht gegen den Zionismus als dessen Zweig“ gekehrt.

Als am 19. April 1936 die Kolonialarmee in Jaffa (Tel Aviv) eine antibritische Massendemonstration sprengte, war die Antwort ein sechs Monate andauernder landesweiter politischer Generalstreik, koordiniert vom neukonstituierten Arabischen Hochkomitee. Unter der faktischen Leitung von in Städten und Dörfern formierten und von den antiimperialistischen Kräften geführten sog. **Nationalkomitees** weitete sich die im besonderen von Kleinbauern, Arbeitern, städtischen Mittelschichten und der Intelligenz getragenen Manifestationen des zivilen Ungehorsams zu einem nationalen Volksaufstand aus.

Legendärer Volksaufstand 1936—39

Die unter al-Qawaqis Oberkommando Ende 1937 wiederaufgenommene bewaffnete palästinensische Rebellion sah sich konfrontiert mit einer über 20 000 Mann starken britischen Armee und einer wachsenden Zahl ihr verbündeter zionistischer Militärkommandos. Zudem war der Nasha-Shibi-Clan aus dem Arabischen Hochkomitee Palästinas ausgeschert und auf die Seite der Kolonialherren übergelaufen. Trotzdem gelang der vorherrschend bäuerlich-plebejischen Volksbewegung eine streckenweise völlige Lahmlegung der Kolonialadministration in großen Teilen Palästinas, darunter auch in Städten wie Ramallah und Nablus. Erst Anfang 1939 vermochte es die britische Armee, den palästinensischen Aufstand niederzuzwingen. Die Bilanz der britischen Repression: mehr als 5 000 Tote, 2 000 Verwundete und rund 2 500 Internierte auf arabischer Seite; ihre konsequenten und selbst gemäßigten Führer — darunter Amin al-Husaini — waren deportiert worden.³ So hatte dieser Volksaufstand, der den Charakter eines nationalen Volksbefreiungskrieges annahm, einerseits die britische Mandatsmacht in Palästina in ihren Grundfesten erschüttert. Das britische Weißbuch vom Mai 1939 konzidierte die Einlösung der Unabhängigkeit Palästinas innerhalb der nächsten 10 Jahre und erstmalig einschränkende Maßnahmen gegenüber der zionistischen Siedlungsexpansion. Andererseits hatte er, zusätzlich zu den feudalen Rivalitäten der Husainis und Nashashibis, die arabisch-nationale Bewegung Palästinas für den herannahenden Un-



Palästinensische Aufständische 1936

abhängigkeitskampf gegenüber dem zionistischen Kontrahenten unverhältnismäßig geschwächt.

Während im September 1948 in dem ägyptisch verwalteten Gaza-Streifen Amin al-Husaini eine „Regierung des vereinten Palästina“, proklamierte, sprachen sich im Gegenzug auf Betreiben des Haschemitenkönigs Abdullah die Nashashibis und ihre feudalen Gefolgsleute für die Angliederung des arabisch-palästinensischen Territoriums an Transjordanien aus (1950 Jordanien). Der Verrat der Nashashibis und die Aufteilung Restpalästinas unter den Haschemiten und Israel sorgte im Ergebnis des 1. Nahostkrieges 1948/49 über zwei Jahrzehnte für eine internationale Reduzierung der Palästinafrage auf ein Problem von „Flüchtlingen“. Erst die Neuformierung einer eigenständigen arabischen Nationalbewegung Palästinas gegen Ende der 60er Jahre vermochte schließlich aus diesem Dilemma herauszuführen.

Die soziale Entwurzelung der Palästinenser

Die große Mehrheit des arabischen Volkes Palästinas wurde bis Anfang der 50er Jahre (damals über 900 000) aus ihrer Heimat vertreiben, ein Schicksal, das mit dem israelischen Eroberungskrieg 1967, d. h. der Okkupation arabischen Territoriums von der dreifachen Fläche Israels, weitere Hunderttausende ereilte. Die Mehrheit der durch natürliche Vermehrung im Zeitraum 1948—72 von insgesamt 1,3 auf 3,2 Mio (darunter sind über 500 000 israelische Araber) angewachsenen arabischen Palästinenser lebt heute unter Bedingungen sozialen Elends und politischer Unterdrückung in den von Israel okkupierten Gebieten (Westjordanien, Jerusalem, Gaza) sowie in den Nachbarländern Transjordanien, Syrien und dem Libanon. Von diesen nach Angaben der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen UNRWA 1976 insgesamt über 1,6 Mio vertriebenen Personen lebten 650 Mio in 63 Flüchtlingslagern (siehe Tabelle).⁴

Registrierte Flüchtlinge und in Lagern lebende Palästinenser (Stand Mai 1976)				
	Palästinenser gesamt (1973)	Registr. Flüchtlinge	Zahl der Lager	Reale Zahl der Lager- insassen
Westjordanien	670 000	296 628	20	74 941
Transjordanien	900 000	644 669	10	216 245
Gaza	364 000	339 824	8	201 960
Libanon	240 000	198 637	15	102 136
Syrien	155 000	188 447	10	54 965
Kuweit	140 000			
Ägypten	33 000			
Saudi Arabien	20 000			
Arab. Emirate	15 000			
Irak	14 000			
Libyen	5 000			
BRD	15 000			
USA	7 000			
Lateinamerika	5 000			

Das Gros der palästinensischen Vertriebenen und Flüchtlinge lebt unter dem Existenzminimum, ist unterbeschäftigt (nur etwa 50 % der arbeitsfähigen Lagerinsassen im Libanon finden beispielsweise Arbeit), stellt einen sehr hohen Prozentsatz an Landerarbeitern, unterbezahlten Gelegenheitsarbeitern im Industrie-, Bau- und Dienstleistungssektor (im Libanon zu 45 %) und einen nur geringen Anteil an fest angestellten Fachkräften.⁵

In den von Israel 1967 okkupierten Gebieten stoßen die noch immer relativ schwachentwickelte palästinensische nationale Bourgeoisie wie das Kleinbürgertum auf Restriktionen und übermächtige israelische Konkurrenz. Die Masse der Palästinenser in den besetzten Gebieten ist kleinbäuerlichen und städtischen Zwischenschichten zuzurechnen, die in besonderem Maße national und ökonomisch durch Enteignung und Deklassierung betroffen sind.



Flüchtlinge des israelischen Junikrieges 1967

Die ca. 100 000 nach Israel abgezogenen arabischen Arbeiter und Angestellten unterliegen einer extremen Ausbeutung: In der Regel erhalten sie von den israelischen Unternehmen nur 1/4 des Lohnes jüdischer Arbeiter, entzieht ihnen der israelische Staat 40 % der Lohnsumme als sog. steuerliche Pauschale, werden ihnen soziale Rechte vorenthalten.⁶

Die Renaissance des Widerstands

Die Anfänge der Reorganisation einer eigenständigen palästinensischen Befreiungsbewegung reichen bis in die 50er Jahre zurück.

Ägyptens Präsident Nasser hatte 1953 der Ausbildung einer ersten Gruppe von palästinensischen Intellektuellen — unter ihnen der Ingenieur Yassir Arafat — im ägyptisch verwalteten Gazastreifen zugestimmt. Ende 1956 gründeten Y. Arafat und Abu Iyad im damals von Israel vorübergehend besetzten Gaza die erste geheime Zelle der Nationalen Befreiungsbewegung Palästinas — **Al Fatah** (Eroberung), die sich 1959 in ihrem ersten Aktionsprogramm zum bewaffneten Aufstand gegen den institutionalisierten Zionismus und zu einem unabhängigen palästinensischen Kampf bekannte. Analog bildeten sich unter baathistisch-nasseristischem Einfluß im Rahmen der panarabischen Bewegung Arabischer Nationalisten (ANM; gegründet 1948) unter Führung von George Habbasch 1964 sowie innerhalb der Baath-Partei mit der schon 1958 formierten Saikah (Blitz) palästinensische Zweigorganisationen heraus.

Die erste militärische Operation aber, von den Palästinensern allgemein als Beginn der „palästinensischen Revolution“ bezeichnet, führte am 1. Januar 1965 der militärische Zweig der Fatah, Al-Assifa (Wirbelsturm), gegen eine israelische Abpumpstation am Jordan durch. Das Ziel dieser Operation symbolisierte, daß sich die im Untergrund organisierte palästinensische Guerillabewegung (Fedayin = Freiheitskämpfer) als ein integraler Bestandteil der arabischen Befreiungsbewegung verstand.

Schützenhilfe erhielt die Renaissance des palästinensischen Widerstandes 1959 mit dem Vorschlag der irakischen Revolutionsregierung Kassem, eine autonome palästinensische Regierung in der „palästinensischen Einheit“ Gaza und Westjordanien zu schaffen und bewaffnete Kräfte auszubilden, womit erstmals eine arabische Regierung die — von der Liga 1950 gutgeheißene — Annexion des Westufers durch Jordanien in Abrede stellte. Ägyptens Präsident Nasser griff vor und auf der 1. Arabischen Gipfelkonferenz im Januar 1964 in Kairo diese Initiative inform eines Planes über die künftige Präsenz einer „palästinensischen

Einheit“ in der Arabischen Liga auf. Die Liga beschloß eine eigene politisch-militärische Palästinenserorganisation zu schaffen. Dieser am 28. Mai 1964 in Jerusalem von Ahmad Schukeiri, palästinensischer Advokat und UN-Diplomat in saudischen Diensten, proklamierte Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) wurde ein Sitz (Beobachterstatus) in der Liga wie bei den Arabischen Gipfeltreffen eingeräumt, ihrem militärischen Zweig, die 10 000 Mann starke (später 15 000) Palästinensische Befreiungsarmee (PLA), unterstellte man einem neugebildeten gemeinsamen arabischen Militärkommando.

Die PLO stand von daher unter dem bestimmenden Einfluß der arabischen Staaten und blieb in starkem Maße insbesondere den Rivalitäten zwischen Ägypten, Syrien, dem Irak und Jordanien ausgesetzt. Die ersten palästinensischen Nationalratstagungen 1964 und 1965 machten ferner deutlich, daß sie eher den Charakter einer Notablenversammlung als einer Kampforganisation, trug. In ihren Leitungsorganen blieben bis Ende der 60er Jahre bürgerlich-nationalistische Kräfte tonangebend. Der 1964 auf der 1. Nationalratstagung verabschiedete Nationalvertrag, das Grundsatzdokument der PLO bis 1968, beinhaltet keine eigene Kampfstrategie, monierte keine PLO-Zugehörigkeit für Gaza, das Westufer oder Jordanien und beließ ein zu befreiendes Palästina ohne demokratische Perspektive.

Die PLO — von „Salonrevolutionären“ zu Kämpfern

Das Desaster der arabischen Armeen im Junikrieg 1967 und die Unterwerfung einer weiteren Million arabischer Palästinenser unter zionistische Herrschaft veränderten die Ausgangsbedingungen des palästinensischen Befreiungskampfes grundlegend. Eine Konsequenz bestand in der unmittelbaren Konstituierung weiterer eigenständiger bewaffneter Widerstandsgruppen, die neben der Fatah Guerillaaktivitäten in Gaza, dem Jordangebiet und an der syrisch-libanesischen Front aufnahmen: Im Dezember fusionierte sich der Habbasch-Zweig der ANM mit den Helden der Rückkehr (1966) und der Palästinensischen Befreiungsfront (1959) zur Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPLP). Aus ihr ging nach einer Spaltung unter Führung von Najef Hawatmeh im Februar 1969 die sich marxistischen Positionen annähernde Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FDPLP) hervor. Im August 1968 konstituierte sich mit der syrisch-baathistischen Avantgarde des Volksbefreiungskrieges Al Saika eine weitere gewichtige Organisation des Widerstands. Die Saika zählt heute gemeinsam mit der Fatah und der von M. Boudairi geführten PLA zu jenen drei palästinensischen Organisationen, die seit Anfang der 70er Jahre über 5 000—10 000 Fedayin verfügen, gefolgt von den 1 000—3 000 Mann starken Guerillaeinheiten der FPLP und FDPLP. Weitere relevante Gruppierungen mit je 100—500 Mann unter Waffen sind: Die 1968 als Abspaltung aus der FPLP hervorgegangene, von A. Jibril geleitete Volksfront-Generalkommando (FPLP-CG); die 1969 konstituierte irakisch-baathistische und von A. W. Kayali geführte Arabische Befreiungsfront (ALF); die von der Jordanischen Kommunistischen Partei (1. Sekretär Faik Warrad) mit Unterstützung anderer arabischer kommunistischer Parteien 1970 geschaffene Al Ansar (Partisanen), die sich allerdings 1971/72 den Verbänden der FDPLP bzw. der Fatah anschloß; schließlich die Palästinensische Nationale Front der besetzten Gebiete (PNF), die 1973 als Bündnisorgan in Westjordanien und Gaza konstituiert wurde und in der — geführt von Abou Maizar — die Jordanische KP, die FDLPL und Al Fatah tonangebend sind.

Eine zweite Konsequenz des Junikrieges war die Tatsache, daß die palästinensische Widerstandsbewegung Massencharakter annahm. In den Jahren 1968—70 stieg die Zahl politischer Aktivisten auf das Dreißigfache, die der Fedayin auf der Hundertfache, nämlich auf ca. 36 000—40 000 Mann.

Schließlich vollzog sich unter den bewaffneten Widerstandsgruppen ein Trend zum Zusammenschluß. Im Januar 1968 einigten sich acht Widerstandsgruppen — ausgenommen die

FPLP — auf eine **Nationalcharta**⁷ der „aktiven und revolutionären“ Widerstandsbewegung, die den Palästinensischen Nationalvertrag von 1964 als programmatische Grundlage ablöste und eine Reihe neuer positiver Akzente setzte. Namentlich betonte die Nationalcharta im Unterschied zum Nationalvertrag als Ziel der Befreiung Palästinas die Errichtung eines „demokratischen Staates“ wie einer „progressiven Gesellschaft“. Mit der Orientierung auf den „bewaffneten Kampf“ verflocht sie die notwendige Vereinigung „alle(r) nationalen Kräfte in einer Nationalfront“. Die arabische Nation galt nicht mehr als Siegeselixier, sondern „als arabische Solidaritätsfront“ für den sich radikalierenden palästinensischen Befreiungskampf.

Im Laufe des Jahres 1968 schloß sich die Fatah einschließlich ihres militärischen Flügels der PLO/PLA an, um diese von einer Organisation von „Salonrevolutionären“ zu einer Organisation von Kämpfern zu machen. Auf der 5. Palästinensischen Nationalratstagung im Februar 1969 erlangte die Fatah endgültig die dominierende Rolle innerhalb der PLO. Sie und ihre Anhänger stellten fortan die stärkste Gruppierung im **Palästinensischen Nationalrat** (quasi Parlament mit 105, später 115—293 Mitgliedern), in dem die Widerstandsorganisationen nun den Ton angaben, sowie in den vom Nationalrat zu wählenden Zentralrat (auch Zentralkomitee genannt, 27 Mitglieder). Dem Zentralrat obliegt die Benennung eines Zentralsekretariats (6—9 Mitglieder) und des unter Yassir Arafats Vorsitz stehenden **Exekutivkomitees** (9, später 12—14 Mitglieder) als dem wichtigsten politischen Leitungsorgan. Ihm unterstellt wurden das Politische Hochkomitee und das Kommando des bewaffneten palästinensischen Kampfes (CLAP). Seit Anfang der 70er Jahre stellten im neustrukturierten Nationalrat die Fatah mit 33 sowie Al Saika, FPLP und FDPLP mit je 12 Sitzen neben den Unabhängigen (28) die größten Kontingente. Im Exekutivkomitee entfielen auf die Fatah 2, auf die anderen Widerstandsgruppen — zuzüglich PLA, AFL und 2 Unabhängige — je ein Vertreter.⁸

Vision vom demokratischen Palästinastaat

Die PLO begann nun neben der Intensivierung der Guerillaaktionen vornehmlich gegen israelische Militäreinrichtungen und dem militärischen Schutz der Flüchtlingslager seit 1969 mit dem forcierten Ausbau eigener palästinensischer Sozialeinrichtungen und Massenorganisationen zur Betreuung und Aktivierung speziell der Bevölkerung in den Lagern. In einer programmatischen 7 Punkte-Erklärung hatte das Fatah-Zentralkomitee im Januar 1969 neue Orientierungspunkte für die PLO abgesteckt: Sie proklamierte als Endziel des palästinensischen Befreiungskampfes „die Errichtung eines unabhängigen und demokratischen palästinensischen Staates . . . , in dem alle Bürger, gleich welcher Religion sie angehören, die gleichen Rechte genießen sollen.“ Weiter betonte die Fatah in positiver Abgrenzung zur chauvinistischen Position der Schukeiri-Führung, sie „kämpfe nicht gegen die Juden als ethnische oder religiöse Gemeinschaft“, sondern gegen Israel als Ausdruck rassistisch-kolonialistischer Expansion.

Der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes wurde — in die Kampftradition des vietnamesischen Volkes gestellt — als antikolonialistisch und antiimperialistisch definiert. Die UN-Sicherheitsratsresolution 242 (von 1976) lehnte man hingegen ab, da sie „die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ignorierte“ — eine Position, die die PLO bis heute beibehält.⁹ Andererseits bewogen eine weitestgehende militärische Konzentration der PLO im Ostjordangebiet, also am mit 650 km längsten Frontabschnitt zu Israel, und ihr erstarkender politischer Einfluß auf die zu 60 % palästinensische Bevölkerung Jordaniens das Haschemiten-Regime im September 1970 („Schwarzer September“) zu einer militärischen Großoffensive auf die palästinensischen Guerillabasen und Flüchtlingslager. Bis zum Juli 1971 gelang dem Hussein-Regime die völlige Liquidierung der palästinensischen Militärpräsenz östlich des Jordan, also seiner bis dahin überragenden militärischen Operationsbasis.



Die PLO war gezwungen, das Hauptkonzentrationsfeld ihrer bewaffneten Einheiten in den Libanon zu verlagern, wo sie sich im April/Mai 1973 gegen einen ersten militärischen Ansturm der libanesischen Rechtskräfte zu behaupten mußte.

Die jordanische Niederlage der palästinensischen Widerstandsbewegung deckte indessen einige elementare Schwächen ihrer Kampfführung auf und setzte neue politisch-ideologische Klärungsprozesse in Gang, die seit 1973 verstärkt zum Tragen kamen:

Erstens wurde man sich der großen Bedeutung der nichtmilitärischen Kampfformen des Widerstandes bewußt. Gerade die Vernachlässigung einer intensiven politischen Massenarbeit in Ostjordanien und dem okkupierten Westufer hatte den haschemitischen Behörden die Isolierung und Austreibung der palästinensischen Widerstandskämpfer erleichtert. Jetzt setzte ein schrittweises Abrücken von der einseitigen Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes ein.

Zweitens hatte das uneinheitliche Agieren der verschiedenen Widerstandsgruppen und ihre mangelnde Zusammenarbeit mit der demokratischen Bewegung Jordaniens (KP und Baath-Partei) das Liquidierungsspiel der arabischen Reaktion begünstigt. Man erkannte die Notwendigkeit, mit den nationalprogressiven Kräften speziell Jordaniens und des Libanon eng zu kooperieren.

XXXIII. UN-Vollversammlung Resolution zu Palästina

Die Vollversammlung möge

ihre tiefe Betroffenheit darüber ausdrücken, daß keine gerechte Lösung des Palästina-Problems erreicht worden ist und daß dieses Problem weiterhin den Konflikt im Nahen Osten verschärft; bestätigen, daß ein gerechter und dauerhafter Friede in dieser Region nicht errichtet werden kann, ohne daß eine gerechte Lösung für das Palästina-Problem auf der Grundlage der Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes erreicht wird, einschließlich des Rechts auf Rückkehr nach und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit in Palästina;

sich nochmals dafür aussprechen, die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), die Vertreterin des palästinensischen Volkes, zur gleichberechtigten Teilnahme an allen Bemühungen, Beratungen und Konferenzen zum Nahen Osten, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stattfinden, auf der Grundlage von Resolution 3236 (XXIX), einzuladen;

ferner ihr Bedauern und ihre Betroffenheit darüber ausdrücken, daß die Empfehlungen des Komitees für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, bekräftigt in den Resolutionen der Vollversammlung, nicht erfüllt worden sind; mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß der Sicherheitsrat nicht die Maßnahmen unternommen hat, zu denen er durch die Resolution der Vollversammlung aufgefordert worden war;

den Sicherheitsrat nochmals auffordern, die Empfehlungen in den Resolutionen der Vollversammlung in Betracht zu ziehen und auf ihrer Grundlage so bald wie möglich eine Entscheidung zu treffen; für den Fall, daß es dem Sicherheitsrat mißlingt, bis zum 1. Juni 1979 diese Empfehlungen in Betracht zu ziehen und auf ihrer Grundlage eine Entscheidung zu fällen, das Komitee für die Rechte der Palästinenser bevollmächtigen und beauftragen, diese Situation zu überdenken und die Vorschläge zu unterbreiten, die es für angemessen erachtet.

Abstimmungsergebnis: 97 dafür, 19 dagegen, 25 Enthaltungen.

Gegenstimmen: Australien, Belgien, Kanada, Chile, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Guatemala, Honduras, Island, Irland, Israel, Italien, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Nicaragua, Norwegen, Großbritannien, USA.

Enthaltungen: Österreich, Bahamas, Brasilien, Kolumbien, Kostarika, Dominikanische Republik, Ekuador, El Salvador, Fidji-Inseln, Finnland, Frankreich, Elfenbeinküste, Japan, Lesotho, Malawi, Mexiko, Nepal, Panama, Paraguay, Portugal, Samoa, Surinam, Swaziland, Schweden, Uruguay.

Abwesend: Albanien, Äquatorial-Guinea, Ghana, Grenada, Nigeria, Papua-Neuguinea, Seychellen, Salomonen-Inseln.

(Quelle: Baghdad Observer, Bagdad, Nr. 3298/13. 12. 1978)

Drittens bildete sich mit dem Annäherungsprozeß zwischen Kommunisten und verschiedenen anderen Widerstandsorganisationen im Westjordangebiet und Gaza ein einheitliches Kampfinstrument, die im August 1973 proklamierte Palästinensische Nationale Front der besetzten Gebiete heraus. Das von ihr mit der Gründung verabschiedete Kampfprogramm orientierte auf die Mobilisierung des breitesten Volkswiderstands in den okkupierten Gebieten auf verschiedenen Ebenen und legte den Grundstein für die Formierung einer sich nach dem Oktoberkrieg 1973 herauskristallisierenden politischen Massenbewegung.

Viertens setzte sich innerhalb der PLO zusehends die Tendenz eines Abrückens von der maximalistischen Position des „Alles oder nichts“, des Verzichts auf jegliche politisch-diplomatische Eigenaktivitäten bzw. Verhandlungsbeteiligung. Dem weltabgewandten Beharren der sog. Ablehnungsfront um Georges Habbasch (FPLP, FPLP-CG und ALF) wurde in dem Maße der reale Boden entzogen, indem sich Erfolge auf internationaler Ebene einstellten.

Die aus dem Oktoberkriegsgeschehen gewonnenen neuen Einsichten gaben Anstöße dafür, daß im Frühjahr 1974 Al Fatah, Al Saika und die Demokratische Volksfront (FDPLP) einen PLO-Plattformentwurf vorlegten, der erstmals politische Zwischenschritte auf dem Weg zum Endziel eines demokratischen Palästina-Staates entwickelte.

Diese setzte sich auf der 12. Nationalratstagung Anfang Juni

1974 in Kairo mit der Annahme des Vorläufigen Politischen Programms weitgehend durch, welches in Punkt 2 dafür votierte, „mit allen Mitteln . . . für die Befreiung des palästinensischen Bodens und die Errichtung einer kämpfenden unabhängigen nationalen Volksherrschaft auf jedem Teilstück des palästinensischen Bodens, das befreit wird, zu wirken.“¹⁰ Der Nationalratsbeschuß markierte somit — wie Yassir Arafat, der neu gewählte PLO-Vorsitzende, gegenüber der Neuen Zeit (Nr. 32/1974) resümierte — eine „strategische Wende“ hin zum unmittelbaren Kampfziel der Einsetzung einer unabhängigen palästinensischen staatlichen Macht auf jedem befreiten Territorium. Er gab der PLO-Führung zudem freie Hand für ein politisch-diplomatisches Initiativwerden, was sich 1974/75 in der Anerkennung der PLO (seitens des 7. Arabischen Gipfels und der UNO) als einzig authentischer Repräsentanz des arabischen Volkes Palästinas niederschlug. Zugleich erfolgte ihre Klassifizierung als unverzichtbarer, gleichberechtigter Partner bei allen Nahostverhandlungen.

Massenerhebung in besetzten Gebieten

In den okkupierten Gebieten formierte sich unter Führung der Palästinensischen Nationalen Front (PNF, nun mit 3 Repräsentanten Teil des PLO-Exekutivkomitees) seit 1974 trotz der intensivierten Unterdrückungspraxis der Besatzer eine echte Massenbewegung. Die Verankerung der Front zeigte sich bei den Gemeinderatswahlen vom April 1976, als die PNF-Repräsentanten des „Nationalen Blocks“ 80 % der Stimmen bzw. Sitze und damit nahezu alle Bürgermeisterämter eroberten.

Die Räte und Bürgermeister erklärten unverzüglich die ausschließliche Legitimität der PLO, über das Schicksal der besetzten Gebiete selbst zu entscheiden. „Unsere erste Forderung ist,“ so B. Shaka (Nablus), „die Aufhebung des Besatzungszustandes in den Gebieten, die im Juni 1967 erobert wurden und die Anwendung der Resolution der Vereinten Nationen zum Recht auf einen eigenen Staat.“¹¹ In den besetzten Gebieten rissen seither Massendemonstrationen, Streiks und andere Kampfmaßnahmen nicht mehr ab. Nach dem Aufstand der israelischen Araber im Frühjahr 1976 fanden in ganz Palästina koordinierte Aktionen zur Verteidigung des arabischen Bodens (der 30. März wurde nationaler Aktionstag!) gegen die zionistische „Judaisierungspolitik“ statt.

Die Forderung nach einem unabhängigen Palästinenserstaat, die im UN-Sicherheitsrat im Januar 1976 eine Mehrheit fand (nur ein US-Veto blockierte diese Resolution), wurde, von der Nationalen Front im Westjordangebiet und Gaza am lautesten gestellt, schließlich im März 1977 von der 13. Palästinensischen Nationalratstagung in Kairo in die PLO-Programmatik übernommen: Das Politische Kommuniqué formulierte den Anspruch des palästinensischen Volkes „auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates auf seinem nationalen Boden.“ Es verstärkte die Orientierung auf den Massenkampf in den besetzten Gebieten, nahm die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften Israels neu mit auf und betonte das Festhalten am antiimperialistisch-antozionistischen Befreiungskampf. Die Ablehnung aller „Spielarten kapitulationistischer amerikanischer Lösungen und Liquidierungsvorhaben“ verknüpfte der 13. Nationalrat mit dem erstmaligen insistieren auf dem Teilnahmerecht der PLO an allen Nahost- bzw. Palästinaforen.¹²

Die 13. Nationalratstagung endete ferner mit einer Festigung der nationalen Einheit, die während des Libanonkrieges 1976 durch die militärische Konfrontation der PLO mit Syrien und Al Saika aufgebrochen war. Das zähe Ringen der palästinensischen Streitkräfte im Libanon (ca. 12 000 Mann) um das nackte Überleben der palästinensischen Flüchtlinge — so die Verteidigungsschlacht um das Lager Tel al-Zaatar — und die Sicherung der Militärpräsenz der PLO, hatte hohe Verluste an Menschen und Material gefordert. Die Eigenständigkeit und das politische Gewicht der PLO aber konnten gewahrt werden.

Westufer-Bürgermeister zu Camp David



1. Das Abkommen von Camp David ist mit allen seinen Anlagen und Erläuterungen abzulehnen und zurückzuweisen.
2. Das Camp-David-Abkommen ist unseren nationalen Bestrebungen diametral entgegengesetzt und beinhaltet einen separaten „Friedensvertrag“ zwischen Israel und Ägypten; es ermöglicht Ägypten folglich, sich aus der Konfrontation mit dem Aggressor zurückzuziehen und seine Kraft der Bekämpfung der arabischen und afrikanischen Befreiungsbewegungen zu widmen.
3. Das Abkommen widerspricht den Beschlüssen der arabischen Gipfeltreffen im allgemeinen und den Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat im besonderen, die den Gedanken eines Separatabkommens ganz klar ablehnten und dafür eintraten, daß die in die Auseinandersetzung verwickelten Länder auf allen Gebieten zusammenarbeiten.
4. Das Abkommen widerspricht den sich auf die Palästinafrage beziehenden Resolutionen der UN-Vollversammlung und ist ein glatter Hohn auf den Willen der internationalen Gemeinschaft.
5. Das Abkommen negiert die Rechte des palästinensischen Volkes und ignoriert die Palästinafrage, deren Lösung der Schlüssel zur Beilegung des Nahostkonfliktes ist. Besonders ignoriert es das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung in seinem eigenen Heimatland und übergeht die PLO, die einzig legitime Führung des palästinensischen Volkes. In Wirklichkeit versuchen diese Abkommen eine neue Führung unter den Bayonetten der Okkupation zu schaffen und eine „Selbstherrschaft“ aufzuzwingen, wie sie von unserem Volk beständig abgelehnt worden ist.
6. Der Kampf des palästinensischen Volkes war und ist Bestandteil des Kampfes der arabischen Völker für Freiheit, Einheit und Fortschritt und untrennbar verbunden mit der Befreiungsbewegung der Welt.
7. Es kann kein Frieden in diesem Gebiet hergestellt werden ohne vollständigen und tatsächlichen Abzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten und die Herstellung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Rückkehr in seine Heimat und die Ausübung der Selbstbestimmung sowie die Errichtung eines unabhängigen souveränen Staates.
8. Wir lehnen den Plan der „Selbstherrschaft“ ab und sehen ihn als eine Fortsetzung der Okkupation und Unterdrückung unseres Volkes an. Dieser Plan ist ein Komplott zur Untergrabung des Kampfes unseres Volkes um Selbstbestimmung.

(Quelle: Weltfriedensrat, Das Camp-David-Abkommen: Frieden oder weitere Aggressionen, Helsinki 1979, S. 25—28)

Auch der israelische Südlibanonkriegszug im März 1978, der erklärtermaßen auf die Liquidierung der palästinensischen Guerillaarmee zielte, um damit den „Arm der PLO abzuschlagen“ schlug fehl. Stattdessen trugen der offene Interventionismus des Begin-Regimes im Libanon und die Separatinitiative Sadats im November 1977 zu einem noch engeren Wiederausammenrücken Syriens und der PLO bei.

Palästinensische Massenproteste innerhalb wie außerhalb der besetzten Gebiete, eine einheitliche Kampfansage der PLO-Führung waren die Antwort auf die Separatpolitik Ägyptens, Israels und der USA. Im Dezember 1977 gehörte die PLO in Tripolis zu den Initiatoren der Arabischen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation, welche ihr seitens Libyens, Alge-

riens, des Südjemens und Syriens „Unterstützung und Hilfe mit allen Mitteln“ zusicherte.¹³

Der Fatah-Führer Abu Iyad skizzierte die PLO-Gegenstrategie nach Tripolis: „Es muß alles nur mögliche getan werden, um ihn (den Irak) in den Kreis der Länder der direkten Konfrontation mit Israel zu reintegrieren . . . Wir müssen sowohl die zögernden arabischen Staaten zurückholen, als auch Sadat endgültig isolieren. Wir müssen auch den Blick auf die Sowjetunion richten, in dem wir eine Politik der gegenseitigen Interessen begründen, um eine Achse Syrien-Irak-PLO zu errichten, die von der Sowjetunion und den anderen Ländern des Tripoligipfels unterstützt wird.“¹⁴

A. Iyads Orientierung fand mit der arabischen Absage an den Separatdeal von Camp David im September 1978, d. h. dem Gegenvotum des 3. Gipfels der Standhaftigkeitsfront und des Arabischen Gipfels von Bagdad sowie in der Widerannäherung Syriens und des Irak, eine Bestätigung.

Kampfansage an die amerikanische Lösung

In den besetzten Gebieten antworteten die Bürgermeister, Räte u. a. Repräsentanten des Westufers und Gazas im Oktober 1978 einhellig mit einer strikten Abweisung der Separatvereinbarungen und der sog. Selbstverwaltung bzw. Selbstherrschaft in den okkupierten palästinensischen Gebieten (siehe Deklaration der Westuferkonferenz vom 1. Oktober 1978). Die Radikalisierung der arabischen Bevölkerung in diesen okkupierten Gebieten hat sich durch Camp David eher vertieft, die Basis für „gemäßigte“ palästinensische Kollaborateure noch verdünnt.

Die 14. Tagung des Palästinensischen Nationalrats vom Januar d. J. in Damaskus, die die PLO-Führung um Y. Arafat bestätigte, wies die Separatabmachungen und vermeintlichen Selbstverwaltungs-Angebote geradeso als Anschlag auf die nationalen Rechte des arabischen Volkes Palästinas zurück. Die 268 Delegierten — es fehlten die Vertreter der okkupierten Gebiete, die keine Ausreisegenehmigung erhielten — beschlossen einstimmig ein neues Politisches Programm der PLO (voller Wortlaut nachstehen), an dem u. a. die Ausschöpfung aller Formen des politischen und bewaffneten Kampfes, die Festigung der Arabischen Standhaftigkeitsfront und des Bündnisses mit der Sowjetunion sowie die Kernförderung nach einem unabhängigen Palästinenserstaat bemerkenswert sind. Die palästinensische Befreiungsbewegung hat einmal mehr Standfestigkeit und Kampfmoral bewiesen.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: D. Ingrams, Palestine Papers 1917—22, London 1972, S. 18
- 2) Detaillierter siehe W. Brönnner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, Frankfurt/M. 1979, Kapitel 2 und 5
- 3) Daten nach: O. Carré, Le mouvement national palestinien, Paris 1977, S. 75
- 4) Ebenda, S. 109
- 5) Siehe S. Bassam, Palestine refugees camp life in Lebanon, in: Journal of Palestine Studies, Beirut, Nr. 4/1975, S. 91—107
- 6) Daten nach: H. Askari/J. T. Cummings, Middle East Economics in the 1970s, New York 1976, S. 123—126 und 284—293; O. Carré, Le mouvement national palestinien, a. a. O., S. 110
- 7) Wortlaut in: W. Brönnner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, a. a. O., Dokumentenanhang
- 8) Ebenda, S. 150—152 und 204/205; R. Hamid, Was ist die PLO?, Bonn 1975, S. 8 ff.; B. und N. Khader, Textes de la Révolution palestinienne, Paris 1975, S. 52 ff.
- 9) Ebenda, S. 159/60; El Fath, La Révolution Palestinienne et les Juifs, Paris 1970, S. 9 und 68
- 10) Wortlaut in: W. Brönnner, Der Nahostkonflikt und die Palästinafrage, a. a. O., Dokumentenanhang
- 11) Zit. nach: Palästina, Bonn, Nr. 4/1976
- 12) Kommuniké und eingehendere Einschätzung zum 13. Nationalrat siehe in: AIB 6/1977
- 13) Dokumente der drei Gipfel der Arabischen Standhaftigkeitsfront in: AIB 1, 3 und 11—12/1978
- 14) Afrique Asie, Paris, Nr. 152/9. 1. 1978

14. Palästinensischer Nationalrat

Politisches Programm

Die amerikanische Lösung des arabisch-zionistischen Konfliktes, wie sie die Vereinbarungen von Camp David verkörpern, stellt eine schicksalhafte Gefahr für die Palästinafrage und für die nationale arabische Befreiungsbewegung dar. Sie gesteht dem zionistischen Feind zu, das palästinensische nationale Territorium weiterhin besetzt zu halten. Sie annulliert das unveräußerliche Recht des arabischen palästinensischen Volkes auf seine Heimat Palästina, sein Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und auf die Ausübung seiner nationalen Unabhängigkeit auf seinem Grund und Boden. Diese Regelung veräußert Teile des arabischen Territoriums und übergeht die PLO, die Führerin des nationalen Kampfes unseres Volkes, seine einzig legitime Vertreterin, die seinen Willen artikuliert.

Diese Vereinbarungen stellen einen Angriff auf das palästinensische, das arabische und das internationale Recht dar. Sie ebnet den Weg für die Festigung der imperialistischen und zionistischen Herrschaft über unsere arabische Region und die afrikanischen Staaten. Im Rahmen des Paktes mit Imperialismus und Zionismus soll das ägyptische Regime als Instrument zur Unterdrückung der arabischen und afrikanischen nationalen Befreiungsbewegung benutzt werden.

Da wir uns der Gefahren, die uns diese neue Verschwörung bringt, voll bewußt sind und ihre Dimensionen kennen, zwingt und unsere nationale Verantwortung in der PLO als Vertreterin unseres gesamten arabisch-palästinensischen Volkes diesen neuen Plan abzulehnen, ihn zu bekämpfen und unser Volk und seine unveräußerlichen nationalen Rechte auf eine Heimat Palästina und unsere palästinensischen Revolution zu verteidigen.

Die mutige Haltung unserer palästinensischen Massen innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat und die Haltung der arabischen Massen, die Vereinbarungen von Camp David abzulehnen und dieser erneuten Verschwörung entgegenzutreten, weil sie sich gegen die unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes und gegen unsere arabische Nation richtet, gibt uns größere Entschlossenheit und Vertrauen, daß wir diese Verschwörung zurückschlagen können und müssen. Zugleich tragen wir eine große Verantwortung, die wir nur durch eine einheitliche nationale Haltung innerhalb der PLO erfüllen können.

In Erfüllung des Willens unseres Volkes und der Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind,

- voller Überzeugung, daß die nationale Einheit innerhalb der PLO der einzige Weg zum Sieg ist,

- ausgehend von der Palästinensischen Nationalcharta (aus dem Jahr 1968; d. Red.), den Beschlüssen der Palästinensischen Nationalräte und dem Einheitsdokument von Tripolis (anlässlich der Konstituierung der Arabischen Standhaftigkeitsfront, Wortlaut in AIB 1/1978; d. Red.),

- ausgehend von dem Recht unseres Volkes, den demokratischen Staat auf seinem gesamten nationalen Territorium zu errichten, und
- angesichts dieser gefährlichen und entscheidenden Phase im Kampf unseres Volkes,

erklären wir, die Vertreter aller palästinensischer Widerstandsorganisationen und der palästinensischen nationalen Kräfte:

Auf palästinensischer Ebene

1. Wir halten an dem unveräußerlichen nationalen Recht unseres Volkes auf seine Heimat Palästina, sein Recht auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung auf seinem Grund und Boden ohne äußere Einmischung und auf den Aufbau seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium ohne jegliche Vorbedingung fest.

2. Wir verteidigen die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) und halten an ihr als der einzig legitimen Vertreterin unseres Volkes und als Führerin seines nationalen Kampfes fest. Nur sie spricht in seinem Namen — in allen arabischen und internationalen Einrichtungen. Wir weisen alle Angriffe gegen die PLO und alle Versuche, sie zu übergehen oder zu bevormunden, Alternativen oder Partner bei der Vertretung unseres Volkes für sie zu schaffen, zurück. Wir halten an den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat und an den Beschlüssen der Vereinten Nationen, vor allem an den Resolutionen Nr. 3236 und 3237 fest, die unsere unveräußerlichen nationalen



Präsidium des 14. Nationalrats: Y. Arafat (3. v. r.) und als Gast Syriens Assad (2. v. r.)

Rechte bekräftigen und die arabische und internationale Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes bedeuten.

3. Wir sind fest entschlossen, den bewaffneten Kampf und alle anderen Formen des politischen Massenkampfes, vor allem in der besetzten Heimat, zu forcieren. Sie ist der Hauptkampfplatz mit dem zionistischen Feind. Dabei ist es unser Ziel, dadurch die nationalen unveräußerlichen Rechte des arabisch-palästinensischen Volkes zu verwirklichen.

4. Wir bekräftigen, daß die Palästinafrage den Kern und das Wesen des arabisch-zionistischen Konfliktes darstellt. Wir lehnen alle Beschlüsse, Vereinbarungen und Regelungen ab, die die unveräußerlichen Rechte unseres Volkes auf seine Heimat negieren oder sie mindern, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, auf Selbstbestimmung und auf den Aufbau seines nationalen und unabhängigen Staates. Wir lehnen insbesondere die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates ab.

5. Wir lehnen ab und bekämpfen den Plan der Autonomie in der besetzten Heimat, der den zionistischen Siedlerkolonialismus in unserer besetzten Heimat verewigt und die Rechte unseres Volkes leugnet.

6. Wir bekräftigen die Einheit unseres arabisch-palästinensischen Volkes innerhalb der besetzten Heimat und seine einheitliche Vertretung durch die PLO. Wir weisen alle Versuche und alle Spaltungspläne zurück, die die Zersplitterung unseres Volkes oder die Umgehung der PLO bezwecken. Wir unterstützen den Kampf unseres Volkes in den besetzten Gebieten, stärken seine Einheit und seine Standfestigkeit.

7. Wir unterstützen den Aufbau der Palästinensischen Nationalen Front im Innern als untrennbaren Bestandteil der PLO. Wir stellen ihr alle Mittel der politischen und materiellen Unterstützung zur Verfügung, die es ihr ermöglichen, die Massen unseres Volkes im Innern gegen die zionistische Besetzung und ihre feindlichen Pläne gegen unser Volk und seine unveräußerlichen Rechte zu mobilisieren.

8. Wir halten an Palästina als der historischen Heimat des palästinensischen Volkes fest und lehnen jede Alternative ab. Wir bekämpfen alle Projekte der Umsiedlung oder der „alternativen“ Heimat, die der imperialistisch-zionistische Feind vorschlägt, um die Palästinafrage und den nationalen palästinensischen Kampf zu liquidieren und das Recht auf Rückkehr zu untergraben.

Auf arabischer Ebene

1. Wir betonen die Notwendigkeit, die Vereinbarungen von Camp David, alle Folgeabkommen und ihre Auswirkungen zu bekämpfen. Sie stellen schicksalhafte Gefahren für die Sache des arabischen Kampfes dar, die in der Verantwortung der arabischen Massen und ihrer nationalen und demokratischen Kräfte liegt.

Die nationale Front der Standhaftigkeit und Konfrontation mit ihrem Kettenglied Syrien und PLO ist die entscheidende Basis für den Kampf gegen die Verschwörung der amerikanisch-zionistischen Regelung.

2. Es ist notwendig; die Front der Standhaftigkeit und Konfrontation zu stärken und zu verbreitern auf der Grundlage des Kampfes gegen die imperialistisch-zionistischen Pläne, der Befreiung der besetzten palästinensischen und arabischen Territorien, des Festhaltens an den unveräußerlichen nationalen Rechten des palästinensischen Volkes, die weder angetastet, noch aufgegeben werden dürfen. Alle Mittel der Massenunterstützung müssen für die Front der Standhaftigkeit und Konfrontation, vor allem für die PLO und das arabische Syrien, zur Verfügung gestellt werden.

3. Die PLO fordert alle Parteien, alle nationalen und demokratischen Bewegungen und Kräfte im arabischen Vaterland auf, alle Mittel der materiellen und der Massenunterstützung der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation zur Verfügung zu stellen. Sie fordert sie zur Solidarität und zum Widerstand auf der Grundlage des Kampfes gegen die Pläne der imperialistisch-zionistischen Regelung auf.

4. a) Die PLO bekräftigt ihr unverbrüchliches Festhalten an der Einheit, dem arabischen Charakter und der Unabhängigkeit des Libanon. Sie achtet die libanesische Souveränität und hält an dem Kairoer Abkommen (des Jahres 1969; d. Red.) und seinen Folgeabkommen fest, die die Beziehung zwischen ihr und der legitimen libanesischen Autorität regeln.

b) Die PLO hebt die Rolle hervor, die das libanesische Volk und seine nationalen und fortschrittlichen Kräfte in der Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes und seiner Verteidigung spielen und gespielt haben. Sie ist stolz auf die engen Bindungen zwischen unserem Volk und dem libanesischen Volk und seinen nationalen, gesamtarabisch gesinnten und fortschrittlichen Kräften in der Verteidigung des libanesischen Bodens und der palästinensischen Revolution gegen die zionistische Aggression, Pläne und lokalen Marionetten. Sie hebt die Notwendigkeit hervor, die engen Bindungen fortzusetzen und zu verstärken.

5. a) Die PLO bekräftigt die besondere Natur der Beziehungen, die die palästinensischen und jordanischen Brudervölker verbindet. Sie ist darauf bedacht, die engen Bindungen zwischen beiden Völkern fortzusetzen.

b) Die PLO erklärt, daß sie an den Beschlüssen der Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat festhält, die ausdrücken, daß die PLO die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes ist, daß unser Volk das Recht auf den Aufbau seines nationalen, unabhängigen Staates hat.

Die Grundlage der Beziehungen zwischen der PLO und dem jordanischen Regime sind:

- die verbindliche Anerkennung der Beschlüsse der Gipfelkonferenzen von Algier und Rabat durch das jordanische Regime,
- die Ablehnung der Vereinbarungen von Camp David und all ihren Ergebnissen,
- die Schaffung von Bedingungen, die es der PLO möglich machen, ihre Verantwortung gegenüber den Massen im Kampf gegen den zionistischen Feind wahrzunehmen.

6. Die PLO bekräftigt ihr Recht, ihre Verantwortlichkeit für den Kampf auf gesamtarabischer Ebene und von jedem arabischen Territorium aus für die Befreiung des besetzten palästinensischen Territoriums wahrzunehmen.

7. Die PLO fordert alle nationalen, gesamtarabischen Kräfte, alle nationalen und befreundeten Regimes auf, das ägyptische Volk und seine

nationale Bewegung zu unterstützen, um ihm zu ermöglichen, die Verschwörung Sadats zurückzuschlagen, und das Camp-David-Abkommen mit all seinen Auswirkungen auf das ägyptische Volk, seine Zugehörigkeit zur arabischen Nation, seine Geschichte des Kampfes gegen Zionismus und Imperialismus zu Fall zu bringen.

Auf internationaler Ebene

1. Die Rolle, die die USA gegen unser Volk und seinen nationalen Kampf und gegen die nationale arabische Befreiungsbewegung und ihr Streben nach Befreiung und Unabhängigkeit spielen, sei es durch Unterstützung des zionistischen Regimes oder durch seine Instrumente in der arabischen Region, stellen eine flagrante Aggression gegen unser Volk und seine nationale Sache dar.

Die PLO in Verbindung mit allen Teilen und Kräften der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, mit ihren nationalen und fortschrittlichen Regimes, erklärt, daß sie die Politik der USA, ihre Ziele und ihre Praxis in der Region bekämpfen will.

2. Die PLO betont die Bedeutung des Bündnisses mit den sozialistischen Staaten, an ihrer Spitze die Sowjetunion. Dieses Bündnis ist eine nationale Notwendigkeit in der Konfrontation mit den amerikanisch-zionistischen Verschwörungen gegen die Sache Palästinas und gegen die Errungenschaften der nationalen arabischen Befreiungsbewegung.

3. Die PLO betont die Notwendigkeit ihrer Zusammenarbeit mit den Nichtpaktgebundenen Staaten, den islamischen, afrikanischen und allen befreundeten Staaten, die die PLO und ihren Kampf für die nationalen Rechte auf Rückkehr in die Heimat, auf Selbstbestimmung und auf den Aufbau eines nationalen und unabhängigen Staates unterstützen.

4. Die PLO als nationale Befreiungsbewegung erklärt ihre Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt, vor allem im Iran, in Zimbabwe, Namibia und Südafrika. Sie ist entschlossen, diese Kampfbeziehungen zu verstärken, weil der Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und Rassismus die Sache aller Kräfte der Befreiung und des Fortschritts in der Welt ist.

5. Die PLO erklärt, daß sie an den Errungenschaften des palästinensischen Kampfes auf internationaler Ebene festhält: der breiten internationalen Anerkennung der PLO und des unveräußerlichen Rechts des arabisch-palästinensischen Volkes auf seine Heimat Palästina, auf Rückkehr dorthin, Selbstbestimmung und den Aufbau seines unabhängigen und nationalen Staates auf seinem nationalen Territorium. Diese Errungenschaften verkörpern die UN-Resolutionen von 1974 bis heute, vor allem die Resolutionen Nr. 3236 und 3237. Sie bekräftigen das Recht der PLO auf dieser Grundlage. Die PLO betrachtet jede Behandlung der Palästinafrage und jede Vereinbarung darüber, die in ihrer Abwesenheit stattfindet, als null und nichtig.

Auf organisatorischer Ebene

1. Alle Widerstandsorganisationen, alle nationalen palästinensischen Kräfte beteiligen sich an allen Institutionen der PLO - an ihrer Spitze der Zentralrat und das Exekutivkomitee - auf der Grundlage von demokratischen Prinzipien der Einheitsfront.

2. Die palästinensische Führung ist eine kollektive und demokratische Führung. Der Beschluß wird von allen verantwortet, sowohl was die Beteiligung an der Entscheidung als auch was die Umsetzung betrifft. Dies geschieht auf demokratischer Grundlage, wobei die Position der Mehrheit für die Minderheit verbindlich ist - gemäß dem politischen und organisatorischen Programm und den Beschlüssen der Nationalräte.

3. Es muß gewährleistet sein, daß alle Einheiten, Einrichtungen und Institutionen der PLO ihre Aufgaben vollständig erfüllen, entsprechend den Zuständigkeiten, die ihr im Statut der PLO zugewiesen sind. Das Exekutivkomitee richtet Fachausschüsse gemäß den Prinzipien der Einheitsfront ein, die Pläne entwickeln und ihre Durchführung überwachen, vor allem in den Bereichen Militär, Information und Wirtschaft.

4. Das Exekutivkomitee und der Zentralrat werden entsprechend den Festlegungen und Bestimmungen des Statuts der PLO und den Beschlüssen der Nationalräte gebildet.

5. Das neue Exekutivkomitee muß zu Beginn seiner Tätigkeit die notwendigen Festlegungen zur Umsetzung des politischen Programms dieser Etappe treffen. Es muß die verschiedenen Einrichtungen der PLO überprüfen im Hinblick auf ihre Qualität und ihre Fähigkeiten, um in der Arbeit dieser Einrichtungen die größtmögliche Effektivität zu erzielen.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 5/1. 2. 1979)



Yankee: "Das palästinensische Volk hat kein Selbstbestimmungsrecht"

Erklärung afrikanischer Kommunistischer Parteien

Aufruf an Afrika (1. Teil)



Im Sommer letzten Jahres fand eine Beratung Kommunistischer und Arbeiterparteien Afrikas, darunter die Afrikanische Unabhängigkeitspartei Senegals, die Südafrikanische und Sudanesische Kommunistische Partei, statt. Die Beratung verabschiedete die im folgenden dokumentierte Erklärung, die den Titel „Für Freiheit, Unabhängigkeit, nationale Wiedergeburt und sozialen Fortschritt der Völker des tropischen und südlichen Afrika“ trägt. Mit ihrer Erklärung wollen die afrikanischen Kommunisten eine Diskussionsplattform für alle fortschrittlichen, revolutionärdemokratischen und marxistischen Parteien und Kräfte Afrikas vorlegen.

Unsere Zeit ist Zeuge großer historischer Errungenschaften und revolutionärer Veränderungen. Der internationale Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft ist der bestimmende Faktor für unsere heutige Entwicklung geworden. Auf allen Kontinenten nimmt der Druck der fortschrittlichen Kräfte zu. Die Beseitigung der letzten Überreste des Kolonialismus und Rassismus geht ihrer Vollendung entgegen.

Der Neokolonialismus, der im wesentlichen die Funktion hat, mit neuen Formen und Methoden die Ausbeutung der Entwicklungsländer zu erhalten, stößt auf wachsenden, entschlossenen Widerstand dieser Völker und Länder. Sie kämpfen unablässig für die Festigung ihrer Freiheit und ihrer Unabhängigkeit. Immer mehr befreite Länder schlagen den Weg ein, der ihnen eine sozialistische Orientierung in ihrer Entwicklung sichert. Sie verteidigen entschlossen ihre historische Entscheidung und wehren die Einmischung von Reaktion und Imperialismus in ihre inneren Angelegenheiten ab. Auf unserem Kontinent herrschen dieselben objektiven Gesetze der sozialen Entwicklung wie überall in der Welt, aber in einer Form, die den nationalen Eigenschaften und historischen Grundzügen unseres Kontinentes und seiner Inseln entspricht.

Inspirierende Siege im Befreiungskampf

Der Zusammenbruch der Kolonialreiche, die Erkämpfung der politischen Unabhängigkeit und die Gründung unabhängiger Nationalstaaten ist eine der bedeutendsten historischen Errungenschaften der afrikanischen Völker. Dies wurde ermöglicht durch die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses dank der Niederlage der hitlerfaschistischen Koalition und des japanischen Militarismus, durch die Schwächung des internationalen Imperialismus, die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, den großen Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung und die unerschöpfliche Unterstützung, welche dieser durch die sozialistischen Staaten und die internationale Arbeiter- und kommunistische Bewegung zuteil wurde. Die Völker, die ihre politische Unabhängigkeit errungen haben, verstärken ihre Bemühungen, sie zu konsolidieren und die ökonomische Unabhängigkeit zu erkämpfen. Das Leben und die Logik des Befreiungskampfes zeigen wiederholt, daß diese Ziele eng mit dem Kampf für die soziale Befreiung verbunden sind. Die sozialistische Orientierung der fortschrittlichen afrikanischen Staaten ist eine der Manifestationen der objektiven Gesetze

der modernen Epoche, der Epoche des Übergangs einer wachsenden Anzahl von Staaten von einem Ausbeutersystem zum Sozialismus.

Der ruhmvolle Sieg des heroischen Volkes von Vietnam über die US-imperialistische Aggression unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei stellt eines der inspirierendsten Ereignisse der revolutionären Bewegung unserer Zeit dar. Heute ist das wiedervereinte Vietnam unter der Führung der Kommunistischen Partei auf dem Weg zum Sozialismus, Frieden, Fortschritt und Demokratie. Dieser Sieg wie die von Laos und Kampuchea weckten revolutionäre Energien auf der ganzen Welt.

Die Siege der langwierigen bewaffneten Befreiungskämpfe der Befreiungsbewegung in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau waren Ereignisse von herausragender historischer Bedeutung für den afrikanischen Kontinent und für Südafrika im besonderen. Die siegreichen Befreiungsbewegungen von Angola und Moçambique haben sich zum Ziel gesetzt, die Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus in ihren Ländern zu schaffen. Um die Fundamente für ihre neue Gesellschaft zu legen, schaffen sie Staatsformen, die sich auf die Arbeiter und die Bauernschaft stützen, geführt von der MPLA und FRELINO, die den Prozeß ihrer Umformung in Avantgarde-Parteien der Arbeiterklasse, geleitet von den wissenschaftlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus begonnen haben. Der ruhmvolle Sieg Angolas, errungen mit der Unterstützung der Sowjetunion, Kubas, anderer sozialistischer Staaten, fortschrittlicher afrikanischer Staaten und aller demokratischen Kräfte, war ein bedeutender Beitrag zur Ausrottung von kolonialer Sklaverei, Rassismus und Neokolonialismus auf unserem Kontinent.

Dieser Sieg ist ein eindrucksvoller Ausdruck der Stärke des proletarischen Internationalismus. Nun, da Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, die Republik der Kapverden, Sao Tomé und Príncipe ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, erheben sich die afrikanischen Völker zum entscheidenden Angriff auf die letzten imperialistischen Bastionen des Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika.

1. Die gegenwärtige Phase der sozialen und ökonomischen Entwicklung

Die Ära der kolonialen Sklaverei hinterließ tiefe Spuren in der sozialen Struktur der afrikanischen Länder, ihrer Wirtschaft und ihrem politischen und kulturellen Leben. Die sozialökonomische und technische Rückständigkeit der afrikanischen Völker ist die unmittelbare Folge imperialistischer Ausplünderung und Ausbeutung. Die schrecklichen Auswirkungen der verbrecherischen kolonialen Herrschaft in Afrika sind noch nicht überwunden. Der internationale Imperialismus und sein Hauptinstrument, die multinationalen Konzerne, bleiben die Hauptfeinde und das Haupthindernis für den Fortschritt der afrikanischen Völker.

Die Ökonomie der meisten afrikanischen Völker hängt generell von den imperialistischen Monopolen ab. Der monokulturelle Anbau, von den Metropolen aufgezwungen, ist noch immer dominierend in der Landwirtschaft, dem Beschäftigungssektor der überwältigenden Mehrheit der

Bevölkerung. Die Bauern werden brutal ausgebeutet, vornehmlich von den multinationalen Konzernen, die den kapitalistischen Weltmarkt für die landwirtschaftlichen Rohstoffe und den Nahrungsmittelmarkt unter Kontrolle haben.

Wie in Kolonialzeiten ist die Industrie in den Ländern des tropischen Afrika auf Bergbau und einfache Rohstoffverarbeitung beschränkt, und deren Schlüsselbereiche verbleiben in den Händen der imperialistischen Monopole. Eine Industrialisierung auf nationaler Ebene wird vorsätzlich durch den Neokolonialismus verlangsamt. Mithilfe neuer Methoden, wie zum Beispiel gewisser Arten von „Unterstützung“ und „Hilfe“ unter ungerechten Bedingungen, der Etablierung von Marionetten-Regimes, dem Aufzwingen von ungerechten Verträgen, versuchen die industrialisierten kapitalistischen Staaten, die afrikanische Wirtschaft noch enger an den kapitalistischen Weltmarkt zu binden und die Entwicklung der afrikanischen Länder ausschließlich auf den kapitalistischen Weg zu orientieren.

Mittels ökonomischer und finanzieller Hebel des kapitalistischen Weltmarktes, durch das fast exzessive Monopol über den Seetransport und die Frachtkosten und durch das Preisdiktat in der Technologie, beraubt der internationale Imperialismus nicht nur fortwährend die Völker um den Ertrag der von ihnen geleisteten Arbeit, sondern verstärkt noch seinen ökonomischen und finanziellen Druck auf sie. Unter den Bedingungen der gegenwärtigen allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems benutzt der Imperialismus alle verfügbaren Mittel bis zum äußersten, um die schädlichen Konsequenzen seiner Krise auf die afrikanischen Völker abzuwälzen.

Nach Erringung der Unabhängigkeit hat sich die kapitalistische Entwicklung in Afrika intensiviert. Gleichzeitig ist es eine spezifische Art der kapitalistischen Entwicklung, in der die imperialistischen Monopole die vorherrschende Kraft bleiben und der nationale Kapitalismus sich rückständig, oft parasitär entwickelt und zahlreiche Verbindungen mit den vorkapitalistischen Produktionsweisen hat. Er entwickelt sich hauptsächlich im Dienstleistungssektor und in der Zirkulationssphäre und nicht im Bereich der materiellen Produktion. Deshalb sind selbst die positiven Auswirkungen, die objektiv aus einer kapitalistischen Entwicklung entstehen könnten, extrem begrenzt.

Nachdem die Unabhängigkeit erkämpft war, sind die wirtschaftlichen Wachstumsraten der afrikanischen Länder um einiges gestiegen. Jedoch reicht dieses begrenzte Wachstum nicht aus, um in absehbarer Zukunft eine Lösung für die drückenden Probleme zu gewährleisten, die sich mit der Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit ergeben. Zwischen 1960 und 1975 ist der Anteil des nicht-landwirtschaftlichen Aufkommens am Bruttosozialprodukt der afrikanischen Länder von annähernd 20 % auf mehr als 30 % gestiegen. Dieses Wachstum war hauptsächlich dem Bergbau zu verdanken, dessen jährliche Wachstumsrate im Durchschnitt 16 % betrug und nur eine geringe Zahl von Ländern betraf.

Die ziemlich begrenzte Entwicklung der Landwirtschaft findet hauptsächlich in der Produktion für den Export bestimmter pflanzlicher Erzeugnisse statt. Dies korrespondiert mit den Interessen der ausländischen Monopole, aber nicht mit den Interessen der afrikanischen Völker, die unter einem chronischen Mangel an Nahrungsmittelprodukten leiden.

Veränderungen in der Sozialstruktur

Die Veränderungen, die in der ökonomischen Basis der afrikanischen Länder stattfanden, führten zu Veränderungen in der Zusammensetzung und Struktur der Bevölkerung. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung des Problems des demographischen Wachstums zu lenken. Dieses Phänomen ist von Land zu Land verschieden (geographische Bedingungen, höherer oder niedrigerer Grad der Unterentwicklung usw.). Dieses Problem sollte unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen jedes Landes gesehen werden. Aber wir sind überzeugt, daß nur der Sozialismus eine geeignete Lösung für dieses Problem bieten kann.

In Afrika vertieft sich der Prozeß der sozialen und klassenmäßigen Differenzierung — 17 % der afrikanischen Bevölkerung erhalten derzeit 70 % des Nationaleinkommens. In der Zeit von 1960 bis 1975 ist die Anzahl der Lohn- und Gehaltsbezieher in Afrika von 20 Mio auf 30 Mio angewachsen, davon in den arabischen Ländern Nordafrikas über 11 Mio, in den Ländern des tropischen Afrika 11 Mio, und in den Ländern des südlichen Afrika über 10 Mio etwa.

In einigen der tropischen afrikanischen Länder hat sich eine Arbeiterklasse herausgebildet, und in anderen ist sie im Formierungsprozeß begriffen. Obwohl diese Klasse nur sehr langsam wächst und ihre Entwicklung durch die Rückständigkeit der Produktivkräfte behindert wird, stellt sie doch eine beachtenswerte politische Kraft dar. Demge-

mäß ist heute das afrikanische Proletariat, besonders in Südafrika, eine beeindruckende Kraft. Im tropischen Afrika ist es noch stark mit dem Land verbunden. Hochkonzentriert in den städtischen Hauptzentren, in den Häfen und in den relativ wenigen, aber oft großen industriellen Unternehmen wächst sein Klassenkampfegeist rasch. Seine politische Bewußtheit und seine Organisationsformen entwickeln sich. Die Arbeiterklasse hat ihre eigenen Gewerkschaften und in einigen Ländern ihre eigene Partei aufgebaut. Wesentlich ist, daß sich die politische Rolle dieser Parteien entwickelt und daß sie gestärkt wird.

Die Arbeiterklasse wird objektiv immer mehr zum Verteidiger der Interessen aller Werktätigen. Vom ökonomischen Kampf für ihre Rechte und Interessen gehen viele Abteilungen der Arbeiterklasse zu politischen Aktionen gegen Neokolonialismus, gegen einheimische Reaktionen und gegen den internationalen Imperialismus über. Obwohl das Proletariat bestimmte objektive und subjektive Schwächen hat, bleibt es doch in der gegenwärtigen Phase der nationaldemokratischen Revolution die beständigste revolutionäre Kraft im Kampf für nationale und soziale Befreiung, nationale ökonomische Entwicklung, Industrialisierung, für die Förderung von kooperativen Formen in der Wirtschaft, für die Überwindung des Tribalismus — dieses Vergifters der afrikanischen Völker — und für eine allumfassende kulturelle Wiedergeburt. In diesem Kampf ist die Bauernschaft, die in afrikanischen Ländern die Mehrheit der Bevölkerung umfaßt, der natürlich und zahlenmäßig stärkste Verbündete der Arbeiterklasse. Es ist unmöglich, einen realen sozialen Fortschritt über einen langen Zeitraum zu sichern, ohne die sehr ernststen Probleme der Bauernschaft, ohne das Streben der Masse der Bauernschaft nach sozialökonomischem Fortschritt zu berücksichtigen und ohne aktive Unterstützung der Bauernschaft.

In der Agrarstruktur des tropischen Afrika finden wichtige Veränderungen statt. Diese Veränderungen hängen direkt mit der rapiden Ausdehnung der Warenwirtschaft im Dorf zusammen. Das Eindringen fremden Kapitals und kapitalistischer Produktionsweisen (Preisfestsetzungen, Darlehen und Kredite) führt zur Vernichtung der einfachen Formen der Produktivkräfte und zu wachsendem Zerfall der vorkapitalistischen patriarchalischen und feudalen Strukturen, die zur Übernahme von Gemeindeland durch traditionelle Landbesitzer oder durch einen Teil der bürokratischen Bourgeoisie zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung führen, zum Aufkommen einer ländlichen Bourgeoisie und einer Kleinbourgeoisie, begleitet vom Entstehen einer breiten Masse von landlosen und verarmten Bauern und landwirtschaftlichen Arbeitern.

Dieser Prozeß führt zur Verarmung der Massen auf dem Lande; so sieht das soziale Bild der ländlichen Gebiete im tropischen Afrika aus.

Afrikanische Klassenkampffentwicklung

Die Schnelligkeit und die Tiefe der Veränderungen in der Agrarstruktur sind von Land zu Land verschieden. Die wachsende Heterogenität in der Bauernschaft bedeutet unvermeidlich, daß gegensätzliche soziale und politische Interessen aufkommen und zu einer Intensivierung des Klassenkampfes führen werden. Die Erfahrung zeigt, daß die Politik der „Modernisierung“ der ländlichen Gebiete, die Politik der Kooperativenbildung eingeschlossen, wenn sie unter nicht Mitwirkung des Volkes stattfindet, reiche ländliche Schichten begünstigt und notwendigerweise zur Verarmung der breiten Massen der Bauernschaft führt. Deshalb ist es so wichtig für die progressiven Kräfte, im antiimperialistischen und antifeudalen Kampf auf dem Lande und im Kampf für eine wahre Agrarreform die breiteste demokratische Teilnahme der Bauernmassen zu sichern.

Die progressiven Kräfte teilen die Forderungen und Bestrebungen der arbeitenden und armen Bauernschaft und versuchen ihr soziales und politisches Bewußtsein zu erhöhen. Dadurch stoßen natürlich die Arbeiterklasse und die anderen progressiven Kräfte nicht nur auf den Widerstand der ansässigen Reichen und Ausbeuterklasen, sondern auch auf den des Imperialismus und seiner Instrumente, der multinationalen Konzerne.

Als ein Ergebnis der Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte hat ein rascher Prozeß der Verstädterung stattgefunden. Dieses rapide Wachstum hat ungeheure sozialpolitische Probleme geschaffen, vornehmlich das der Bildung einer umfangreichen Schicht ökonomisch unsicherer und deklassierter Elemente. Der Prozeß der Verstädterung hat auch zu dem erwähnten zahlenmäßigen Wachstum der Mittel- und Übergangsschichten geführt, die auch heimatlose Elemente aus ländlichen Gebieten, kleine Händler, Handwerker, Büroangestellte und Intellektuelle einschließen. Auch diese Schichten nehmen, mit unterschiedlicher Intensität, am Kampf für Demokratie, nationalen und sozialen Fortschritt teil. Gerade aus diesen Schichten rekrutiert sich eine so einflußreiche Kraft wie die Revolutionärdemokraten mehr oder weniger

klar umrissen heraus, die in den sozialistisch orientierten Ländern die Staatsmacht kontrollieren.

Die Intellektuellen bilden eine aktive politische Schicht in der afrikanischen Gesellschaft. Sie spielen eine wichtige Rolle im politischen Leben in Afrika, insbesondere während des Unabhängigkeitskampfes. Nach der Erringung der Unabhängigkeit wächst ihre Zahl stetig aufgrund der Ausweitung der Bildung und der objektiven Erfordernisse des ökonomischen Wiederaufschwunges. Unter ihnen vertieft sich der Prozeß der sozialen und politischen Differenzierung. Das Bestreben, Teile der Intellektuellen, auch aus dem Militär, zu korrumpieren und auf die Seite der Reaktion zu ziehen, ist allgemeine Praxis der internen und externen neokolonialistischen Kräfte. Trotzdem bildet eine wachsende Anzahl eng mit den Volksmassen verbundener Intellektueller einen integralen Bestandteil der patriotischen und revolutionären Kräfte. Vor allem unter der großen Zahl revolutionärer Intellektueller nimmt die Übernahme vieler grundlegender marxistischer Positionen der revolutionären Theorie zu und besteht eine weitverbreitete Verbindung zu den Zielen der sozialistischen Umwandlung. Die Kommunisten in Afrika erkennen und begrüßen die wichtige ideologische und politische Rolle, die diese Schicht im Kampf für nationale und soziale Befreiung spielt.

Die Widersprüchlichkeit der Bourgeoisie

In afrikanischen Ländern, in denen die kapitalistisch orientierten Elemente nach der Unabhängigkeit an die Macht kamen, ist ein Erstarren der einheimischen Bourgeoisie in ökonomischen Positionen und auch im politischen Einflußbereich offensichtlich. Die Bereiche und Felder der Aktivität dieser Klasse in der nationalen Ökonomie sind von Land zu Land sehr verschieden, genau wie die Art und der Grad der Verbindung mit dem ausländischen Kapital. Nichtsdestoweniger ist die Handels- und Wucherbourgeoisie trotz der Existenz industrieller Kapitalisten und landwirtschaftlicher Unternehmer in einer Reihe von Ländern die bei weitem größte Gruppe des afrikanischen Kapitalismus. Die beherrschende Position des ausländischen Kapitals, die finanzielle Schwäche und andere Einschränkungen der einheimischen Bourgeoisie begrenzen die Aktivität dieser Klasse letztlich auf das Dienstleistungsgewerbe, Grundbesitz und Warenspekulation.

Die afrikanische Bourgeoisie ist bestrebt, ihre untergeordnete Stellung gegenüber den Monopolen, die eine Anzahl kapitalistischer Wirkungsbereiche beherrschen, zu verändern. Sie geht offen den Staat um Unterstützung an, um günstigere Bedingungen für ihre Expansion zu erlangen. Ihre verschiedenen Programme betonen in der einen oder anderen Form die Notwendigkeit, daß ihr solche Privilegien, die früher in der Kolonialzeit ausländischen Gesellschaften vorbehalten waren, übertragen werden, um ihr Zugang zu Import und Export zu gewähren, nationale Finanzinstitute einzurichten, die sie von diskriminierenden Beschränkungen befreien würden, die ihnen von den herrschenden aus-

ländischen Banken auferlegt wurden, einheimischen Kapitalisten mehr öffentliche Aufträge auf Vorzugsbasis zuzuweisen und ihnen mit Regierungshilfe Anteile an Gesellschaften ausländischen Ursprungs zu garantieren.

Diese Bestrebungen bringen die einheimische Bourgeoisie manchmal mit den Imperialisten in Konflikt. Revolutionäre Kräfte berücksichtigen nicht nur die existierenden oder wahrscheinlich aufkommenden Widersprüche zwischen der einheimischen Bourgeoisie und den ausländischen Monopolen, sondern auch bestimmte Bestrebungen in diesem oder jenem Bereich des einheimischen Kapitals während des Prozesses der nationaldemokratischen Revolution. Jedoch darf man nicht die Tatsache unterschätzen, daß das Wesen der Forderungen der afrikanischen Bourgeoisie geprägt ist durch eine tiefere Einbindung der afrikanischen Staaten in die unterdrückenden Strukturen des internationalen kapitalistischen Systems.

Einer der Brennpunkte der kapitalistischen Entwicklung im tropischen Afrika ist die Herausbildung einer bürokratischen Bourgeoisie, die im allgemeinen einsetzt bei den hoch- und mittelgestellten Beamten verschiedener Ebenen des Staatsapparats. In mehreren Ländern ist sie der führende soziale Motor der kapitalistischen Entwicklung. Während die bürokratische Bourgeoisie die ökonomischen und politischen Hebel des Staates in der Hand hat, betreibt sie in hohem Grade Kapitalakkumulation zum Nachteil der nationalen Interessen. Durch Praktizierung institutionalisierter Korruption und Vergeudung von Bodenschätzen und öffentlichem Eigentum vereinigt sie explizit Unterwerfung unter die Diktate der neokolonialistischen Politik des Imperialismus mit extensiver nationaler Demagogie. Die Kontrolle, die sie über den Staatsapparat ausübt, gibt dieser kleinen Gruppe machtvolle Mittel in die Hand, für ökonomische Schlüsselmechanismen die Entwicklung aller einheimischen Ausbeuterschichten einzusetzen. Die strategische Position der bürokratischen Bourgeoisie verbindet sie über diverse Interessen und Ränke mit all den Kräften, die an der Errichtung einer Gesellschaft interessiert sind, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basiert. Diese Schicht spielt eine sehr wichtige Rolle in den Beziehungen zwischen der einheimischen Bourgeoisie und dem Imperialismus, während sie zugleich eine regulierende Funktion zwischen den verschiedenen Gruppen der einheimischen Ausbeuter ausübt.

Die bürokratische Bourgeoisie stellt sogar in sozialistisch orientierten Ländern eine Gefahr dar. Daher ist es nur natürlich, daß die Kommunisten und fortschrittlichen Kräfte künftig ihren Kampf gegen die bürokratische Bourgeoisie intensivieren, die ein Vehikel neokolonialistischer Politik und ein Respräsentant der einheimischen Ausbeuter ist.

Die Streitkräfte spielen in Afrika eine aktive politische Rolle, was seinen Ausdruck in zahlreichen Staatsstreichern und der Errichtung von Militärregimes findet. Nach der Machtergreifung intensivieren sich die sozialpolitischen Widersprüche innerhalb der Streitkräfte sehr stark und die Armee, die nicht über dem Klassenkampf stehen kann, wird auf besondere Weise offen darin verwickelt.



Die Erfahrung zeigt, daß die Militärregimes in diesem Kampf unvermeidlich mit den zwei Hauptwegen der Entwicklung, dem kapitalistisch oder sozialistisch orientierten, konfrontiert werden. Folglich sind sie gezwungen, die Unterstützung der einen oder der anderen sozialen Kraft zu suchen. Einerseits werden einige Offiziere früher oder später vorwiegend zu Instrumenten der internationalen und einheimischen Ausbeuterklasse und benutzen die organisierte Stärke und Disziplin der Streitkräfte, um einen Schlag gegen die sich entwickelnden revolutionären Kräfte zu führen. Andererseits suchen demokratische Offiziere die Unterstützung des arbeitenden Volkes und nutzen die bewaffnete Macht im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung. Konfrontiert mit der Realität der nationaldemokratischen Revolution müssen diese demokratischen Offiziere im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften die militärischen, zivilen und staatlichen Strukturen demokratisieren, Vertrauen in die schöpferischen Energien der Massen setzen und ihnen eine echte Gelegenheit zur Teilnahme am revolutionären Prozeß geben.

Im Kampf für die Erfüllung der allgemeinen Aufgaben der nationalen Erhebung bilden sich zwei Koalitionen von Klassenkräften heraus. Die Basis der Koalition der antiimperialistischen, patriotischen und fortschrittlichen Kräfte bilden die Arbeiterklasse, die ausgebeutete Bauernschaft und andere Angehörige des werktätigen Volkes; die Mittelschichten und patriotischen Persönlichkeiten nehmen in dem Maß teil an dieser Koalition, wie sie gegenüber den Interessen der Massen und einer fortschrittlichen, unabhängigen Entwicklung loyal bleiben. Dieser Koalition steht der Block der privilegierten reaktionären Feudal- und Stammeskräfte, der Kompradoren- und Bürokratenbourgeoisie, der ausländischen Agenten des Imperialismus und all jener gegenüber, die ihre Länder auf den Weg der kapitalistischen Entwicklung bringen wollen. Die Lösung der anstehenden Aufgaben des sozialen und ökonomischen Fortschritts wird bestimmt sein durch das Ergebnis des Kampfes zwischen diesen unversöhnlichen gesellschaftlichen Kräften.

2. Die zwei Richtungen der gesellschaftlichen Entwicklung

In Afrika wirken zwei gegensätzliche Tendenzen gesellschaftlicher Entwicklung — die eine in Richtung Sozialismus, die andere in Richtung Kapitalismus. Die spezifisch afrikanische Umgebung hat jedem dieser beiden Trends ihren Stempel aufgedrückt.

Im vorkolonialen Afrika gab es keine kapitalistischen Beziehungen. In der Tat ist der Kapitalismus in Afrika ein Produkt und Erbe von Fremdherrschaft und Kolonialismus. Bis jetzt hat der Kapitalismus als gesellschaftliches System noch keine tiefen nationalen Wurzeln in den meisten afrikanischen Ländern. Die kapitalistische Orientierung einiger afrikanischer Staaten wurde geboren aus und aufrechterhalten durch die gemeinsamen Anstrengungen des internationalen Imperialismus und der proimperialistischen Kreise der lokalen Bourgeoisie und traditionellen Aristokratie. Die historische Perspektivlosigkeit des Kapitalismus in Afrika ist vorherbestimmt durch seine weltweite allgemeine Krise, die ihn unfähig macht, die lebenswichtigen Probleme der afrikanischen Staaten zu lösen. Selbstverständlich schließt das nicht die Möglichkeit und Nützlichkeit aus, zeitweise nationales und ausländisches Kapital — unter strenger staatlicher Kontrolle — zum Zwecke der Produktivkraftentwicklung zu nutzen. Unter den Bedingungen einer korrekten und in sich stimmigen nationalen Politik kann der staatskapitalistische Sektor sogar in kapitalistisch orientierten Ländern eine antiimperialistische Orientierung erhalten. In diesen Ländern ist es möglich — wenn auch in begrenztem Maße — unter dem Druck der Volksmassen fortschrittliche Maßnahmen und Reformen durchzusetzen.

Die kapitalistische Tendenz der Entwicklung ist besonders in Ländern wie Nigeria, der Elfenbeinküste, dem Senegal, Kenia, Zaire u. a. wirksam geworden. Die Stellung der ausländischen Monopole und multinationalen Konzerne ist beträchtlich stärker geworden und stellt eine ernsthafte Bedrohung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit der genannten Länder dar. Die fortschrittlichen Kräfte dieser Länder stehen vor der Aufgabe, eine breite antiimperialistische und antikoloniale Front aufzubauen. Die Hauptaufgaben dieser Front sind die Kämpfe für die Festigung der Unabhängigkeit, für die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten, für die Verteidigung und Befriedigung der dringenden Forderungen und Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung nach höherem Lebensstandard, dem Recht auf Bildung, Gesundheitsfürsorge, kulturelle Neubelebung und eine demokratische Agrarreform.

Besondere Bedingungen bildeten sich im nationalen und sozialen Befreiungskampf innerhalb der Republik Südafrika (RSA) heraus. Dort erlangten die kapitalistischen Bedingungen unbestritten die Vorherr-

schaft und haben monopolistischen Charakter angenommen. Die Vorherrschaft der in- und ausländischen, einschließlich der multinationalen Monopole verstärkt sich. Der südafrikanische Monopolkapitalismus, der das rassistisch-faschistische Regime stützt und sich auf es verläßt, hat gezeigt, daß er ein treuer Kumpan des internationalen, vor allem des US-amerikanischen Imperialismus ist, des geschworenen Feindes der Völker Südafrikas sowie ihr brutalster Ausbeuter.

Die Südafrikanische Kommunistische Partei charakterisiert Südafrikas sozialökonomisches System als „Kolonialismus besonderer Art“, wo die Kolonialisten und die kolonisierten Völker in den gleichen nationalen Grenzen leben. Rhodesien, Namibia und die RSA sind Beispiele für Länder, in welchen der Kapitalismus den Rassismus als Begründung kolonialer Willkürherrschaft und nationaler Unterdrückung der schlimmsten Art institutionalisiert hat.

Heute, da die Massenaktionen gegen das reaktionäre und unmenschliche Apartheidsystem in Südafrika ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht haben, da der bewaffnete Kampf in Zimbabwe und Namibia zu einer Sturmflut anwächst, fordern die Kommunisten ein sofortiges Ende der schändlichen Rassistenregimes von Vorster und Smith. Mit imperialistischen Intrigen werden die verschiedenen Varianten einer „Lösung“ der Probleme des Südens entworfen, um den Befreiungskampf zu schwächen und die rassistische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Repressionen und Massaker durch die Rassisten können weder den Befreiungskampf aufhalten noch den Willen der Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit brechen.

In der RSA wächst die Einheit der afrikanischen Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der landlosen Arbeitslosen in immer stärkerem Maße. Die südafrikanische Arbeiterklasse, die zunehmend in großen Bergbau-, Industrie- und Fabrikunternehmen konzentriert ist, ist die führende Kraft nicht nur in den lebenswichtigen Sphären der Produktion, sondern auch im Befreiungskampf. Kürzlich erst hat sie wiederholt politische Generalstreiks initiiert und damit überzeugend ihre Fähigkeit demonstriert, den revolutionären Kampf anzuführen und ihn zu seiner siegreichen Vollendung zu bringen. In vielen ländlichen Bereichen haben die Menschen ebenfalls an zahlreichen militanten Kämpfen teilgenommen. Es ist auch im langfristigen Interesse der nichtausbeutenden Abteilungen der weißen Bevölkerung, am antirassistischen und antifaschistischen Kampf teilzunehmen.

Der Hauptinhalt des Kampfes im gegenwärtigen Stadium ist die nationale Befreiung des afrikanischen Volkes — eines Kampfes, der von einer revolutionären Allianz unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses geleitet wird, und der die Südafrikanische Kommunistische Partei einschließt. Zugleich ist der nationale Befreiungskampf in der Republik Südafrika unausweichlich und untrennbar verbunden mit dem Kampf zur Abschaffung von Kapitalismus, Rassismus und allen Formen der Ausbeutung. Das und die Tatsache, daß die südafrikanische Arbeiterklasse ihre eigene Partei hat, kann die objektiven materiellen Voraussetzungen für den beschleunigten Übergang zum Sozialismus schaffen.

Ausweg sozialistischer Orientierung

Für die große Mehrheit der afrikanischen Staaten jedoch, deren soziale Entwicklung durch den Kolonialismus aufgehalten worden ist, ist es nicht möglich, einen direkten Übergang von vorkapitalistischen zu sozialistischen Beziehungen zu bewerkstelligen. Bevor sie mit dem sozialistischen Aufbau beginnen können, müssen sie eine Abfolge von Zwischenstufen, eine mehr oder weniger lange Periode des Übergangs bewältigen. Während dieser Übergangsperiode tritt die spontane Entwicklung zurück hinter eine planvolle, bewußte Politik, die den vitalen Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft sowie der patriotischen Intelligenz — der breitesten nationaldemokratischen Schichten — entspricht. Eine Reihe von Ländern im tropischen und südlichen Afrika haben in letzter Zeit den Weg der sozialistischen Orientierung gewählt. Allein während der ersten Hälfte der 70er Jahre sind Madagaskar, Benin, Äthiopien, Angola, Moçambique und einige andere zur Zahl dieser Länder hinzugekommen — und ihre Zahl wächst weiter.

Die revolutionärdemokratischen Regierungen der Länder mit sozialistischer Orientierung müssen ein großes Spektrum von antiimperialistischen, antifeudalen und antikapitalistischen Reformen durchsetzen, den Fortschritt in der allgemeinen Richtung auf den Sozialismus absichern, sowie die politischen, materiellen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für den Übergang zum unmittelbaren sozialistischen Aufbau schaffen. Im Gegensatz zu den bürgerlichen neokolonialistischen Regimes in kapitalistisch orientierten Ländern Afrikas, die gewöhnlich bei unpopulären Maßnahmen Zuflucht suchen oder bestenfalls reformistische Rezepte anwenden, gebrauchen die Revolutionärdemokraten

revolutionäre Methoden mit Unterstützung der Massen gegen den Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen und -schichten. Aufgrund ihrer heterogenen sozialen Basis, des ideologischen und politischen Kampfes, der innerhalb ihrer Reihen wogt, und äußerer reaktionärer Pressionen sind die Revolutionärdemokraten den Schwankungen zwischen zwei antagonistischen Orientierungen — der einen auf den Sozialismus, der anderen auf den Kapitalismus — ausgesetzt. Folglich ist die Möglichkeit, daß manche Revolutionärdemokraten ihre fortschrittliche Politik aufgeben könnten, sehr real. Je konsequenter sie den Kampf gegen Imperialismus und einheimische Reaktion führen, für sozialen Fortschritt eintreten, sich immer näher auf die Ideologie des wissenschaftlichen Sozialismus zubewegen und ihr Vertrauen in die Arbeiterklasse und arme Bauernschaft setzen, desto größer wird ihre Rolle als eine bedeutende politische Kraft im heutigen Afrika sein.

Die Reifung der externen und internen Faktoren, die den Übergang zur sozialistischen Orientierung absichern, hat in den letzten Jahren in vielen afrikanischen Ländern größere Fortschritte gemacht. Sozialistische Ideale werden zu einem realistischen Ziel einer wachsenden Anzahl afrikanischer Nationen. Dieser Prozeß wird weiter an Kraft gewinnen, da er sich in Übereinstimmung mit dem Charakter und Ausmaß der Weltbefreiungsbewegung unserer Epoche, mit dem wachsenden Einfluß des Weltsozialismus sowie der internationalen Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung befindet.

Wie die Erfahrung der Länder zeigt, die sie praktisch anwenden, beinhaltet sozialistische Orientierung die Befolgung folgender Grundsätze:

1. Überwindung des neokolonialistischen Regimes der Ausbeuter und Errichtung eines revolutionärdemokratischen Staates mit antiimperialistischer und antikapitalistischer Orientierung;
2. Beseitigung der politischen Herrschaft des Imperialismus, Eindämmung und schließliche Abschaffung seiner ökonomischen Herrschaft, Durchführung einer angemessenen Politik der Nationalisierung des ausländischen Kapitals, der staatlichen Kontrolle seiner Aktivitäten und seiner schrittweisen Zurückdrängung aus der nationalen Wirtschaft;
3. Beseitigung feudaler Ausbeutung und Inangsetzung einer fortschrittlichen Agrarpolitik;
4. Eindämmung und Kontrolle des privatkapitalistischen Sektors;
5. Aufbau eines staatlichen Sektors und einer Genossenschaftsbewegung sowie Schaffung von Voraussetzungen ihres erfolgreichen Wirkens in Industrie und Landwirtschaft;
6. Kampf gegen die Ideologie der Ausbeuter, welcher die Bekämpfung aller Ausdrucksformen des Antikommunismus und die Festigung der Ideale des wissenschaftlichen Sozialismus beinhaltet;
7. Durchführung von allgemeindemokratischen Reformen unter aktiver Beteiligung der arbeitenden Massen auf allen Ebenen des Entscheidungsprozesses, Beschleunigung des sozialen und kulturellen Fortschritts;
8. eine fortschrittliche Außenpolitik sowie größtmögliche Unterstützung des Kampfes für Unabhängigkeit, Sicherheit und die Freiheit der Nationen, für Frieden und Entspannung, für das Bündnis mit der sozialistischen Welt, und
9. Schaffung von Voraussetzungen des sozialistischen Aufbaus.

Komplexität des Kampfes gegen den Neokolonialismus

Das Leben selbst zeigt, daß diese Zielsetzungen nicht in jedem einzelnen Fall auf eine vollkommene und widerspruchsfreie Weise erreicht werden können. Dies ist gerade deshalb so, weil diese Länder im Umfeld der kapitalistischen Welt verbleiben. Indem er die ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten des kapitalistischen Weltmarktes und neue Instrumentarien wie das Abkommen von Lomé usw. ausnutzt, besitzt der Imperialismus machtvolle Mittel, um die Politik einer tatsächlichen ökonomischen Unabhängigkeit unterminieren zu können.

Angesichts der großen Hindernisse, die durch den Imperialismus aufgetürmt werden, verlangt die Bewahrung der sozialistischen Orientierung zuallererst, daß sich die fortschrittlichen Kräfte und breiten Volksmassen nicht nur der Komplexität ihres langen Kampfes, sondern auch der Möglichkeiten, die sich bieten, um ihn zu gewinnen, bewußt sein sollten.

Die oben genannten Maßnahmen haben nicht nur einen antiimperialistischen, sondern auch einen antikapitalistischen und vorsozialistischen Charakter. Unausweichlich bilden sie den Kern des Klassenkampfes zwischen den reaktionären Kräften, die den Neokolonialismus und den kapitalistischen Entwicklungsweg befürworten, und den fortschrittlichen Kräften, die für wahre nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen. Indem konsequent all diese Umwälzungen durchgesetzt werden, ergibt sich in den afrikanischen Ländern die Möglich-

keit eines beschleunigten Fortschritts.

Die Kommunisten treten mit all ihren Kräften für die Durchführung der erwähnten Maßnahmen als einer unerläßlichen Stufe auf dem Weg in eine sozialistische Zukunft ein. Sie teilen die Ziele mit den revolutionärdemokratischen Kräften, die sie als ihre Kampfgefährten betrachten. Die Erfahrung zeigt, daß diese Maßnahmen nur im Verlauf heftiger Klassenauseinandersetzungen verwirklicht werden können, und daß sie nach einem festen Bündnis aller patriotischen, demokratischen und sozialistisch orientierten Kräfte verlangen.

Die Knappheit materieller Ressourcen und von Fachpersonal, das bittere Erbe einer langen kolonialistischen Herrschaft, der Druck imperialistischer Kräfte von außen sowie der Widerstand, der von einheimischen Reaktionen geleistet wird, schaffen natürlich viele Schwierigkeiten und Hindernisse für Länder mit sozialistischer Orientierung.

In einigen dieser Länder sind Unterschlagung, Korruption, Mißwirtschaft und Geldgier weit verbreitet und es gibt es gefährliche Tendenz zur Bildung einer antinationalen Parasitenschicht der bürokratischen Bourgeoisie und zur Wiederbelebung tribalistischer und anderer negativer Traditionen, die aus der kolonialen Vergangenheit ererbt worden sind. Viele dieser Erscheinungen entspringen den Überbleibseln der Ära der Fremdherrschaft, andere der fortdauernden Abhängigkeit dieser Länder vom kapitalistischen Weltmarkt, der politischen Instabilität von Entwicklungsländern, den unaufhörlichen Intrigen des Imperialismus und der einheimischen Reaktion sowie der subversiven Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste. Wieder andere sind der Hast bei der Durchführung unvorbereiteter oder schlecht vorbereiteter sozialökonomischer Reformen, die zu einer ungerechtfertigten Verschlechterung der Lage des arbeitenden Volkes führt, geschuldet.

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: The African Communist, London, Nr. 75/1978, S. 5—33)

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zu dem demnächst bei der ISSA erscheinenden Buch 'DM-Investitionen in Südafrika'

"Ihre Organisation verdient es wirklich zu der exzellenten Zusammenstellung beglückwünscht zu werden und wir haben keinen Zweifel, daß dieses Buch ein weiterer hervorragender Beitrag in den weltweiten Bemühungen zur Beseitigung der Apartheid darstellen wird."

DM-Investitionen in Südafrika



DM-INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA, hrsg. von W. Geisler und G. Wellmer, ISSA Wissenschaftliche Reihe 10, Bonn, Dezember 1978, 32 Fotos, rd. 168 Seiten, Preis: DM 14.-

INFORMATIONSTELLE SÜDLICHES AFRIKA
BLÜCHERSTR. 14 5300 BONN

Iván Ljubetić

Grenzkonflikt am Beagle-Kanal



In den letzten Monaten haben uns wichtige Nachrichten aus Chile erreicht: große Massenaktionen der Arbeiter, Repressionen gegen die Gewerkschaftsbewegung, die Entdeckung von Massengräbern der Geheimpolizei DINA-CNI, mutige Kämpfe der Angehörigen der Verschwundenen, der Einsatz der Katholischen Kirche zur Verteidigung der Menschenrechte, der Beginn des öffentlichen Prozesses in Washington gegen die Mörder von Orlando Letelier . . . Darüber hinaus wird ausführlich über den Grenzkonflikt am Beagle-Kanal informiert. Er ist zweifellos nicht das wichtigste Problem, jedoch sowohl von den gegenwärtigen Regierungen Chiles und Argentiniens als auch von gewissen ausländischen Massenmedien in den Vordergrund gerückt worden, um von den anderen Problemen abzulenken.

Konflikt zwischen Faschisten und Gorillas

Zu den Merkmalen der Geschichte Lateinamerikas gehören die ständigen Grenzkonflikte, von denen einige zu blutigen Kriegen geführt haben. Ihre Ursache liegt in den unklaren Grenzen der Länder, die zum spanischen Kolonialbereich gehörten, was nach ihrer Unabhängigkeit zu zahlreichen Problemen und Auseinandersetzungen führte. Die gemeinsame Grenze zwischen Chile und Argentinien beträgt über 5000 km und es ist nicht leicht gewesen, die Schwierigkeiten für ihre endgültige Festlegung zu überwinden. Bereits 1829 unterzeichneten beide Länder das erste Grenzabkommen, dem viele andere folgten.

Als im November 1970 Salvador Allende in Chile die Regierungsgewalt übernahm, existierte immer noch der Grenzkonflikt am Beagle-Kanal, im Südzipfel Amerikas. Einer der Erfolge der Außenpolitik der Volksregierung lag gerade darin, zu einer Verständigung mit der von General Alejandro Lanusse angeführten argentinischen Regierung gekommen zu sein. Am 22. Juli 1971 verpflichteten sich beide Regierungen dazu, sich dem Schiedsspruch der Königin von England zu unterwerfen, die zwei Tage später ihr Einverständnis dazu gab.

Dieser wichtige Schritt, um dem alten Konflikt mit Argentinien eine friedliche Lösung zu geben, war das Ergebnis der patriotischen und konsequenten Außenpolitik der Volksregierung Chiles. Gleichzeitig kam darin die große Achtung zum Ausdruck, die Chile in Lateinamerika und in der ganzen Welt entgegengebracht wurde. Diese Lage änderte sich mit dem Putsch vom 11. September 1973.

Es ist falsch, von einem chilenisch-argentinischen Konflikt zu sprechen. Die Völker beider Länder haben nichts mit den Provokationen und der Kriegstreiberei ihrer Regierungen zu tun: einer faschistischen Diktatur, der Pinochets, und einer Gorilla-Diktatur (militärisch reaktionär) mit starkem Einfluß der Faschisten, der Videlas.

Am 18. April 1977 fällte die britische Krone den Schiedsspruch: sie erklärte die drei Inseln am Südausgang des Beagle-Kanals als chilenisches Territorium, sprach die Hälfte des Kanals Argentinien zu, ebenso wie die Inseln nördlich des Kanals, während die Inseln südlich des Kanals Chiles zugesprochen wurden. Am 2. Mai 1977 wurden in beiden Ländern diesbezügliche Kommuniqués bekanntgegeben, in denen festgehalten wurde, daß der Schiedsspruch ab 2. Februar 1978 rechtskräftig werden sollte. Pinochet bezog eine expansionistische Haltung und erhob neben den Chile zugeteilten Inseln auch Anspruch auf die sie umgebenden Gewässer und auf antarktisches Territorium. Die argentinische Regierung lehnte ihrerseits den Schiedsspruch, dem sich vorausgegangene Regierungen freiwillig unterworfen hatten, insgesamt ab.

Es folgten Gespräche und Verhandlungen, bei denen die Lage nur noch verworrener wurde. Am 20. Februar 1978 kamen Videla und Pinochet im Militärstützpunkt El Tepual bei Puerto Montt (Chile) zusammen, wo sie die Akte von Tepual unterzeichneten. Pinochet, der anfangs weder bereit war, über seinen eigenen erweiterten Anspruch noch über den Schiedsspruch zu verhandeln, änderte seine Haltung und erklärte sich bereit, sogar den zugunsten Chiles gefällten Schiedsspruch neuen Verhandlungen zu unterwerfen.

In Puerto Montt wurde beschlossen, daß vom 1. März bis 13. April 1978 die Kommission 1 arbeiten sollte, deren Aufgabe es war, „die Bedingungen für einen guten Verlauf des Dialogs zu schaffen“. Ab 22. Mai begann dann die Kommission 2 ihre Arbeit, die „auf direktem Wege den Grenzkonflikt zwischen beiden Ländern lösen sollte“.

Kriegshysterie — Mittel gegen innere Isolierung

Gleichzeitig mit dem Verlauf der direkten Verhandlungen wurde in beiden Ländern eine Kriegshysterie geschürt. Presseartikel, Regierungserklärungen und militärische Manöver heizten die Stimmung immer mehr an. Am 2. November wurde die Arbeit der Kommission 2 eingestellt. Am 12. Dezember führen die Außenminister beider Länder eine Unterredung, die für gescheitert erklärt wurde. Die Kriegsgefahr erreichte ihren Höhepunkt. Truppen wurden mobilisiert. Die Sicherheitsdienste der USA deckten einen argentinischen Plan auf, der vorsah, einige chilenische Inseln im Atlantik zu besetzen.

Was steckt hinter der wechselnden und provozierenden Haltung Pinochets? Was veranlaßte die argentinische Diktatur dazu, den Schiedsspruch abzulehnen?

In einem Leitartikel der chilenischen katholischen Zeitschrift Mensaje, der dem Grenzkonflikt am Beagle gewidmet ist, heißt es: „Die Geschichte zeigt uns tragische Beispiele von Regieren-

den, die die Leidenschaft ihrer Völker angesichts unexistenter ausländischer Aggressionen bis zum Wahnsinn geschürt haben, mit dem einzigen Ziel, sich an der Macht zu halten und das Land um ihre eigenen persönlichen Interessen zu einigen.“¹ Es ist kein Zufall, daß der Konflikt zu einem Zeitpunkt geschürt wurde, wo sowohl die chilenische als auch die argentinische Diktatur sich in einer schwierigen Lage befinden: Sie werden wegen ihrer volksfeindlichen Politik, der Wirtschaftskrise, in die sie ihre Länder stürzten und der Repression vom Volk allgemein abgelehnt.

Es ist klar, daß eine unmittelbare Kriegsgefahr die reaktionärsten Schichten beider Länder begünstigt. Diesbezüglich hieß es in einer Erklärung, die die Kommunistische Partei Chiles Ende Oktober 1978 herausgab: „Pinochet versucht sein faschistisches Regime durch Chauvinismus zu festigen, indem er so die Kontrolle über die Streitkräfte sichert und die innere Isolierung durchbricht. Der gleiche Vorwand dient ihm, um die Verewigung seines persönlichen Regimes, die Aufrechterhaltung der Repression und der zahlreichen Einschränkungen der persönlichen und bürgerlichen Freiheiten sowie der gewerkschaftlichen Rechte und der Gedankenfreiheit zu rechtfertigen“.

Pinochets Kriegstreiberei wird von den Faschisten und der Finanzoligarchie unterstützt, den einzigen Kräften, die noch hinter der Diktatur stehen. Die reaktionäre Presse, insbesondere El Mercurio, haben Chauvinismus und Kriegsstimmung noch angeheizt, um u. a. die Nutzlosigkeit direkter Verhandlungen zu beweisen.



Am Beagle patrouillierende argentinische Kriegsschiffe

Am 31. 11. 1978 schrieb El Mercurio: „Chile hat in der Vergangenheit 1 264 000 qkm an Argentinien verloren, als Folge von Schiedssprüchen, Verhandlungen oder einfacher Besetzung“. Pinochet ist es durch solche Kampagnen gelungen, die Isolierung, in der er sich befand, teilweise zu durchbrechen. So beschworen Ende 1978 Eduardo Frei, Führer des rechten Flügels der Christdemokratischen Partei und auch der abservierte Junta-General (i. R.) Gustavo Leigh, die Einheit „unserer Heimat“ im nationalen „Interessen-“ bzw. „Verteidigungs“-kampf.²

Aber das chilenische Volk konnte der Tyrann nicht irreführen. Der Widerstandskampf kam in keiner Phase zum Erliegen.

Warum wies die argentinische Regierung den Schiedsspruch zurück? Weil sie die schwache Stellung Chiles zu ihren Gunsten ausnutzen wollte.

Auf die Frage: „Warum, glauben Sie, wagte es Argentinien jetzt eine so bedrohliche und aggressive Haltung einzunehmen?“ antwortete der Faschist Gustavo Leigh in einem Interview: „Weil Chile heute, auch wenn es einigen nicht gefällt, auf internationaler Ebene eine sehr schwache Stellung hat, die auf die Gründe, die wir kennen, zurückzuführen ist: die Menschenrechte, der Fall Letelier, die Abstimmungen in den Vereinten Nationen. Die beiden Faktoren, die gegenwärtig am meisten die nationale Sicherheit beeinträchtigen, sind der internationale

Mißkredit und die fehlende innere politische Kohäsion. Das nutzen einige Stärkere aus, um Druck auszuüben“.³

Die argentinische Diktatur hat die gespannte Lage benutzt, um die Repression gegen das eigene Volk zu verstärken. Eine in Buenos Aires am 15. 12. 1978 aufgegebene Meldung der spanischen Presseagentur EFE informierte, ein Sprecher des Innenministeriums habe erklärt, daß „die argentinische Regierung keinerlei Kraftaktionen dulden würde, zu einem Zeitpunkt an dem die Regierung und das Volk im Konflikt mit Chile Stärke und Vernunft beweisen“. Die gleiche Meldung fügte hinzu, daß „die Kraftaktionen, auf die sich der Sprecher bezog, der Streit ist, den die Arbeiter der Bahnwerkstätte im Ort Pérez, bei Rosario, begannen, da sie die vom Unternehmen angebotenen Löhne für zu niedrig halten“.

Im Grenzkonflikt am Beagle, wie bei jedem Zusammenstoß lateinamerikanischer Länder, hat der Imperialismus, besonders der US-amerikanische, die Hände im Spiel. Er hat stets versucht, für sich den maximalen Gewinn herauszuschlagen; zum einen durch den Waffenhandel. In einer im Oktober 1978 herausgegebenen Erklärung der Kommunistischen Partei Chiles heißt es dazu: „Es sind besonders die waffenproduzierenden US-Konzerne, die die Kriegsangst schüren und den Weg militärischer Auseinandersetzungen begünstigen und weiterhin ungeachtet der vom US-Kongreß beschlossenen Verbote und Einschränkungen die Diktatur mit Waffen versorgen. Im gleichen Sinn handeln die kriegstreibenden Kreise der NATO.“⁴ Die wichtigsten Waffenlieferanten für Lateinamerika waren 1977: USA 29%, Großbritannien 24%, Frankreich 19%, BRD 12%.⁵

Die Militärausgaben von Argentinien und Chile in den letzten Jahren beliefen sich in Mio Dollar (Wert 1973) auf⁶:

Jahr	Argentinien	Chile
1974	689	590
1975	1 135	409
1976	1 010	912
1977	1 145	882
1978	2 500	1 200

Dabei ist zu beobachten, daß sich die Art der gekauften Waffen in den letzten Jahren gewandelt hat. Während bis 1976 beide Länder vornehmlich Waffen für den sog. antisubversiven Kampf kauften, d. h. um sie gegen das eigene Volk einzusetzen, handelte es sich ab 1977 und besonders 1978 hauptsächlich um schweres Kriegsmaterial. So informierte am 6. 11. 1978 El Mercurio über einen Spiegel-Bericht, daß „Mitte Oktober der argentinische Admiral Emilio Massera die BRD besuchte, um den Kauf von 6 Unterseebooten und anderen Kriegsschiffen im Wert von 2 200 Mio Dollar zu konkretisieren“. Mit anderen Worten, für die imperialistischen Konzerne sind die reaktionären Diktaturen immer ein gutes Geschäft.

Der Ausbruch eines Krieges böte den multinationalen Konzernen außerdem die Möglichkeit, sich neue Reichtumsquellen anzueignen, wie es in der Vergangenheit nicht selten geschehen ist. Im Salpeterkrieg (1879—1883) zwischen Chile einerseits und Bolivien und Peru andererseits, ging das Salpeter, die Ursache für den Krieg, der die drei Länder 25 000 Menschenleben kostete, in die Hände eines englischen Unternehmens über. Nach dem Chaco-Krieg (1932—1935) zwischen Paraguay und Bolivien hat ein multinationaler Konzern die Kontrolle über das im umstrittenen Gebiet befindliche Erdöl übernommen.

Andererseits aber befürchtet die US-Regierung eine Gefährdung ihrer strategischen Interessen⁷ in Südamerika durch den Grenzkonflikt am Beagle. Daher die Intervention der Regierung Carter, um den Ausbruch eines Krieges zwischen Chile und Argentinien zu verhindern.

Das State Department und der CIA sind nicht ohne Grund bezüglich ihres „Hinterhofes“ beunruhigt. Die 1973 angebrochene dunkle Periode, in der es dem Imperialismus gelang, reaktionäre Diktaturen in ganz Lateinamerika — mit wenigen Ausnah-

Gemeinsame Erklärung der KP Argentiniens und Chiles

Seit einigen Monaten ist die traditionelle Freundschaft zwischen Argentinien und Chile durch den Rechtsstreit über den Beagle-Kanal schwerwiegend belastet. Die Verhandlung ist das Normale und Günstige. Das Unnormale und Gefährliche ist, daß in den letzten Wochen die Kriegsvorbereitungen und die psychologische Propaganda von chauvinistischen Kreisen diesseits und jenseits der Kordilleren intensiviert wurden und daß diese Kreise den Beweis bringen wollen, es gäbe keine andere Lösung als den Krieg, um den Konflikt beizulegen. (...)

Wir sind der Meinung, daß man die Lösung nur auf dem Weg der Freundschaft suchen muß, auch wenn dieser schwierig gangbar sein sollte. Die Welt- und die lateinamerikanische Geschichte zeigen uns die unheilbringenden Folgen, die die Kriege den Völkern gebracht haben. Ein bewaffneter Konflikt würde die Volkswirtschaft beider Länder auf eine gefährliche Art und Weise beeinträchtigen und die Herausbildung einer wahren Demokratie verzögern oder erschweren, beide Länder befinden sich unter verschiedenen und schweren Bedingungen im Kampf. Ein bewaffneter Konflikt würde von den britischen und hauptsächlich den US-Monopolen ausgenutzt werden, da sie es auf das Öl der südlichen Meere, den Fischreichtum und auf den Zugang zu den Ozeanen in der Antarktis, die große strategische Bedeutung besitzen, abgesehen haben.

Infolgedessen bitten wir dringend, nicht zu vergessen, daß der hauptsächlichste Feind Chiles und Argentiniens der Imperialismus ist. Für die Monopole ist jeder bewaffnete Konflikt ein gutes Geschäft, während er für die Völker Blutvergießen, Elend, Zerstörung und endlose Schmerzen bedeutet. Unserer Meinung nach ist die Lösung der friedliche Weg, auch wenn er schwierig und langwierig sein sollte, der von dem Geist der Charta der Vereinten Nationen und von den Resolutionen von Helsinki aufgezeigt wird. Es ist die einzig besonnene Lösung, die die Interessen beider Völker berücksichtigt.

Wenn die fortschrittliche Menschheit wachsam ist und in Bewegung bleibt, kann sie die Bemühungen der kriegstreibenden Kräfte bremsen, die neue Kriegsschauplätze zu öffnen versuchen, und kann sie die friedliche Koexistenz zwischen den Nationen und Völkern festigen. Wir rufen unsere Landsleute dazu auf, die Brüderlichkeit zu erhalten und zu entwickeln, die uns seit den Anfängen unserer Nationen vereinigt und die friedliche Lösung dieser Grenzausinandersetzungen um den Beagle-Kanal zu suchen ohne sich gegenseitig zu schaden.

men wie Venezuela, Kolumbien oder in gewisser Weise Peru — zu installieren, wird langsam überwunden. Eine ganze Reihe von Ereignissen machen den Aufschwung der demokratischen Kräfte deutlich. Die Entwicklung des Widerstandes in Chile 1978 bekräftigte diese Tendenz.

Unter diesen Bedingungen könnte ein Krieg, der die Probleme in den betroffenen Ländern zuspitzen würde, den Sturz der Diktaturen und die Etablierung demokratischer Regierungen beschleunigen. Damit würden die Interessen der USA in diesem Gebiet gefährdet. Aus diesem Grund und nicht aufgrund demagogisch vorgegebener hoher Ideale haben sich die USA für eine friedliche Lösung des Grenzkonflikts am Beagle eingesetzt.

Es genügt ein Ruck am Faden der Marionetten, damit diese, die sich manchmal über das Drehbuch hinwegsetzen wollen, ihre Haltung änderten. Eine in Santiago am 18. 12. 1978 herausgegebene Meldung der Presseagentur EFE informierte, daß „die Intervention der USA bei den Regierungen Chiles und Argentiniens, die Kriegsstimmung und die durch den Grenzkonflikt entstandene Spannung mildern konnte“.

Doch die Völker lassen sich durch die demagogischen Manöver Carters nicht irreführen. In einer gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Chiles und Argentiniens, die ihre Generalsekretäre Luis Corvalan und Gerónimo Arnedo unterzeichneten, wird unterstrichen, daß „der Hauptfeind Chiles und Argentiniens der Imperialismus ist“.

Der Kriegstreiberei der Diktaturen treten die Völker mit Entschiedenheit entgegen. Breite Kreise wurden für den Frieden mobil. Die Bischöfe beider Länder, verschiedene kulturelle Organisationen, Gewerkschaftsführer, die Kommunistischen Parteien, gaben diesbezügliche Erklärungen ab; junge chilenische und argentinische Christen trafen sich an der Grenze, um gemeinsam Frieden zu fordern.

Im Dezember 1978 gaben außerdem die Kommunistischen Parteien der Anliegerstaaten Chile, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Peru, Bolivien und Paraguay eine Erklärung heraus, in der sie hervorhoben, daß „der Einsatz für den Frieden eng verbunden ist mit dem Kampf um die Demokratie, den sozialen Fortschritt und die Souveränität unserer Länder“. Gleichzeitig wiesen sie darauf hin, daß „die Kriegsgefahr nicht nur die Völker Chiles und Argentiniens bedroht, sondern sich auf alle Länder Südamerikas ausdehnen kann“.

Gefahr eines Flächenbrandes

Besonders die reaktionärsten Kreise in Bolivien, Brasilien und Peru würden im Falle eines Krieges zwischen Chile und Argentinien die Gelegenheit wahrnehmen, um auch einzugreifen.

Am 25. 10. 1978 führten Präsident Videla und der damalige bolivianische Präsident Pereda in einem Grenzort eine Unterredung. Pereda gab zu, bei dieser Gelegenheit „Probleme beider Länder mit Chile“ behandelt zu haben.⁸ Am 27. 12. 1978 verwies die peruanische Regierung vier chilenische Diplomaten aus dem Land, da sie „direkt in Spionagetätigkeiten verwickelt waren“.⁹ Gleichzeitig erklärte ein Regierungssprecher in Lima, daß Peru seine Militärmanöver fortsetzen würde, solange der Konflikt zwischen Chile und Argentinien andauert.

Mitte Januar wurde dann der Botschafter der Junta in Lima zur „persona non grata“ erklärt und auch aus dem Lande verwiesen. Auf der anderen Seite hat die reaktionäre Presse in Brasilien — wie eine in Brasilien am 27. 12. 1978 aufgegebene Meldung von Prensa Latina besagt — die Weihnachtsbotschaft von Präsident Videla hart kritisiert und die Haltung der argentinischen Regierung bezüglich des Beagle-Konfliktes verurteilt.

Mit der Intervention des Papstes Johannes Paul III., der den italienischen Kardinal Antonio Samoré als Schlichter entsandte, trat der Konflikt am Beagle in eine neue Etappe. Samoré begann seine Tätigkeit am 26. 12. 1978, erreichte jedoch erst am 8. 1. 1979 die ersten positiven Ergebnisse. An diesem Tag unterzeichneten die Außenminister Chiles und Argentiniens im Beisein von Samoré zwei Dokumente. Das erste enthält ein formales Gesuch an den Papst, die Schlichtung im Grenzkonflikt am Beagle zu übernehmen und im zweiten verpflichten sich beide Länder dazu „im Verhältnis miteinander keine Gewalt einzusetzen“.¹⁰

Einmal mehr wurden die Lügen und die Demagogie beider Diktaturen deutlich. Obgleich sie sich wiederholt für den Frieden ausgesprochen hatten, brauchten sie 13 Tage, um ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie sich dazu verpflichten, ihre Probleme auf friedlichem Wege zu lösen.

Die Gefahr eines Krieges ist nicht vorüber. Sie wird so lange weiterbestehen, wie Faschisten und Gorillas die Regierungen von Chile und Argentinien kontrollieren. Nur die Etablierung demokratischer Regierungen in beiden Ländern kann die Lösung aller Probleme, einschließlich der Grenzkonflikte, einleiten. Für Chile führt der Weg zu Frieden, Demokratie und Fortschritt notwendigerweise über den Sturz der Diktatur Pinochets.

Anmerkungen:

- 1) Mensaje, Santiago, Nr. 231/August 1978, S. 437 f.
- 2) La Tercera, Santiago, 28. 12. 1978 und Hoy, Santiago, Nr. 85, 10.—16. 1. 1979, S. 15
- 3) Ebenda
- 4) Kommunistische Partei Chiles, Die Stimme und die Interessen der Völker Chiles und Argentiniens müssen den Vorrang haben, Oktober 1978
- 5) Weltrüstung und Abrüstung, Jahrbuch 1978 von SIPRI, Internationales Institut für Friedensforschung, Stockholm, S. 232. Zit. nach Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1979
- 6) Ebenda und Stern, 27. 12. 1978
- 7) Vgl. Hoy, Nr. 85, 10.—16. 1. 1979, S. 9
- 8) Hoy, Nr. 75, 1.—7.11.1978, S. 11
- 9) AFP-Meldung, Lima, 27. 12. 1978
- 10) Hoy, Nr. 85, 10.—16. 1. 1979, S. 8

René Lechleiter

Machtantritt der Christlichsozialen

Am 12. März dieses Jahres wird im Rennomierviertel Miraflores in Caracas ein neuer Mann in den Präsidentenpalast einziehen: Luis Herrera Campins. Er hat an der Spitze der Christlichsozialen Partei COPEI im Dezember 1978 mit rund 47 % der abgegebenen Stimmen die Präsidentschaftswahlen gewonnen. Der Kandidat der bisherigen Regierungspartei Demokratische Aktion, Luis Pinerúa Ordaz, vereinigte etwas über 43 % der Stimmen auf sich. Der Frage, was dieser Regierungswechsel in Venezuela auf sich hat, geht der Beitrag von René Lechleiter nach. Der Autor, Züricher Architekt und seit 1974 Redakteur des Organs der Partei der Arbeit der Schweiz, Vorwärts, lernte während eines Lateinamerikaaufenthaltes 1971—73 Mexiko und alle Länder Südamerikas kennen. Einem erneuten Aufenthalt in Südamerika und der Karibik im letzten Quartal 1978 entsprang dieser Beitrag, der die für das AIB überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Venezuela-Reports im Vorwärts ist.

Erdöl — das ist nach dem Namen Simon Bolivars das bekannteste Stichwort zu Venezuela. Einst Ausgangspunkt der Unabhängigkeitsbewegung von Spanien, heute einer der wichtigsten Erdöllieferanten der USA. Dazwischen liegen einige Jahrzehnte des Kaffee- und Kakaoanbaus (für Europa).

Was die Spanier hier vergeblich suchten, haben die Amerikaner gefunden: Gold. Allerdings in etwas anderer Form, es ist „schwarzes Gold“. Seit dem Zeitpunkt, da in Rußland die Arbeiter und Bauern eine epochemachende Revolution durchführten, wird in Venezuela Erdöl gewonnen. Heute ist es der fünftgrößte Erdölförderer der Welt, in punkto Erdöllexport liegt es gar an dritter Stelle.

Ein Erdöl- und Agrarstaat

Schenkt man den Zahlen Glauben, so hat Venezuela vom Abbau dieses für die kapitalistische Welt so wichtigen Rohstoffes nicht schlecht profitiert. Es hat, bei 13 Mio Einwohner, die absolut höchsten Exporteinkünfte aller lateinamerikanischen Länder (selbst Brasilien mit über 100 Mio Einwohnern exportiert weniger). Das Volumen des Staatshaushaltes hat sich seit der Zeit der ersten Bohrlöcher ver Hundertfacht. Durch die Preispolitik der OPEC-Länder (zu denen Venezuela gehört) verdreifachten sich allein zwischen 1973 und 1974 die Einnahmen aus den Erdöllieferungen auf 20 Mrd. DM. Heute weist Venezuela mit 2570 Dollar pro Jahr das höchste Pro-Kopf-Einkommen Lateinamerikas aus — doch die Mehrzahl der Bevölkerung ist praktisch noch so arm, wie sie es vor der Entdeckung des „schwarzen Goldes“ war.

Experten der Weltbank — die man sicher nicht als linkslastig bezeichnen kann — haben bekanntgegeben, daß 20 % der venezolanischen Bevölkerung 2/3 des Nationaleinkommens verschlingen, was nichts anderes heißt, daß das übrigbleibende 1/3 für 80 % der Bevölkerung reichen muß. Was die Herren der Weltbank nicht sagten ist die Tatsache, daß innerhalb dieser 20

% ausmachenden Oberschicht (in die man den Mittelstand und die obere Mittelklasse einbeziehen muß) es ganze 5 % sind, die sich den Löwenanteil sichern. Sie sind die stolzen Besitzer der Yachten im Hafen von La Guaira und der 1000 Privatjets, die auf dem Flughafen Carlota bei Caracas stehen.

Je weiter man von den Erdölquellen und den davon Profitierenden wegkommt, desto mehr scheint die Zeit stillzustehen. Venezuela ist neben dem Industrie- und stark aufgeblähten Verwaltungssektor immer noch ein Agrarstaat. Gegen 60 % der Bevölkerung leben außerhalb der Großstädte, 20 % der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Sie erbringen knappe 10 % des Nationaleinkommens und decken nur etwa die Hälfte des Nahrungsmittelbedarfs des Landes.

Trotz einer schon 1960 aufgrund des Druckes der Volksmassen beschlossenen Agrarreform sind heute noch über 70 % der Bauern landlos, 3 % der Grundbesitzer kontrollieren 70 % des kultivierbaren Landes.

Nach offiziellen Angaben wurden in der Zeit von 1960—1972 ganze 8 % des Landbesitzes von Großgrundbesitzern abgekauft und dafür mehr als 10 Mrd Bolivar ausgegeben. Allerdings war jeder fünfte dieser gekauften ha wertlos, weil unbebaubar. In



Venezuelas neuer Präsident Luis Herrera Campins

dieser Zeitspanne haben etwa 96 000 Familien Land erhalten. 60 000 davon Ländereien aus bisher unbearbeitetem Staatsbesitz. Doch: 1977 gab es rund 100 000 Bauernfamilien ohne Land, also mehr als zu Beginn der Agrarreform; heute gibt es auch wieder mehr Großgrundbesitzer als damals, die Produktivität pro ha ist um rund 40 % gefallen. Der Anteil der Werktätigen in der Landwirtschaft hat sich drastisch verringert, die Landflucht dementsprechend zugenommen. Das Durchschnittsalter der verbleibenden Campesinos beträgt 43 Jahre.

Obwohl man auf dem Land Produktionsformen von primitiver bis moderner Art antreffen kann, hat sich hier generell ein Wandel vollzogen zu einem Agrarkapitalismus, der eng verbunden ist mit der Industrie- und Handelsbourgeoisie und mit dem Ausland.

Auch auf anderen Gebieten hat der Sprung in den Kapitalismus der Mehrheit der Bevölkerung wenig gebracht. Das Analphabetentum schwankt nach Schätzungen zwischen 10 % (Stadt) und 30 % (auf dem Land). Obwohl formal eine allgemeine Schulpflicht besteht, können viele Eltern aufgrund der materiellen Lage ihre Kinder nicht zur Schule schicken.

Die Lage der werktätigen Bevölkerung verschlechtert sich ebenfalls. Innerhalb der letzten drei Jahre betrug die Lohnsteigerungen durchschnittlich 10 % bei einer gleichzeitigen Inflation von 35 %. Zum chronischen Heer von Ganzarbeitslosen und Unterbeschäftigten stoßen immer wieder auch Arbeiter aus dem Erdölsektor (der ja nie eine große Masse beschäftigte) — allerdings hat die seit 1974 grassierende weltweite Krise des Kapitalismus einen Erdöl produzierenden Staat natürlich weniger hart getroffen.

„Sozialdemokratische“ Demokratische Aktion

Die seit Jahren erhobene Hauptforderung der fortschrittlichen Organisationen und der werktätigen Massen nach Nationalisierung der Erdölindustrie ist 1970 formal zwar erfüllt worden. In Tat und Wahrheit fließen die Supergewinne aber immer noch in den Sack der großen ausländischen Monopole; denn seit 1973 ist die kostenintensive Förderung von Erdöl nicht mehr rentabel. Auch der Druck der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen nahm zu, da konnte man die Förderung getrost der staatlichen Corporacion Venezolana del Petroleo (CVP) überlassen, die Verarbeitung in gewinnträchtige Produkte betreibt man dann mit Gewinn außerhalb des Landes. Außerdem wurde auch nach der »Nationalisierung« die innere Struktur und der Technikerstab gleich belassen, so daß die eigentliche Kontrolle immer noch in imperialistischen Händen liegt.

Vor diesem wirtschaftlichen und sozialen Hintergrund wickelte sich das Wahljahr 1978 ab. Hier muß man allerdings berücksichtigen, daß die Geschichte des organisierten politischen Lebens in Venezuela noch sehr kurz ist. „Bis vor 40 Jahren gab es hier weder politische Parteien noch Gewerkschaften“, erklärte uns in einem Gespräch der ehemalige kommunistische Senator Eduardo Gallegos.

Die erste Partei, die in Venezuela gegründet worden ist, war am 1. Mai 1931 die Kommunistische Partei (KPV). Eine wesentliche Rolle spielte dabei der heute 80jährige Parteivorsitzende Gustavo Machado — eine zentrale Persönlichkeit des Kommunismus in Lateinamerika. Sie spielte beim Kampf zum Sturz der blutigen Diktatur Pérez Jiménez (1948—1958) eine entscheidende Rolle; sie war die führende Kraft unter der Arbeiterschaft, den Gewerkschaften, der Jugend, der Universität, der Lehrer und hatte auch einen gewissen Einfluß in der Armee. In der Stadt Caracas hatte die KPV 24 % aller Stimmen hinter sich — »da glaubten wir, die Revolution stehe bevor, und unter dem Eindruck des Triumphes in Kuba griffen wir zu den Waffen. Unser Fehler war, uns total in den bewaffneten Kampf zu stürzen, wodurch wir nicht nur viele Kader verloren, sondern eben auch die Führung in den Massenorganisationen«, faßt Genosse Gallegos den folgenschweren Fehler zusammen.

1966/67 korrigierte die KPV ihre Haltung, seit 1969 ist sie wie-

der legal, in der Zwischenzeit ist aber die ehemals einheitliche Bewegung in verschiedenste Strömungen auseinandergebrochen, und es wird wohl noch viel Arbeit kosten, bis die Linke wieder ihre volle Schlagkraft zurückgewonnen hat.

Zehn Jahre lang hat in Venezuela unter Marcos Pérez Jiménez ein blutiges Regime gewütet, bis der Diktator 1958 von einer Volksbewegung gestürzt und verjagt wurde. Die Vereinigten Staaten setzten — nach den Erfahrungen mit den Volksbewegungen im Iran unter Mossadegh und Guatemala unter Arbenz — alles daran, in Venezuela von vornherein ihre Interessen sicherzustellen und unterstützten den Kandidaten der Acción Democrática (Demokratische Aktion), Romolo Betancourt.

Die Demokratische Aktion (AD) war 1941 als kleinbürgerliche Partei gegründet worden und hat sich durch Männer wie Betancourt, Leoni und Figueroa unzweifelhaft gewisse Verdienste im Kampf gegen die Diktatur erworben. Sie wird of als „sozialdemokratisch“ bezeichnet, was zumindest irreführend ist, wenn man mit europäischem Maßstab mißt.

Die AD war nie eine Arbeiterpartei, auch wenn sich unter ihren Wählern Arbeiter befanden und — aus Mißverständnis — noch befinden. Sie wurzelt heute vorwiegend im nationalen Bürgertum und rutschte in der Regierungspraxis von Betancourt (1959—1963) und Leoni (1964—1968) immer weiter nach rechts ab mit dem Ergebnis, daß sich die fortschrittlichen Flügel von ihr abspalteten. 1960 entstand auf diese Weise die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die zusammen mit den Kommunisten in den Bergen den Guerillakrieg eröffnete und 1968 die Wahlbewegung des Volkes (MEP), was der AD bei den nachfolgenden Wahlen 700 000 Stimmen und die Präsidentschaft kostete.

Die Wirtschaftspolitik der AD begünstigte die ausländischen Kapitalinvestitionen, wobei gerade der jetzt abtretende AD-Präsident Carlos Andrés Pérez neben dem zunehmenden allgemeinen Druck zur vermehrten Kontrolle über die nationalen Reichtümer auch die Interessen der national-reformistischen Großbourgeoisie berücksichtigen mußte — eine Politik, die automatisch zu Konflikten mit dem US-Imperialismus führt.

So hat sich Pérez 1974/75 zusammen mit anderen Präsidenten Lateinamerikas heftig und mit Erfolg gegen ein neues Außenhandelsgesetz der USA zur Wehr gesetzt, das er als „Paradebeispiel wirtschaftlicher Aggression und politischen Drucks“ bezeichnete. Die Administration Pérez hat auch wiederholt den gerechten Kampf Panamas zur Rückgewinnung der Kanalzone unterstützt und in der Nikaraguafrage durch Unterstützung Kostarikas eine offensive Haltung eingenommen.

Kurswechsel unter den Christlichsozialen?

Die andere „große“ Partei, die Christlichsoziale COPEI¹ wird jetzt, zehn Jahre nach dem Sieg von Rafael Caldera, mit Luis Herrera wieder den Präsidenten Venezuelas stellen. Die COPEI wurde 1946 gegründet und bewegte sich immer auf einem gemäßigt bürgerlich-liberalen Kurs. Anzumerken ist immerhin, daß Caldera während seiner Präsidentschaft (1969—1974) einen anti-imperialistischen und relativ demokratischen Kurs einschlug, die Kommunistische Partei schon 1969 wieder legalisierte, durch geschicktes Verhandeln die Guerilleros wieder in die Arena des legalen politischen Kampfes zurückführte und 1970 mit der Sowjetunion die 1952 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wieder aufnahm.

Zu Kuba wurden zumindest freundschaftliche Beziehungen unterhalten und erste Schritte zur Loslösung der Erdölwirtschaft vom absoluten ausländischen Zugriff eingeleitet. Trotzdem konnte auch COPEI die Grundprobleme der Bevölkerung und des Landes nicht lösen, so daß das Heer der unzufriedenen Wähler wieder den Versprechungen der Adecos folgte.

Luis Herrera hat sich in einer ersten Stellungnahme nach seiner Wahl für eine neue Weltwirtschaftsordnung ausgesprochen, für höhere Erdölpreise und auch versprochen, sich „energisch für die unterprivilegierten Schichten einzusetzen“. Seine Exilzeit

während der Diktatur Jiménez hat Herrera in Europa verbracht, als Generalsekretär der „Organisation Christlicher Demokraten Amerikas“ pflegte er gute Beziehungen zur deutschen, italienischen und chilenischen Schwesterpartei.

Warum können diese beiden Parteien, deren Programmatik so offensichtlich reformistisch und deren Basis so heterogen ist, immer wieder große Wählermassen hinter sich vereinigen? Es stimmt, in Venezuela haben demokratische Wahlen stattgefunden, das ist, wenn man sich die Situation auf dem Kontinent vergegenwärtigt, eine positive Tatsache. 87 % der Stimmberechtigten sind an die Urnen gegangen, 90 % haben ihre Stimme für eine der zwei „großen“ Parteien abgegeben — eine Bestätigung für die Demokratie?

Der Publizist Alonso Ojeda Olaechea beispielsweise meint: Nein. Noch vor den Wahlen wies er auf das gezielt aufgebaute „Phänomen der Polarisierung“ hin. Der ganze Wahlrummel, der mit einem gewaltigen Einsatz an finanziellen Mitteln und massiv unterstützt von den Massenmedien während mindestens eines Jahres von den beiden Parteien abgezogen wird, zielt darauf ab, den Wählern einzuhämmern, „wenn Du den Sieg des AD-Kandidaten verhindern willst, mußt Du COPEI wählen“ und umgekehrt, eine Alternative gibt es nicht.

Nach den Wahlen wird dann sofort betont, es gebe „weder Sieger noch Besiegte“, gewählt worden sei der Präsident aller Venezolaner, gesiegt habe nur die Demokratie. Und im übrigen bleibt alles beim alten . . .

Eine Strategie, die bis jetzt zum Erfolg führte. Tatsächlich erzielten 1963 vier zur Wahl stehende Präsidentschaftskandidaten zusammen noch 47 % der Stimmen, 1968 drei Kandidaten zusammen 43 %, 1973 holten sich neue Kandidaten neben COPEI und AD noch 14,5 % und jetzt 1978 vereinigten zehn Kandidaten ganze 10 % auf sich.

Die große Anzahl von Alternativ-Kandidaten erleichterte den Wählern eine Loslösung von der Fixierung auf die Großen nicht gerade. Die zersplitterte Linke hatte sich nicht zu einem Einheitskandidaten durchringen können, obwohl — was immerhin schon einen Schritt vorwärts bedeutet — im Frühjahr 1978 Treffen auf höchster Ebene stattgefunden haben. Die Führer der Bewegung zum Sozialismus (MAS), sagten schließlich nein zum Programm einer Einheitsfront, mit José Vicente Rangel

präsentierten sie zum zweitenmal eine anerkannte Persönlichkeit der Linken, und erzielte 6 % der Stimmen.

Auch auf gewerkschaftlicher Ebene hat die werktätige Bevölkerung zu keiner Einheit finden können. Es bestehen drei große Gewerkschaftsvereinigungen, wovon eine seit 1964 dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist.

Bilanz: Venezuela-Kuba

Im Januar 1958 war die Herrschaft von Pérez Jiménez unter einem Generalstreik und Volksaufstand zusammengebrochen, im Dezember desselben Jahres fegte die Rebellenarmee unter Fidel Castro den Diktator Batista aus Kuba weg. In Venezuela feiert man heute 20 Jahre Demokratie, in Kuba 20 Jahre Revolution. Während Kuba das antiimperialistisch-demokratische Programm rasch verwirklicht und weiterentwickelt hat, mithilfe der sozialistischen Länder die wesentlichen Grundprobleme des Landes (wie Arbeit für alle, Volksgesundheit, Bildung etc.) löste, die Wirtschaft plant und die Produktivität steigert, krankt Venezuela (das mit Erdöl einen weit wichtigeren und vor allem einträglicheren Rohstoff produziert als die Kubaner mit ihrem Zucker) an allen Folgeerscheinungen kapitalistischer Wirtschaft. Der Dollarregen ist auf den Regierungspalast Miraflores gefallen, um sich in Betonungeheuer, in einen aufgeblasenen Staatsapparat und in Privatvermögen zu verwandeln. Die Tagespolitik ist beherrscht von einer riesigen Korruption und die Wirtschaftspolitik vom Streben nach möglichst großen, kurzfristig realisierbaren Profiten.

Die Aussichten auf tiefgreifende soziale Verbesserungen sind trotz der Versprechungen von Luis Herrera klein. Man muß bedenken, daß Venezuela nicht nur ein guter Rohstofflieferant und interessanter Absatzmarkt ist, sondern ein wichtiger Bestandteil innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems, gerade jetzt, angesichts des möglichen Ausfalls des Iran. Dieser Grundkonflikt läßt sich mit dem sog. „dritten Weg“ nicht lösen.

Anmerkung:

1) Copei leitet sich von der ursprünglichen Parteibezeichnung „Comité de Organización Política Electoral Independiente“ ab.

3.WM

Jahres-Abo = DM 48.-; Studenten DM 36.-



PROGRESS DRITTE WELT VERLAG
5300 Bonn-1; Postfach 1528

Wir machen nicht nur Schlagzeilen — wir recherchieren und weisen dokumentarisch nach: „Die nukleare und militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika wird fortgesetzt“, „Millionenkredite der bundesdeutschen Gewerkschaftsbank für lateinamerikanische Militärdiktaturen ...“

Das Magazin erscheint jeden Monat. Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Themenblock entwickelt: Wichtige Probleme werden auf 24–44 Seiten breiter thematisiert und dokumentiert (auch einzeln erhältlich).

Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefgreifende Auseinandersetzung.

Themenblöcke:

- IRAN — Folter, Wirtschaftskrise und soziale Revolution 32 Seiten, DM 3,00
- ÄGYPTEN NACH NASSER; Sozioökonomische Entwicklung und Außenpolitik mit historischer Ableitung. 32 Seiten, DM 3,00
- ÄTHIOPIEN — Die Revolution der Militärs. 32 Seiten, DM 3,00
- KUBA — Sozialistische Entwicklung in der Karibik (3WM Nr. 11/12, 1977, 32 S.) DM 4,00
- ISRAEL—SÜDAFRIKA: Kooperation imperialistischer Vorposten 32 Seiten, DM 4,00
- LIBANON-KRIEG: Politische und soziale Hintergründe; 32 Seiten, DM 3,00
- BEFREIUNGSKAMPF IN DER WESTSAHARA — Materialien (2) 32 Seiten, DM 3,00
- CAMP DAVID UND SEINE FOLGEN — Fakten, Dokumente, Hintergründe 32 Seiten, DM 4,00
- MAROKKO: Analyse einer imperialistischen Basis; 32 Seiten, DM 3,00

Rainer Falk

Produktionsstättenverlagerung

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 bewegt sich die offiziell ausgewiesene Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik an der Milliongrenze. Erstmals in der Geschichte der BRD ist mit dem konjunkturellen Aufschwung ab Ende 1975 kein Rückgang der Massenarbeitslosigkeit mehr verbunden. Ökonomen sprechen deshalb von einer „Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung“.¹

Seit 1973 liegt das Niveau der amtlich ausgewiesenen jährlichen Direktinvestitionen westdeutscher Konzerne im Ausland bei über 5 Mrd DM. Schätzungsweise über die Hälfte aller westdeutschen Auslandsinvestitionen sind nach 1973 getätigt worden. Vor allem von Gewerkschaftern ist daher die Frage aufgeworfen worden, ob ein Ursachenbündel für den strukturellen Einbruch am Arbeitsmarkt in der massenhaften Verlagerung von Produktionsstätten und damit von Arbeitsplätzen ins Ausland zu suchen sei.² Gleichwohl sind solche Fragen noch vereinzelt, scheint die Dimension des Problems noch unzureichend erfaßt (siehe beigelegte DGB-Dokumente). Zur Klärung der hierbei aufgeworfenen Fragen mit Blick auf ihre grundsätzliche Bedeutung für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung will dieser Artikel beitragen.



Rollei-Produktion in Singapur

Konzerne geführt. Die herausragendsten Fälle sind hier Hoechst, VW, Siemens und Bosch, wo die Anteile der im Ausland Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigtenzahl (zwischen 1970 und 1976) von 30 auf 43 %, 19 auf 32 %, 22 auf 32 % bzw. 19 auf 32 % angewachsen sind.

Da die Großkonzerne nicht nur die Binnenwirtschaft der BRD weitgehend dominieren, sondern auch das Gros der über Direktinvestitionen der westdeutschen Konzerngewalt unterworfenen Arbeitskräfte auf sich vereinen, bestimmen ihre Investitions- und Expansionsstrategien weitestgehend die außenwirtschaftliche Struktur des BRD Kapitalismus und deren binnenwirtschaftliche Rückwirkungen.

In der Tat ist das, was sich bei den großen Konzernen in besonders krasser Form zeigt, ein gesamtwirtschaftliches Phänomen. Noch 1970 betrug die Anzahl der im warenproduzierenden Gewerbe der BRD Beschäftigten über 12,2 Mio. 1977 waren es demgegenüber nicht einmal mehr 10,6 Mio. Die Zahl der Arbeiter im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe ging im selben Zeitraum von 6,3 Mio auf 5,1 Mio zurück.³ Die Zahlen weisen darauf hin, daß wir es hier mit einem langfristig wirkenden und strukturellen Problem zu tun haben.

Nun wäre es sicher verfehlt, dies (nämlich die langfristige Reduzierung des beschäftigten Arbeitskräftestamms) einzig und allein auf die Expansion des privaten Kapitalexports zurückzuführen. Es ist dies wahrscheinlich nicht einmal der Hauptgrund: Wegen der mittels technologischer Veränderungen herbeigeführten Umstrukturierung des Produktionsapparates (Stichwort: neue Technik) müssen nämlich steigende Investitionen nicht unbedingt mit der Ausdehnung des Beschäftigtenstamms einhergehen. Während aber die Investitionsmaxime der Konzerne im Innern in jüngster Zeit immer stärker daran ausgerichtet ist, vornehmlich über Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen die zur Steigerung der Ausbeutungsrate erforderlichen Produktivitätssteigerungen durchzusetzen, werden im Ausland noch echte Erweiterungsinvestitionen getätigt, d. h. hier wird sowohl der Produktionsapparat als auch der Beschäftigtenstamm extensiv ausgedehnt.

Folgende Zahlen zeigen dies: Nach einer Untersuchung des Münchner IFO-Instituts hat sich der Anteil der in Auslandsniederlassungen westdeutscher Unternehmen Beschäftigten gemes-

Tabelle 1

Beschäftigungsentwicklung bei wichtigen BRD-Konzernen im Inland und Ausland zwischen 1971 und 1976, in 1000

Konzern	Inland		Ausland		1971—76 in %	
	1971	1976	1971	1976	Inland	Ausland
AEG-Telefunken	146	132	21	30	- 9,6	+ 42,8
Siemens ^{a)}	234	208	72	96	-11,1	+ 33,3
Bosch	90	72	25	34	-20,0	+ 36,0
BASF	78	89	15	24	+14,1	+ 60,0
Hoechst	97	104	45	79	+ 7,2	+ 75,5
VW	160	124	42	59	-22,5	+ 40,5
Daimler	127	133	20	28	+ 4,7	+ 40,0
Mannesmann ^{b)}	73	84	12	25	+15,1	+108,3

a) ab 1976 mit Osram b) ab 1973 mit Demag

(Quelle: Geschäftsberichte des jeweiligen Konzerns, eigene Berechnungen)

Der wohl spektakulärste Einzelfall aus der Palette großer Produktionsverlagerungen stammt aus dem VW-Konzern. Seit Anfang 1978 sind auf dem bundesdeutschen Markt nur noch Käfer-Modelle „Made in Mexico“ zu haben. Zwischen 1971 und 1976 verringerte VW die Zahl seiner Inlandsbeschäftigten von 160000 auf 124000, die Anzahl seiner im Ausland beschäftigten Arbeiter und Angestellten wuchs demgegenüber von 42000 auf 59000. Anders ausgedrückt: 1976 beschäftigte der VW-Konzern im Ausland 40,5 % mehr als 1971; im Inland dagegen 22,5 % weniger als vor fünf Jahren.

VW ist jedoch kein Einzelfall. Wie die in Tabelle 1 wiedergegebene Auflistung zeigt, haben alle dieser großen Konzerne der BRD ihren Beschäftigtenstamm in der Bundesrepublik verringert oder nur schwach erweitert, während im Ausland durchgängig eine stark überdurchschnittliche Expansion der Beschäftigung feststellbar ist.

Die überdurchschnittliche Expansion der Auslandsbeschäftigten im Vergleich zu den BRD-Arbeitern und -Angestellten hat darüber hinaus bei all diesen Großunternehmen zur Erhöhung ihres relativen Gewichts an der Gesamtbeschäftigtenzahl der

11. DGB-Bundeskongreß Arbeitsplätze und Entwicklungsländer

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß des DGB (vom 21.—27. 5. 1978 in Hamburg; d. Red.) stellt fest, daß die multinationalen Konzerne eine weiter wachsende Rolle im nationalen und internationalen Wirtschaftsgeschehen spielen. Durch ihre Machtstellung haben sie einen erheblichen Einfluß auf Konjunktur und Krise, auf Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit. Dies gilt für Industrieländer und die Länder der Dritten Welt gleichermaßen. Sie beeinflussen in erheblichem Maße die Struktur von Märkten und Technologie ihrer Wirtschaftszweige.

Ihre oft weltumspannenden Aktivitäten und deren Ausmaß beeinflussen nicht allein die Wirtschaftspolitik, sondern auch das sozial- und gesellschaftspolitische Geschehen der Länder, in denen sie tätig sind. Ihre Aktivitäten sind da von Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft, wo sie Produktionen und finanzielle Transaktionen allein unter profitorientierten Gesichtspunkten betreiben dürfen. Besondere Bedeutung fällt diesen Unternehmen bei der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu. Ihrer Verpflichtung wurden sie da nicht gerecht, wo durch sie mehr Arbeitsplätze vernichtet als geschaffen wurden.

Wegen der vorgeschriebenen Bedeutung dieser Unternehmen für Wirtschaft und Gesellschaft ist öffentliche Kontrolle ihrer Aktivitäten und das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in allen ihren Unternehmen unerlässlich.

Der 11. Ordentliche Bundeskongreß des DGB stellt mit Befriedigung fest, daß sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen wie auch der IAO (Internationale Arbeitsorganisation, eine UN-Unterorganisation; d. Red.) Regelungen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht und sozialpolitischen Verhaltens multinationaler Konzerne erörtert werden und angenommen wurden. Er erwartet, daß diese Verhandlungen zügig vorangetrieben werden und zu Ergebnissen führen, die den Interessen der Arbeitnehmer in den Industrie- und Entwicklungsländern gerecht werden. Der Verhaltenskodex der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; d. Red.) ist als ein erster Schritt in die richtige Richtung zu akzeptieren. Einschränkend ist allerdings festzustellen, daß er nicht hinreichend die gewerkschaftlichen Forderungen widerspiegelt und keine Sanktionen an seine Nichtbeachtung geknüpft werden.

Der DGB unterstützt die Forderungen und Ziele, die in der Charta des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften; d. Red.) zum Verhalten der multinationalen Unternehmen festgelegt sind und wird sich gemeinsam mit den im IBFG und EGB organisierten Bruderorganisationen dafür einsetzen, daß weltweite und europäische sowie nationale Regelungen getroffen werden, die geeignet sind, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern.

(Quelle: Entwicklungspolitik. Materialien Nr. 60. Gewerkschaften und Entwicklungspolitik, Bonn, November 1978, S. 43)

sen an der Zahl der in der BRD Beschäftigten von 12,3 % (1965) auf 28,1 % (1975) erhöht.⁴ Auch die Untersuchung von Fröbel/Heinrichs/Kreye belegt diesen Trend überzeugend. Die Autoren haben für 1974 eine Auslandsbeschäftigtenquote westdeutscher Firmen von 22,2 % gemessen. Bei 87 der von ihnen als repräsentativ ermittelten Unternehmen hat sich die Auslandsbeschäftigtenquote von 7,9 % (1961) über 11,5 % (1966) und 19,5 % (1971) auf 26,3 % (1974) erhöht.⁵ Die Zahl der im Ausland Beschäftigten hat sich in diesem Zeitraum also um 505 % gesteigert. In der BRD waren es demgegenüber nur 49 %. Für das Jahr 1975 schätzen Fröbel/Heinrichs/Kreye die Gesamtzahl der Auslandsbeschäftigten des produzierenden Gewerbes der BRD auf mindestens 1,5 bis 1,6 Mio, was bisherige Vermutungen weit übertrifft.⁶

Auch in Zukunft, so hat eine Umfrage des IFO-Instituts ergeben, „sieht die verarbeitende Industrie keinen Spielraum für die Erhöhung der Beschäftigtenzahl“. Bis 1981 wird mit einer weiteren Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 0,3 % gerechnet, und zwar pro Jahr. Die Zahl der im Ausland beschäftigten „Mitarbeiter“ soll hiernach auch in Zukunft deutlich schneller zunehmen als im Inland.

Fragen wir nach den Ursachen des beschriebenen Trends. Daß sich die Tendenz zur Kapitalexpansion nach außen und damit offensichtlich auch zum Export von Arbeitsplätzen gerade während der jüngsten Wirtschaftskrise verstärkt hat, ist offenkundig. Immer in Zeiten eines eingeeengten internen Verwertungsspielraums hat das Kapital (und allemal das westdeutsche) ein außenwirtschaftliches Ventil gesucht, um die Basis seiner Mehrwertproduktion und -realisierung zu verbessern. Dies trifft auch für die jüngste Entwicklung zu.

Jedoch hat sich in der jüngsten Krise auch gezeigt, daß es hierfür einen äußerst begrenzten Spielraum dann gibt, wenn sich das konjunkturelle Auf und Ab in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern (wie in der letzten Krise manifest geworden) mehr und mehr angleicht. Die erstmals 1975 zu Tage getretenen Engpässe in der Realisierungsbasis bei Exporten haben so zweifellos den Bestrebungen des großen Kapitals der Bundesrepublik einen Auftrieb gegeben, über den Ausbau der Auslandsniederlassungen die Basis seiner Mehrwertproduktion zu verbreitern.

Dies ist aber gleichzeitig eine längerfristig wirkende Strategie der westdeutschen Konzerne wie der internationalen Monopole überhaupt. Der langfristige Abbau der Sonderbedingungen der Kapitalreproduktion in Westdeutschland⁸ hat dazu beigetragen, daß auch für westdeutsche Konzerne die weltweite Nutzung von Produktionsstandorten („World-wide-Sourcing“) immer unabdingbarer wurde, um dem sich abzeichnenden tendenziellen Fall der Profitraten entgegenzuwirken. Von Siemens,

dessen Konzern als erster die Idee der Gründung von „Weltmarktfabriken“ propagiert hat, erklärte beispielsweise schon 1971 auf der Jahresversammlung des BDI: „Selbst eine aktive Strukturpolitik vermag nur in begrenztem Umfang Arbeitskräfte in produktivere Branchen zu überführen. Zwar dürften bis zum Jahre 1980 im Jahresdurchschnitt 100 000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft freigesetzt werden, jedoch ist mit einem Zuwachs von allenfalls 0,7 % pro Jahr das deutsche Arbeitskräftepotential bis zum Jahre 1980 wenig ergiebig. Schon aus diesem Grunde dürfte die Verlagerung von Betriebsstätten ins Ausland notwendig und die Ausnutzung der Arbeitskraftreserven in der Dritten Welt interessant werden.“⁹ In punkto „freigesetzter“ Arbeitskräfte dürfte der Siemenschef inzwischen, was die Zahlen betrifft, widerlegt sein. Es geht auch gar nicht um die bloßen Zahlen. Es geht darum, daß die profitschmälernden Kosten des schrittweisen Abbaus der industriellen Reservearmee in der Bundesrepublik den Profitinteressen der Großindustrie im Wege stehen, denen ein großes Arbeitslosenheer gerade in der gegenwärtigen Situation ein willkommenes Druckmittel gegen „überzogene“ Lohnforderungen ist.

H. Peesel, der ehemalige Vorsitzende der Rollei-Geschäftsführung und gleichzeitig ein weiterer Pionier der Verlagerung

Tabelle 2

Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie ausgewählter Länder Asiens und Afrika, in US-Dollar^{a)}

	Ungelernte	Angelernte	Facharbeiter
Hongkong	0,43	0,61	—
Indien	0,15	0,21	—
Indonesien	0,23	0,34	0,56
Iran	0,34	0,41—0,47	0,93—1,49
Malaysia	0,16—0,18	0,18—0,23	0,36—0,42
Philippinen	0,15	0,19—0,23	0,23—0,28
Singapur	0,38	0,41	0,72
Taiwan	0,23	0,25	—
Elfenbeinküste	0,41	0,44—0,53	0,57—0,77
Liberia	0,15—0,25	0,25—0,40	0,50—1,00
Marokko	0,34	0,56	0,94—1,31
Südafrika	0,34 ^{b)} 0,46 ^{c)}	0,38 ^{b)} 0,60 ^{c)}	0,75 ^{b)} 1,05 ^{c)}
Tunesien	0,39	0,43	0,63—0,68

a) Die Angaben beziehen sich in der Regel auf die Jahre 1974/75.

b) Frauen c) Männer

(Quelle: Fröbel u. a., a. a. O., S. 633)

Heinz O. Vetter Multinationale Konzerne und Dritte Welt

Die Themen Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzverlagerung und Solidarität der Lohnabhängigen in Industrie- und Entwicklungsländern haben heute in den Diskussionen und Beschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes — siehe Dokumente des 11. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom Mai 1978 — einen festen Platz eingenommen. Der amtierende DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, zugleich Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes-EGB (westeuropäische Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften — IBFG), hat in diesen Diskussionsbereich wiederholt positive Ansätze eingebracht.

Eine Lösung der ungeheuer großen Beschäftigungsprobleme in den Entwicklungsländern ist nur durch deren eigene Anstrengungen denkbar. (. . .)

Andererseits kann es im Rahmen der sich wandelnden Weltwirtschaft durchaus zu Strukturveränderungen kommen derart, daß Arbeitsplätze in bestimmten Branchen der Industrieländer abgebaut werden, während entsprechende Arbeitsplätze in den Entwicklungsländern neu entstehen. Dies wird vor allem in Industrien der Fall sein, wo Entwicklungsländer einen Standortvorteil (Rohstoffver- und -bearbeitung) oder einen Lohnkostenvorteil (arbeitsintensive Leichtindustrien) haben. Die Gewerkschaften der Industrieländer brauchen sich diesen zum Teil sinnvollen und für die Entwicklungsländer wie für die Industrieländer nützlichen Veränderungen nicht zu widersetzen, sofern sichergestellt ist, daß sie sich allmählich, überschaubar und gesteuert vollziehen und mit der Expansion der Wachstumsindustrien abgestimmt werden. Die deutschen Gewerkschaften fordern deshalb neue Instrumente einer vorausschauenden, planvollen und aktiven Strukturpolitik im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung. Die deutschen Gewerkschaften wenden sich aber aufs schärfste gegen ein internationales Lohn-Dumping, das nicht auf echten Differenzen in den Lebenshaltungskosten verschiedener Länder, sondern auf der brutalen Unterdrückung freier Gewerkschaften in vielen diktatorisch regierten Entwicklungsländern beruht. Im Rahmen der internationalen Gewerkschaftsorganisationen werden wir uns verstärkt darum bemühen, die ökonomisch schwachen und politisch unterdrückten Gewerkschaften in den Entwicklungsländern zu stärken. Das liegt auch in unserem eigenen Interesse. Denn solange die Unternehmer in vielen Ländern bei höchster Arbeitsintensität nur Hungerlöhne zu zahlen brauchen, ist der Anreiz zu groß, arbeitsintensive Produktionen in solche „Niedriglohnländer“ zu verlagern und dadurch Arbeitnehmer in Industrieländern auf die Straße zu setzen. Noch ist die internationale Gewerkschaftsbewegung national und ideologisch zersplittert. Aber das Interesse aller Arbeitnehmer an einem gesicherten Arbeitsplatz und einem Lohn, der wenigstens einen menschenwürdigen Lebensunterhalt ermöglicht, ist weltweit das gleiche. Wir haben diese Gemeinsamkeit erkannt und wenden uns gegen den Versuch, die Arbeitnehmerschaft der Industrieländer und der Entwicklungsländer gegeneinander auszuspielen.

(Quelle: H. O. Vetter, Die Haltung der Arbeiterschaft zu den Problemen der Entwicklungsländer, in: J. Tinbergen (Hrsg.), Der Dialog Nord-Süd, Frankfurt a. M./Köln 1977, S. 129—139, hier S. 138/139)

von Produktionsstätten und Arbeitsplätzen großen Stils, ist das schon deutlicher: „Die deutsche fotografische Industrie hat gegenüber dem Hauptwettbewerber Japan ein um etwa 100 % höheres Lohnniveau. Es gibt in der Bundesrepublik praktisch keine Möglichkeiten, um ein Lohngefälle von 2:1 zu kompensieren . . . Unsere Wahl fiel auf Singapur, einen Stadtstaat mit Freihandelsstatus . . . In Singapur wird 44 Stunden in der Woche gearbeitet. Das Lohnniveau Singapur/Deutschland verhält sich wie 6:1; das Lohnniveau Deutschland/Japan/Singapur wie 6:3:1 . . . Die Gewerkschaften in Singapur orientieren sich bisher mit ihren Lohnforderungen sehr stark an den wirtschaftlichen Möglichkeiten . . . Zur Frage der Steuern ist zu bemerken, daß zwischen der Bundesrepublik und Singapur ein Doppelbesteuerungsabkommen verabschiedet worden ist und vor der Ratifizierung steht. Ein Investitionsschutzabkommen ist vorbereitet . . . Die Singapur-Regierung hat Rolle den Pionierstatus zuerkannt, was für 15 Jahre Körperschaftssteuerfreiheit bringt . . .“¹⁰

Es ist offensichtlich, daß beim Zustandekommen solcher Konzernstrategien nicht nur zyklische Entwicklungen, sondern strukturelle Faktoren eine Rolle spielen. Treffen diese zyklischen und strukturellen Krisenmomente wie in jüngster Zeit zusammen und verflechten sich, dann brechen sich bei einer kaum vorhandenen angemessenen gewerkschaftlichen und politischen Gegenstrategie Entwicklungen Bahn, deren Ergebnisse sowohl für die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik wie in den Zielländern des Kapitalexports schmerzlich sind.

Was die genannten strukturellen Krisenmomente betrifft, so sind hier vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie auch die Ledererzeugung und -verarbeitung, die Musikinstrumente-, Sport- und Spielwarenindustrie und das Säge- und Holzbearbeitungsgewerbe betroffen. Es handelt sich hier um Branchen, deren volkswirtschaftliche Bedeutung kontinuierlich und langfristig zurückgeht. Da dies mit einem Verfall der Verwertungsbedingungen verbunden ist, versuchen Unternehmen, die über die entsprechenden Mittel verfügen, dem strukturellen Schrumpfungsprozeß durch Verlagerungsstrategien ins Ausland zu begegnen. Am eklatantesten ist dies in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Hier hat sich die Zahl der im Ausland produzierenden Unternehmen von je 30 (1966) über je 40 (1970) auf je etwa 100 (1974/1975) erhöht. Während sich die Auslandsbeschäftigtenzahl der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie so in acht bis neuen Jahren mehr als verdoppelt hat (45 % dieser Beschäftigten entfällt auf ausgesprochene „Niedriglohnländer“), ist die Anzahl der Inlandsbeschäftigten um 1/4 zurückgegangen. Von besonderer Bedeutung ist, daß ein großer Anteil dieser ausländischen Produktionsstätten westdeutscher Konzerne vorwiegend für den Markt der BRD produziert. Bei der Textilindustrie sind es knapp die Hälfte, bei der Bekleidungsindustrie sogar über 2/3.¹¹

Drang in die Lohn- und Steueroasen der Dritten Welt

Wenn also in der Bundesrepublik davon die Rede ist, daß die hohe Arbeitslosenzahl zum großen Teil durch weltwirtschaftliche Strukturveränderungen „verursacht“ sei, so muß korrekterweise in Rechnung gestellt werden, daß einem derartigen weltwirtschaftlichen „Strukturdruck“ gerade die verstärkte Auslandsproduktion unter der Ägide der westdeutschen Konzerne zu einem großen Teil zugrunde liegt. Dies gilt keineswegs nur für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Die drei großen Unternehmen der westdeutschen Elektroindustrie beispielsweise, die ihre Inlandsbeschäftigten auch in absoluten Zahlen seit Beginn der 70er Jahre reduziert haben (vgl. Tabelle 1), reexportierten 1971/72 bereits einen ansehnlichen Teil ihrer Auslandsproduktion in die BRD. Bei Siemens waren es 18 %, bei Bosch 13 %.¹² Daß sich dieser Anteil bis heute beträchtlich erhöht, kann, wenn man die Expansionspläne der Konzerne in Rechnung stellt, als sicher gelten. Sonderfaktoren wie die jahrelange Überbewertung der DM und der ungehinderte Zufluß ausländischer Arbeiter (insbesondere Arbeiterinnen) haben der westdeutschen Elektroindustrie nach einer Untersuchung des Kieler Weltwirtschaftsinstituts bis in die 70er Jahre hinein eine Überlebenschance verschafft, „die sie normalerweise in einem so hoch entwickelten Land wie der Bundesrepublik nicht gehabt hätten.“¹³

Zusammenfassend können die verstärkten Verlagerungen von Produktionsstätten westdeutscher Konzerne ins Ausland vor dem Hintergrund struktureller und zyklischer Krisenprozesse des BRD-Kapitalismus als Prozesse analysiert werden, die eine strukturelle Flurbereinigung der westdeutschen Ökonomie widerspiegeln.

Sofern hierbei „Lohnkostengesichtspunkte“ die dominierende Rolle spielen, gewinnt die Dritte Welt als Ausbeutungssphäre für das westdeutsche Kapital besonders an Gewicht. In zahlreichen dieser Länder sind die Löhne in der Tat so niedrig, daß eine langfristige Verbesserung der Verwertungsbasis des west-

deutschen Kapitals möglich ist und nach Kräften genutzt wird. Am nachhaltigsten kommen diesem „World-wide Sourcing“ jene Entwicklungsländer entgegen, die sich zur Einrichtung sog. „freier Produktionszonen“ entschlossen haben. Hierbei handelt es sich um in der Regel auch geographisch abgegrenzte Zonen, in denen ausschließlich oder überwiegend für den Weltmarkt produziert wird. Zu den niedrigen Löhnen kommen meist enorme Steuervergünstigungen. Mitte der 70er Jahre wurden insgesamt 79 solcher Steuer- und Lohnkosten oasen gezählt, davon 48 in Asien, 24 in Lateinamerika und 7 in Afrika. Weitere 39 „freie Produktionszonen“ befanden sich im Aufbau, 20 in Asien, 11 in Lateinamerika und 8 in Afrika.¹⁴

Das Eingehen auf die Bildung solcher Zonen bedeutet in jedem Falle einen beträchtlichen Souveränitätsverlust für die betreffenden Länder. Der Enklavencharakter der hier stattfindenden Produktion läßt die positiven Rückwirkungen auf die einheimische Ökonomie des einzelnen Entwicklungslandes gen Null sinken, wie an anderer Stelle gezeigt worden ist.¹⁵

Massive Produktionsverlagerungen aus der Bundesrepublik haben, was ihre Wirkungen auf die Lage der westdeutschen Arbeiterklasse betrifft, eindeutig negative Folgen. Sie verschärfen das Arbeitslosenproblem. Auf der anderen Seite werden die sozialen und wirtschaftlichen Grundprobleme der Entwicklungsländer ihrer Lösung nicht näher gebracht. Der Unternehmerseite erwächst ein doppeltes Druckmittel: der Fingerzeig auf die schon bestehende industrielle Reservearmee und die Drohung mit weiteren Produktionsverlagerungen, falls die Arbeiter und ihre Gewerkschaften die Forderung nach „Wohlverhalten“ nicht einzulösen gewillt sind. Entwicklungen wie die beschriebene tragen deshalb in erheblichem Maße zur Konstituierung gewerkschaftlicher Kampfbedingungen in der BRD bei. Sich hierauf mit einer angemessenen Gegenstrategie einzustellen, die an die Stelle nationaler Borniertheit die Solidarität der hier wie dort Betroffenen setzt, wird in der Zukunft noch wichtiger werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. J. Huffschmid, Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der „Ölkrise“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1979, S. 72
- 2) Vgl. z. B.: G. Breidenstein, Führt „internationale Arbeitsteilung“ zu struktureller Arbeitslosigkeit? Zur Problematik von Produktionsstättenverlagerungen aus Industrieländern in Entwicklungsländer, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 12/1975, S. 760—768
- 3) Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1977/78, Bonn-Bad Godesberg 1978, S. 235
- 4) Vgl. Ifo—Schnelldienst, 3/1977, S. 6
- 5) F. Fröbel/J. Heinrichs/O. Kreye, Die neue internationale Arbeitsteilung. Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek bei Hamburg 1977, S. 390 f.
- 6) Ebenda, S. 281
- 7) Ifo-Schnelldienst, 10/1977, S. 7
- 8) Vgl. dazu: J. Goldberg/H. Jung (Redaktion), Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76, Frankfurt/M. 1976, S. 5 ff.
- 9) Zit. nach: P. Halpap, Produktionsstättenverlagerung als neokolonialistischer Einflußfaktor bei der Entwicklung der Industriestruktur in kapitalistisch orientierten Entwicklungsländern, dargestellt am Beispiel Lateinamerikas, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, 3/1974, S. 435
- 10) H. Peesel, Das Rollei-Konzept, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), Standortvorteil Ausland, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 38 ff.
- 11) Vgl. Fröbel u. a., a. a. O., S. 71 ff.
- 12) M. Holthus (Hrsg.), Die deutschen multinationalen Unternehmen. Der Internationalisierungsprozeß der deutschen Industrie, Frankfurt/M. 1974, S. 67 f.
- 13) F. Weiss, Strukturveränderungen in der westdeutschen Elektroindustrie, in: Die Weltwirtschaft, 1/1975, S. 146
- 14) Fröbel u. a., a. a. O., S. 495
- 15) Siehe Teil 1 der AIB-Serie BRD-Neokolonialismus in AIB 7—8/1978

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

- AS 33 GULLIVER 5: Englisch / Unterrichts- und Studienreform
- AS 34 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 4
herausgegeben von Klaus Holzkamp
- AS 35 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Methodische Grundlagen — Analysen und Diskussion
(Beiträge von M. Bolle, J. Glombowski, J. Goldberg,
R. Hickel, J. Huffschmid, H. Riese, K. H. Tjaden, W. Voigt
u. a.)
- AS 36 STAMOKAP-THEORIE — Probleme und Diskussion —
STAAT UND MONOPOLE (III)
herausgegeben von Werner Goldschmidt
- AS 37 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 4
- AS 38 30 JAHRE BILDUNGSPOLITIK
Schule und Erziehung (VII)
- AS 39 GULLIVER 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen
- AS 40 THEORIEN ÜBER IDEOLOGIE
(Projekt Ideologie-Theorie)
- AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5
herausgegeben von Klaus Holzkamp

In jedem Jahr erscheinen ca. 10 Argument-Sonderbände. Jeder Band ca. 216 Seiten; Einzelpreis: 15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM.

- AS 42 MUSIK 50er JAHRE/herausgegeben von Dietrich Stern
- AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE
Projekt Automation und Qualifikation Band 4
- AS 44 EUROKOMMUNISMUS
— STRATEGIE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK ?
Zu einer marxistischen Theorie der Politik (Arbeitskreis
westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Klevenheim,
Karin Priester, Detlev Peukert u. a.)

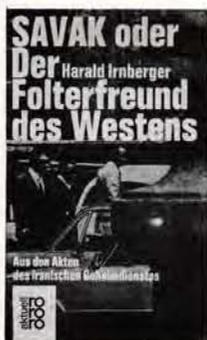
in Vorbereitung ferner:

- AS 45 FRAUENBEWEGUNG
herausgegeben von Frigga Haug
- AS 46 SOZIALISMUS UND ENTWICKLUNGSLÄNDER
Internationales Sozialismus-Forum 1
- AS 47 MATERIALISTISCHE KULTURTHEORIE
Theoretische Grundlagen und Beiträge zur Erforschung
der Alltagskultur

Auswahl-Abo (3 Bände nach Wahl): 38,40 DM (Stud. 33,-DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

ARGUMENT-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030 / 4 61 90 61

Kritisches zum Iran



Bücher, die die Situation im Kaiserreich Iran kritisch untersuchen und die Beziehungen westlicher Industriestaaten zur Schah-Diktatur entsprechend gewürdigt werden, sind in der Bundesrepublik rar. Bürgerliche Verlage warteten dutzendweise mit ergreifenden Regenbogengeschichten vom Pahlawi-Clan, mit angeblich „unpolitischen“ Kultur- und Reisebeschreibungen oder mit Schönfärbereien über den „neuen und modernen“ Iran und die bewundernswerten Leistungen des Schah auf. Wie jüngst ein enger Vertrauter Reza Pahlewis preisgab, taten „größtzigste Geschenke“ für die Journalisten und Schriftsteller ein übriges: Das Ergebnis ist bekannt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt schon das Erscheinen des Buches **H. Irnberger, SAVAK oder der Folterfreund des Westens, roror-aktuell Nr. 4182, Reinbek 1977, 117 S., 4,80 DM**

einen positiven Aspekt. Es basiert im wesentlichen auf Akten, die iranischen Studenten bei einem Einbruch in die Genfer Europazentrale der Geheimpolizei des Schah, des SAVAK, in die Hände fielen; an ihrem Wahrheitsgehalt kann deshalb kein Zweifel bestehen. Tatsächlich erlangten die hier dargestellten Vorgänge der engen Zusammenarbeit zwischen westlichen Geheimdiensten, insbesondere dem Bundesnachrichtendienst und dem SAVAK, sogar eine offizielle Bestätigung durch den iranischen Außenminister Chalabari.

Indem H. Irnberger die Gründung des SAVAK, seinen Charakter als Instrument zur Bekämpfung der demokratischen Kräfte in und außerhalb des Iran, seine Tätigkeit in Europa und die Amtshilfe durch westliche Kollegen beschreibt, deckte er einen wesentlichen Bereich der Zusammenarbeit zwischen der Schah-Diktatur und den imperialistischen Hauptländern auf. Als ausschlaggebend dafür nennt er vor allem wirtschaftliche Interessen. Dabei verliert er allerdings die Tatsache aus den Augen, daß es sich im Iran um ein grundsätzlich vom Imperialismus abhängiges Regime handelt. Während H. Irnberger ansonsten präzise recherchiert, konstatiert er im Falle der Beziehungen der Sowjetunion zum Iran plattitüdenhaft deren Gleichartigkeit mit denen der kapitalistischen Großmächte. Begründung: „Der Iran ist für die von den Kreml-Bürokraten ruinierte Sowjet-Wirtschaft ein zu bedeutender Handelspartner geworden.“ (S. 103)

Ähnliche Oberflächlichkeiten und Fehleinschätzungen finden sich auch in der folgenden Broschüre:

Sch. Ravasani, Iran auf dem Weg zur Republik, Periferia Verlag, Münster 1978, 54 S., 4,— DM

So schreibt Sch. Ravasani beispielsweise: „Gilan (iranische Provinz, d. Verf.) wurde durch die Truppen der Zentralregierung mit Zustimmung der Sowjetunion besetzt und die Bewegung blutig niedergeschlagen (1922).“ (S. 24) Als Quelle gibt er nur ein von ihm selbst verfaßtes Werk an. Weiterhin ist er der irrigen Meinung, daß die Aufstände und die Errichtungen autonomer Republiken in Iranisch-Aserbaidschan und Kurdistan nicht der Volksbewegung zuzurechnen, weil „auf die sowjetische Interessenspolitik zurückzuführen“ (S. 24) sind, obwohl dort im Jahre 1946 über 25 000 iranische Patrioten im Kampf gegen die Schah-Despotie ums Leben kamen. Die gegenwärtige Situation unter den Intellektuellen im Iran sieht er folglich so: „Die pro-sowjetischen und pro-chinesischen Gruppen verlieren ständig an Bedeutung, und ein kritischer, undogmatischer Marxismus entwickelt sich weiter.“ (S. 32) Trotz dieser Fehlleistungen gibt das Buch einige interessante Informationen. Das bezieht sich zum einen auf die Darstellung der Wirtschaftsentwicklung und der Konstellation der Klassenkräfte, ohne die heutige Situation nicht erklärbar ist. Zum anderen stellt er den Charakter der aktuellen Volksbewegung klar als „demokratisch-antiimperiali-

stisch“ (S. 29) heraus und gibt interessante Anhaltspunkte zur Einschätzung der Geistlichkeit. Insbesondere die Auswertung iranischer Quellen ermöglichte ihm eine detaillierte Beschreibung des Schah-Regimes bis hin zur Auflistung der einzelnen Wirtschaftsbeteiligungen der Pahlawi-Familie. Aus dieser Analyse leitet er die von allen antiimperialistischen Kräften im Iran erhobene Forderung nach völliger Abschaffung der Monarchie und der Errichtung einer demokratischen Republik als unabdingbare Voraussetzung für eine positive Entwicklung des Landes ab.

Eine erste kritische Gesamtdarstellung zur Geschichte des Iran und seiner Befreiungsbewegung, die im November 1978 abschließt, liegt mit **W. Ritter, Der Iran unter der Diktatur des Schah-Regimes. Sozialökonomische Entwicklung, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1979, 254 S., DM 12,50**

vor. Im Vordergrund steht einmal die Skizzierung der Abhängigkeit des Landes von den strategischen und Ölinteressen der imperialistischen Großmächte, als deren Kreatur das zeitgenössische Schah-Regime ausgewiesen wird. Wie der Titel schon sagt, nimmt die Charakterisierung des Herrschaftssystems und der Reformpolitik der sog. „Weißen Revolution“ Schah Reza Pahlewis den breitesten Raum ein. Hilfreich ist dabei die detaillierte Vorstellung der Schah-Konzeption, ihrer gegenrevolutionären Essenz und die Ausleuchtung der verschiedenen ökonomisch-sozialen Folgeerscheinungen. Zwar beeindruckt hier die Fülle des aufgearbeiteten Detailmaterials, doch leidet der Anspruch, „die historischen Veränderungen im Iran aus einer allgemeinentwicklungstheoretischen Analyse zu erklären,“ (S. 13) gelegentlich unter einer mangelnden Stringenz der Argumentationsführung. Gelungen, ja für das Verständnis der aktuellen Status und Potenzen der antidiktatorischen Bewegung unverzichtbar, ist die Herausarbeitung der im Zeitraum 1956—78 beschleunigt veränderten Sozialstruktur. Das stürmische Anwachsen der einheimischen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse brachte solidere Gegenkräfte des Schah-Clans hervor, der sich seinerseits vom größten Großgrundbesitzer auch zur Spitze der iranischen Großbourgeoisie entwickelte. Die großbourgeoise Oberschicht und das dominierende imperialistische Fremdkapital werden vom Autor zurecht als verlässlichste Stützen des Regimes gekennzeichnet. Zu überzeugen weiß die Bilanzierung der Ergebnisse der „Weißen Revolution“, darunter die Feststellung, sie habe „die Ausbeutung extrem verschärft“, sei „aufgrund des Kampfes der Volksmassen in den USA entworfen (worden), um die Absicherung ausländischer Interessen zu gewährleisten“ und auf die einseitige Bereicherung einer dünnen Oberschicht gerichtet. Die beschleunigte abhängig-kapitalistische Entwicklung des Iran basiert zugleich auf einem perfektionierten Unterdrückungssystem (S. 202/203)

Verdienstvoll erscheint das durchgängige Bemühen des Autors das außerordentliche strategische Interesse der NATO-Mächte am Erhalt des Iran als Aufmarschbasis gegen das sozialistische Lager und als regionale Stellvertretermacht gegen die nationalen Befreiungsbewegungen sichtbar zu machen. Interessant und faktenreich sind u. a. die Schilderung des großenwahnigen Aufrüstungsprogramms, die Gewichtung des CENTO-Paktmitgliedes Iran im Rahmen der US-Militärstrategie, schließlich die Bloßstellung der engen Verklammerung BRD-Iran. Auf diese Weise wird auch einsichtig, warum die aktuelle Massenerhebung sich mit derartiger Vehemenz gegen die imperialistische Bevormundung und Ausplünderung richtet.

Obleich man sich die ökonomisch-sozialen Ursachen des 1978 explosionsartigen Aufbrechens des Volkszorns etwas klarer aus dem Charakter der Wirtschaftskrise und der im Zuge des Ölbooms (nach 1973) dramatisch zugespitzten sozialen Widersprüche gewünscht hätte, liegt in der Behandlung der antidiktatorischen Bewegung eine Stärke der Arbeit. Der Rückgriff in die Geschichte des Befreiungskampfes, speziell seine Schilderung in der Ära Mossadegh (1951—53), und die Analyse der Aufschwungphase 1977/78 vermögen die Tradition und zugleich Vielschichtigkeit der Bewegung einsichtig zu machen. W. Ritter zeichnet die ganze Palette der politischen Opposition, besonders das Profil der Arbeiterbewegung, der Geistlichkeit und das Widerstandspotential in der Armee, nach. Die aktuelle Massenbewegung wird als antiimperialistisch-demokratische ausgewiesen. Die im Dokumenten-anhang erstmalige deutschsprachige Veröffentlichung des Programms der Tudeh-Partei aus dem Jahre 1975 merkt die Attraktivität des Buches.

W. W. Rouzbeh

Entwicklungspolitik

Vom 8.—12. 1. 1979 tagte in Arusha/Tansania die von der SPD-eigenen Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete II. Internationale Konferenz „Perspektiven afrikanisch-deutscher Beziehungen“. Derartige Parteiinitiativen dienen, wie jüngst der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Roth in anderem Zusammenhang freimütig erläuterte, der „Vorbereitung einer künftigen, auf staatlicher Ebene laufenden Außenpolitik“, und zwar im Sinne „eine(r) vernünftige(n) Arbeitsteilung zwischen einer die Regierung tragenden großen Partei auf der einen Seite und der offiziellen, staatlichen Ebene im Auswärtigen Amt (AA) auf der anderen Seite.“ Unter den etwa 80 geladenen Teilnehmern befanden sich aus der BRD Entwicklungsminister Offergeld, AA-Staatssekretär von Dohnanyi, BMZ-Staatssekretär Brück sowie Bundestagsabgeordnete; auf afrikanischer Seite nahmen Minister u. a. aus Tansania, Guinea, Botswana, Kamerun, Mali und Kenia teil. Die SPD-Führung war durch Kühn und von Oertzen präsent. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Lage im südlichen Afrika und die Neue Weltwirtschaftsordnung, wozu „informelle Denkanstöße“ gegeben werden sollten. Geht man nach den von Dohnanyi und Offergeld gehaltenen Reden, so ging es einmal (neben dem wiederholten Dementi der militärischen Kollaboration mit Südafrika) um die Sympathiewerbung für das bis dato erfolglose Konzept des sog. friedlichen Wandels: „Ich sage ganz offen: Wir wollen Wandel in Südafrika durch Beziehungen.“ (Dohnanyi) Zum anderen bemühte sich Offergeld darum, für die inzwischen erfolgte prinzipielle Zustimmung Bonn's zum Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von Rohstoffabkommen im Gegenzug „gegenseitiges Vertrauen“ in und „langfristige Rechtssicherheit“ für westdeutsche Direktinvestitionen bei den laufenden AKP-Neuverhandlungen zu gewinnen. Die afrikanischen Teilnehmer waren da im wesentlichen anderer Meinung: Am deutlichsten erklärte Botswanas Außenminister Mogwe stellvertretend für die Frontstaaten zu dem von westdeutscher Seite geforderten Gewaltverzicht, das Apartheidsystem an sich bedeute schon Gewalt, „Gewalt gegen soziale Gerechtigkeit, Gewalt gegen menschliche Grundbedürfnisse, Gewalt selbst gegen die fundamentalsten Menschenrechte.“ Bewaffneter Widerstand sei insofern „Reaktion auf bestehende Gewalt“ und deshalb legitim. Obendrein veröffentlichte die größte tansanianische Zeitung Daily News am Abschlußtag der Konferenz auf ihrer ersten Seite Enthüllungen über die atomare Zusammenarbeit BRD-RSA. Auch vermochte wohl kaum einer der Anwesenden Ansätze zu einer „antiimperialistischen Entwicklungspolitik“ (Uwe Holtz) zu entdecken; zentrale Kritik erfuhr vielmehr das Bonner Säumnis, die staatliche Entwicklungshilfe auf einer Sparflamme von 0,27 % des Bruttosozialprodukts zu halten, anstatt die UN-Forderung von 0,7 % einzulösen.

Zimbabwe

„Die Mehrheit der weißen Minderheit, die eine Diktatur über die schwarze Mehrheit ausübt, hat sich in einem Referendum dafür ausgesprochen, ihre Macht noch so lange wie möglich aufrechtzuerhalten.“ So könnte man das Ergebnis der von Ian Smith organisierten Abstimmung über die neue Verfassung zusammenfassen, denn in der Substanz läuft es darauf hinaus: Im Parlament, das aus den Wahlen vom 20. April dieses Jahres hervorgehen soll, ist den Rassisten eine Sperrminorität gegen Verfassungsänderungen garantiert, die ihren zahlenmäßigen Anteil an den Wählerstimmen weit übersteigt. In der von diesem Parlament dann zu wählenden schwarz-weißen Einheitsregierung erhalten die Rassisten die wichtigsten und einflußreichsten Posten, die ihnen auch weiterhin die Kontrolle über Armee, Justiz, Polizei und Verwaltung garantieren. Ian Smith hat bereits gleich nach dem Ende des Referendums zu verstehen gegeben, daß er in diesem Kabinett wieder mit von der Partie sein wird. Die Patriotische Front hat den Ausgang des Referendums für bedeutungslos erklärt, und die Haltung der afrikanischen Bevölkerung läßt sich am besten an der Zunahme des bewaffneten Kampfes gegen das Rassisten-Regime ablesen. Es gibt kein Gebiet in Zimbabwe mehr, in dem die Freiheitskämpfer nicht aktiv sind. Joshua Nkomo hat seine Landsleute aufgerufen, „alle Anstrengungen zu verdoppeln, damit 1979 das Jahr des Sieges wird.“

Bolivien

40000 Menschen demonstrierten Ende Januar d. J. anlässlich einer von der Bolivianischen Gewerkschaftszentrale (COB) durchgeführten Kundgebung in den Straßen der Hauptstadt La Paz u. a. gegen ultrarechte Putschversuche. Die seit dem 24. 11. 1978 im Amt befindliche Militärregierung Padilla (in der Minister vertreten sind, die schon unter dem progressiven Präsidenten Torres Regierungsmitglieder waren) betonte wiederholt ihre Entschlossenheit, einen Demokratisierungsprozeß einzuleiten, darunter vorrangig Wahlen am 1. Juli d. J. durchzuführen. Hierzu ist ein neues Wahlgesetz in Vorbereitung, aber noch sind die Differenzen zwischen den politischen Parteien und der Junta Padillas nicht beigelegt. Alle Parteien — zusammengeschlossen in einem Komitee — haben eine 9 Punkte umfassende Katalog von Bedingungen aufgestellt. Es wird u. a. gefordert: Auflösung des Militär-Bauern-Paktes, der politischen Parteien nicht erlaubt, sich dem Lande zu betätigen, Rückzug der Truppen aus den Bergarbeitergebieten. Dank des entschiedenen und geschlossenen Auftretens der demokratischen Kräfte konnte mittlerweile durchgesetzt werden, daß Gewerkschaftsführer sich an der Wahl beteiligen können.

Uruguay

Ein uruguayisches Militärgericht verurteilte Jaime Perez, Sekretär des Zentralkomitees der KP Uruguays, im Januar d. J. zu zehn Jahren Gefängnis. Die Begründung lautete, der seit 1974 inhaftierte und wiederholt gefolterte Perez habe sich der „Subversion gegen Vaterland und Familie“ schuldig gemacht. Wie im Falle des Präsidenten der Frente Amplio, General Seregni, und vieler anderer inhaftierter Patrioten will das Regime mit solchen Schandurteilen die Menschenrechtsverletzungen in Uruguay juristisch bemänteln. Dabei hat das Land, wie der uruguayische Journalist Eduardo Galeano bereits im vergangenen Jahr feststellte, „proportionell die Höchstzahl politischer Gefangener auf der Welt (1:400 Einwohnern, d. Red.). So weit bekannt, gibt es kein anderes Land, wo von Gefangenen die Bezahlung von Essen und Unterkunft verlangt wird, so als befänden sie sich in Pensionen erster Klasse und nicht in KZs. Zahlen sie nicht, werden sie nicht einmal nach vollzogener Strafe freigelassen. Falls sie zahlen und in die Freiheit gelangen, erhalten sie keine Arbeit“ (Kommentar, Stockholm, Nr. 7/1978, S. 26). Die vorläufige Bilanz von fünf Jahren Diktatur: Etwa 7000 politische Gefangene und eine steigende Anzahl Verschwundener, in den vergangenen drei Monaten allein rund 200.

Nikaragua

Der Einigungsprozeß der antidiktatorischen Kräfte in Nicaragua macht Fortschritte. Die im Januar d. J. neugegründete Patriotische Front vereinigt neben der Vereinigten Volksbewegung (MPU, Gründungsmanifest und Programm in AIB 2/1979), die Gruppe der 12, die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) sowie die Christlichsoziale Partei und weitere Frauen-, Schüler- und Gewerkschaftsorganisationen. In dieser Phase befindet sich die Breite Oppositionelle Front (FAO), die 1978 noch eine Volksabstimmung über das Verbleiben Somozas im Amt und einen möglichen Rücktritt bis 1981 unter Wahrung der US-Interessen akzeptierte, im politischen Abseits. Die FSLN, unterstützt von weiten Teilen der Bevölkerung, ist im Vormarsch: An der Grenze zu Kostarika gelang es der FSLN zur Jahreswende ein befreites Gebiet zu schaffen; in Managua gelang ihr die Sprengung des Radiosenders Somozas, in Tipitapa die Unterbrechung der Energieversorgung, in Catarina die Einnahme der Polizeikaserne.

Algerien

Der vom 27.—31. 3. 1979 tagende IV. Kongreß der algerischen nationalen Befreiungsfront (FNL) hat den bisherigen Verteidigungsminister Oberst Menjedid Chadli zum Generalsekretär des neugeschaffenen Zentralkomitees (ZK) der Organisation und damit zum Nachfolger Boumediennes bestimmt. Am 7. 2. 1979 wurde Chadli daraufhin zum Präsidenten der algerischen Volksrepublik gewählt. An die Stelle des seit 1965 im Amt befindlichen Revolutionsrates trat ein Politbüro des ZK. Der Kongreß stand ganz im Zeichen der Fortsetzung des Boumediennes'schen Erbes, einer „unwiderruflichen sozialistischen Orientierung der algerischen Revolution“ und „Stärkung der nationalen Unabhängigkeit“.

Bonner Waffenschieberereien nach Chile

Sobald die Vernichtung von Menschenleben und die dafür notwendige Militärtechnik in der bundesdeutschen Öffentlichkeit zur Sprache kommt, werden Vertreter Bonner Parteien — sofern vom Thema selber betroffen — regelmäßig vom Gedächtnisschwund befallen. Hatte der ehemalige Nazirichter Filbinger die von ihm verhängten Todesurteile im vergangenen Jahr „vergessen“, so konnte sich Bundeskanzler Schmidt in der Vorweihnachtszeit an Waffengeschäfte „gar nicht“ bzw. „nur dunkel“ erinnern. Gemeint waren illegale Wafenerkäufe des Bundesnachrichtendienstes (BND) kurz vor und während der Zeit, als Schmidt Verteidigungsminister (1969—1972) und damit Verantwortlicher für den Verkauf von ausgemustertem BRD-Kriegsgerät war.

Gegen geltende Gesetze, gegen Bundestagsbeschlüsse, gegen internationale Vereinbarungen und mit Wissen und Billigung der Regierung hatte der BND Waffenlieferungen in Spannungsgebiete, u. a. nach Nigeria, Pakistan, Indien, Saudi Arabien, Jordanien sowie an die Rassistenregimes in Südafrika und Rhodesien vorgenommen. Diese seit Anfang der 70er Jahre bekannten Fakten deckte der Spiegel am 11. 12. 1978 „neu“ auf. Als die Aussicht bestand, den Bundestagspräsidenten und früheren BND-Mann Carstens (CDU) damit zu belangen, beeilte sich auch die Bundesregierung die illegalen Waffenschieberereien dann doch offiziell zu bestätigen. Sie traf aber damit unverhofft auch das eigene Bein: Im Januar drang die Nachricht über die aktive Mittäterschaft der SPD-Spitze an diesen gesetzwidrigen Praktiken an die Öffentlichkeit. Bei den betroffenen Parteien beschloß man kurzum „Solidarität der Demokraten“ zu praktizieren und nunmehr zu schweigen. Kein Wunder also, daß die Bundesregierung über die jüngste Enthüllung von Ende Januar dann auch „nichts gewußt“ hat.

Der Tatbestand: Der zu 40% bundeseigene Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blom (MBB) lieferte 1977 an die chilenische Militärjunta mindestens 1900 Panzerabwehrraketen vom Typ „Mamba“ und zahlte für die branchenüblichen Transportumwege (BRD-Italien-Argentinien-Chile) sowie für „strengste Geheimhaltung“ 400.000 DM.

Schmidt: von allem nichts gewußt?

Diese Praxis hat Tradition. Wurde 1955 das Herstellungsverbot für Kriegsgerät in der BRD aufgehoben, so hatte man bereits ein Jahr davor die ersten Kanonenboote nach Ekuador und — von der Krupp-Werft AG Weser als Eisbrecher deklariert — nach Argentinien exportiert. Inzwischen hat es nicht an Kunden gefehlt.

Dabei ist der gesetzliche Rahmen stets gegen eine Expansion des Waffenhandels gerichtet gewesen, nachzulesen im Grundgesetz (§ 26: Kriegswaffenherstellung, -transfer und -verkauf nur mit Regierungsgenehmigung), im Kriegswaffenkontroll- und im Außenwirtschaftsgesetz. In gleiche Richtung zielten die Kabinettsbeschlüsse von 1965 (Verbot des Rüstungstransfers in Krisengebiete) und 1971 (Lieferung von Kriegsmaterial nur noch an NATO-Partner), sowie 1978 die Einführung einer Genehmigungspflicht für Vermittlung jeglicher Waffengeschäfte. Parallel zu dieser Entwicklung wuchsen aber die Rüstungsprofite und der Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes mit dem Ergebnis, daß die BRD sich im internationalen Waffenhandel 1978 auf die 6. Stelle in der Welt vorgeschoben hatte, wobei sie Waffen allein in 44 Entwicklungsländer exportierte. Dabei ist Chile nicht zu kurz gekommen.

Obwohl das Land seit etwa einem Jahrhundert keinen bewaffneten Konflikt mit seinen Nachbarländern gehabt hat, ist es unter Pinochets Faschistenherrschaft zur stärksten Militärmacht Lateinamerikas prozentual zur Bevölkerung hochgerüstet worden. Um über die politische und ökonomische Krise hinwegzutäuschen entfacht das Pinochet-Regime gegenüber seinen Nachbarländern ein zunehmendes Säbelraseln (siehe den Beitrag von I. Ljubetic zum Konflikt Chile-Argentinien in diesem Heft), aus dem die internationalen Rüstungskonzerne Kapital schlagen, in erster Linie diejenigen aus den USA.

Der zweitgrößte Lieferant ist Israel, dessen 2. Verteidigungsminister Zipori zuletzt in der 4. Januarwoche in Santiago weilte und den Faschisten Militärhilfe „nach Wunsch“ feilbot (Le Monde, 25. 1. 1979). Produziert wird diese israelischen Hilfe nicht zuletzt mit einer Militärtechnologie und mit Lizenzen, die ebenso aus der BRD stammen wie die Fabriken, die im Rahmen der „Wiedergutmachungs“politik aus der BRD nach Israel geliefert wurden und in denen, nach Umstellung auf Rüstungsproduktion, die israelischen Exportwaffen hergestellt werden.



Aus der BRD ist der Transfer von Rüstungs-know-how und -fabriken, die Lizenzvergabe sowie die Auslagerung von Teil- oder Endstufen von Rüstungsproduktion auch an die anderen Hauptwaffenlieferanten Pinochets erfolgt, nämlich an Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Brasilien. In dem 1971 zwischen Frankreich und der BRD abgeschlossenen Regierungsabkommen wird sogar ausdrücklich betont, einander zum Wohle der Rüstungswirtschaft beim Export von Kriegswaffen zu unterstützen, insbesondere beim Rüstungsexport aus Gemeinschaftsprojekten die Unterstützung zu garantieren.

Rüstungsgüter, die von „reinen“ BRD-Konzernen produziert werden, finden aber auch ihren Weg in die Hände der chilenischen Faschisten. Im September 1975 lieferte die Firma Heckler & Koch 4000 Gewehre vom Typ HK 33 (5.56 mm) über ihre Lizenzfirma in Thailand nach Chile. 1976 verkaufte MBB sechs Kampfhubschrauber BO 105: als Einzelteile verpackt wurden sie in die Schweiz geliefert, dort endmontiert und in Chile dann der Polizei übergeben, laut MBB ohne Bordwaffen. Die nachträgliche Ausrüstung mit Raketen, Bordkanonen oder Torpedos zur Panzerabwehr und Schiffsbekämpfung überließ man demnach den chilenischen Faschisten.

Aus der BRD stammen auch 3000 Boden-Boden-Raketen sowie eine Fabrik für Raketenaustrüstungen, die Ende 1977 mit der Produktion begonnen hat. Die Göttinger Sartorius Werke GmbH rüsten die chilenische Armee mit Prüf- und Feinmeßgeräten aus und die Kieler Firma für Unterwassertechnik (IBAK) versorgt Pinochets Kriegsmarine mit Unterwasser-Fernsehanlagen. Eine Atombombe hat man aus der BRD zwar noch nicht nach Santiago verschachert, aber die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe, bekannt durch einschlägige Erfahrungen mit dem Rassistenregime in Südafrika und den brasilianischen Militärs, hält bereits die Verbindung aufrecht.

Finanzielle Ressourcen, um die Waffenkäufe im Wert von 3 Mrd Dollar in den letzten 5 Jahren zu bezahlen, hat das Pinochet-Regime freilich nicht, obwohl die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau und Transport sorgsam gekürzt worden sind. Deshalb greifen ihm befreundete Regierungen, internationale Kreditinstitutionen und Privatbanken unter die Arme. Stellvertretend für sie darf sicherlich die Erklärung des Vertreters der Dresdener Bank und der Deutsch-Südamerikanischen Bank, Helmut Hausgen, gelten, der vor einiger Zeit nach einem Empfang bei Pinochet seiner „Freude über die äußerst günstigen Bedingungen“ für ausländische Investitionen in Chile Ausdruck verlieh.

Eine wertvolle Hilfe für Chiles Faschisten ist schließlich auch die Unterstützung aus der BRD, die sich auf Gebiete der Kommunikation, Logistik und Mobilität erstreckt. Dankbar sind die chilenischen Militärs insbesondere für die Ausbildung ihrer Offiziere, beispielsweise der berüchtigten Folterknechte Ackerknecht und Kraushaar, in Bundeswehrreinrichtungen, die, wie es scheint, in letzter Zeit sich immer mehr zu Stätten der internationalen Begegnung entwickeln: Mit Jahresbeginn nahmen 143 iranische Offiziere in den Bundeswehrhochschulen in München und Darmstadt ihr „Studium“ auf.

Die jüngste Enthüllung über die Lieferung der 1500 Mamba-Raketen an die chilenischen Faschisten ist also lediglich die Spitze des Eisbergs. Dafür bürgt nicht zuletzt der SPD-Vorsitzende Willy Brandt. „Ich sehe“, so der Friedensnobelpreisträger, „daß wir bei Rüstungslieferungen nicht ganz so zurückhaltend bleiben, wie wir es lange Zeit gewesen sind. Wichtige Handelspartner sehen zivile Geschäfte gern ein wenig militärisch angereichert“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 28. 3. 1978).